

Stenographischer Bericht

32. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 10. März 1998

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Schrittwieser.

1. Mitteilungen (2675).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 691/1, über den Landesvoranschlag 1999, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Berichterstatter: Abg. Gennaro (2676).

Redner: Abg. Keshmiri (2678), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (2682), Abg. Mag. Hartinger (2687), Abg. Gross (2692), Abg. Mag. Zitz (2694), Abg. Wiedner (2702), Abg. Dr. Wabl (2703), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (2704), Abg. Dr. Brünner (2706), Abg. Mag. Bleckmann (2706), Abg. Dr. Flecker (2707), Abg. Schützenhöfer (2708), Abg. Keshmiri (2709), Abg. Mag. Zitz (2710), Abg. Dr. Brünner (2711), Abg. Mag. Bleckmann (2711).

Beschlußfassung (2711).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 687/1, Beilage Nr. 92, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Günther Prutsch (2712).

Redner: Abg. Dr. Brünner (2712).

Beschlußfassung (2712).

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die 32. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze.

Entschuldigt ist Herr Abgeordneter Schrittwieser.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß neun schriftliche Anträge und 21 Anfragebeantwortungen sowie eine Zurückziehung gemäß Paragraph 66 GeoLT vorliegen, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ich ersuche die Damen und Herren, vor allem jene in den Nischen, ihre Unterhaltung draußen vorzunehmen. Ich bedanke mich.

Ich weise darauf hin, daß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 745/1, betreffend die Gewährung eines zusätzlichen Darlehens in Höhe von 30 Millionen Schilling an die Hotelbetriebsgesellschaft der Therme Blumau GmbH. & Co. KG., und die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/2, zum Beschluß Nr. 515 des Steiermärkischen Landtages vom 26. März 1996, betreffend die Gewährung eines Darlehens in der Höhe von 30 Millionen Schilling an die Firma Hotelbetriebsgesellschaft der Therme Blumau GmbH. & Co. KG. (vormals Therme Blumau AufschließungsgesmbH. & Co. KG.) sowie Gewährung einer außerplanmäßigen Ausgabe in der Höhe von 30 Millionen Schilling und deren Bedeckung durch Darlehensaufnahme beziehungsweise sonstige Kredit- und Finanzoperationen, heute dem Finanz-Ausschuß zugewiesen wurden.

Nach Beendigung der Tagesordnung findet eine Sitzung des Finanz-Ausschusses im Rittersaal statt.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 57 Abs. 2 GeoLT vor, bei der Beratung des Landesvoranschlags für die Hauptredner eine Redezeit von 40 Minuten zu beschließen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 691/1, über den Landesvoranschlag 1999, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Ich darf den Damen und Herren Abgeordneten und der Landesregierung mitteilen, daß es seit heute eine Uhr gibt, die die Redezeit sehr genau mißt. Das geschieht durch eine neue Anlage, die am Rednerpult installiert ist. Es können die Zeiten eingestellt werden, und es wird eine Minute vor Ablauf der Redezeit die Alarmuhr zu laufen beginnen. Wenn diese Minute abgelaufen ist, dann bitte ich die Redner, ihre Rede zu beenden. Sollten allzu heftige Zwischenrufe sein, kann ich eine Auszeit gewähren, dann unterbreche ich die Zeit des Redners. Hinweisen muß ich auch darauf, daß, wenn die Redezeit beginnt, auch die Uhr herunterzählen beginnt.

Wir kommen also wie gesagt zum Tagesordnungspunkt 2. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (9.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bitte gleich um Vergebung, nachdem die Geschäftsordnung nichts anderes vorsieht, muß ich den mündlichen Bericht, der sehr umfangreich ist, verlesen. Es wird sicher einige Zeit dauern.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 4. März 1998 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 691/1, betreffend den Landesvoranschlag 1999, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan beraten.

Bei den Beratungen wurden nachstehende Minderheitsanträge gestellt:

Erstens: Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko und Mag. Hartinger, betreffend Gefährdung der steirischen Wohnbauförderung gemäß Paragraph 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages.

Die obgenannten Abgeordneten haben folgendes beantragt:

Begründung: Im Budget für das Jahr 1998 wurden finanzielle Mittel in der Höhe von ungefähr 300 Millionen Schilling aus dem Wohnbau für Maßnahmen eines anderen Ressorts veranschlagt.

Da der Wohnbau als einziges steirisches Ressort ein in sich geschlossenes funktionierendes System darstellt, ist diese Entziehung der 300 Millionen Schilling aus dem Wohnbauressort im höchsten Maße bedauerlich, insbesondere weil es im Endeffekt einen Nachteil für alle steirischen Wohnbauförderungsbezieher bedeuten wird. Hier mußten quasi als „Belohnung“ für eine erfolgreiche Ressortführung anderen Regierungsverantwortlichen Gelder aus dem Wohnbau zur Bedeckung ihrer budgetären Defizite zur Verfügung gestellt werden. Letztendlich wird das dadurch auch gelingen, einen weiteren Erfolg im Wohnbauressort zu gefährden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1999 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 4 neu geschaffen:

2/480000-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 2 Millionen Schilling, 2/480000-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482100-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 2 Millionen Schilling, 2/482100-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482110-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 70 Millionen Schilling, 2/482110-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482120-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 60 Millionen Schilling, 2/482120-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482170-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 123 Millionen Schilling, 2/482170-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/483100-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 25 Millionen Schilling, 2/483100-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/489020-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 3 Millionen Schilling, 2/489020-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/489100-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 700.000 Schilling, 2/489100-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling.

Daher Bedeckung durch Rücklagenentnahme 2/981019-2983 „Entnahme aus der Investitionsrücklage (vorläufig)“ in Höhe von 287.706.000 Schilling.

Dieser Antrag wurde im Finanz-Ausschuß nicht angenommen. Er wird hiemit wiederholt.

Zweitens: Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko und Mag. Hartinger, betreffend die ausreichende Dotation der Wegebauförderungsmitel zur Erhaltung der ländlichen Infrastruktur gemäß Paragraph 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages.

Die obgenannten Abgeordneten haben folgendes beantragt:

Begründung: Die Erhaltung der bäuerlichen Siedlungs- und Besitzstruktur beziehungsweise der ländlichen Infrastruktur insgesamt setzt Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft voraus. Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist unter anderem jedoch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur mit Mindeststandard.

In diesem Sinne werden seitens des Landes im Rahmen von Förderungsprogrammen auch Ausbau-, Umbau- und Erhaltungsmaßnahmen bei Gemeindestraßen (Gemeinden bis 5000 Einwohner), bei öffentlich-rechtlichen Interessentenwegen und bei Zufahrten zu bäuerlichen Betrieben unterstützt. Nicht zuletzt auf Grund der in den Jahren 1994 bis 1997 erfolgten Mittelkürzungen besteht allerdings zum Teil bereits ein erheblicher Förderungsmittelrückstand beziehungsweise muß auf Grund der bestehenden budgetären Vorbelastungen davon ausgegangen werden, daß in den nächsten Jahren keine weiteren Bauvorhaben realisiert werden können.

So bedarf es zur Restabwicklung des bei der Landwirtschaftskammer administrierten Landeshofzufahrtsprogrammes noch eines Mitteleinsatzes von 54 Millionen Schilling. Davon müßten zur zügigen und wirtschaftliche sinnvollen Abwicklung der in den Jahren 1994 und 1995 begonnenen Projekte noch im Jahre 1997 30 Millionen Schilling bereitgestellt werden, da auf Grund des Baufortschrittes bereits ein aktueller Förderungsmittelrückstand von 17,5 Millionen Schilling besteht.

Des weiteren erfordern die zahlreichen Anträge der Gemeinden und Wegegemeinschaften allein für die dringendsten Ausbau- und Generalsanierungsarbeiten eine Nachdotierung von zumindest 20 Millionen Schilling zur Aufstockung des Sonderwegebauprogrammes.

Unter Berücksichtigung der bereits zahlreich vorliegenden dringenden Anmeldungen für diverse Wegebauprojekte müßte in den Jahren 1998 und 1999 jeweils eine Mittelaufstockung um 50 Millionen Schilling erfolgen.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1999 wird der nachfolgende Ansatz der Gruppe 7 folgendermaßen abgeändert:

1/710015-7790 „Beiträge zur Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“ Erhöhung um 50 Millionen Schilling auf 88.932.000 Schilling, daher Erhöhung des Ansatzes 2/982009-3450 „Aufnahme von Darlehen“ um 50 Millionen Schilling.

Dieser Antrag wurde im Finanz-Ausschuß nicht angenommen. Er wird hiemit wiederholt.

Namens des Finanz-Ausschusses wird nächstehender Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Voranschlag des Landes Steiermark für das Jahr 1999 (Anlage 1) wird mit folgenden Schlußsummen genehmigt:

Ordentlicher Haushalt: Ausgaben 42.375,144 Millionen Schilling, Einnahmen (ohne Erlöse aus Fremdmittelaufnahmen) 42.166,166 Millionen Schilling, Gebarungsabgang des ordentlichen Haushaltes 208,978 Millionen Schilling.

Dieser Gebarungsabgang ist nach dem Punkt 7 durch Darlehensaufnahmen beziehungsweise durch sonstige Finanzoperationen auszugleichen.

Außerordentlicher Haushalt: Veranschlagte Gesamtausgaben 2.032,371 Millionen Schilling, Einnahmen 181,153 Millionen Schilling, Gebarungsabgang des außerordentlichen Haushaltes 1.851,218 Millionen Schilling.

Die Bedeckung des Gebarungsabganges des außerordentlichen Haushaltes hat nach dem Punkt 7 zu erfolgen.

Nettodefizit: Nach traditioneller Berechnungsmethode beträgt die Zunahme der Nettoverschuldung 105,682 Millionen Schilling.

Aus der Berechnung nach Maastricht ergibt sich eine Zunahme der Nettoverschuldung von 88,075 Millionen Schilling.

Zweitens: Für die Inanspruchnahme der Kredite des ordentlichen und außerordentlichen Landesvoranschlags gelten die Paragraphen 2 und 3 des Gesetzes über die Führung des Landeshaushaltes, Landesgesetzblatt Nr. 217/1969, und Paragraph 32 Absätze 1 bis 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960.

Drittens: Die Voranschlagsposten des gleichen Voranschlagsansatzes sind, wenn nicht Gegenteiliges verfügt wird, gegenseitig deckungsfähig. Mittelausgleiche innerhalb der Posten des gleichen Voranschlagsansatzes bedürfen, wenn keine Einschränkung vorgesehen ist, keiner besonderen Genehmigung.

Die Eröffnung neuer Ausgabevoranschlagsposten, die durch Einsparungen bei anderen Voranschlagsposten des gleichen Voranschlagsansatzes bedeckt werden, und die Eröffnung neuer Einnahmeveranschlagsposten darf nur im Einvernehmen mit dem Landesfinanzreferat erfolgen, das für die richtige Eingliederung der Posten nach der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung zu sorgen hat.

Viertens: Die im Landesvoranschlag 1999 (Anlage 1) angebrachten Deckungsvermerke und Freigabebeschränkungen werden genehmigt. Für den Bereich der Landeswohnbauförderung im Abschnitt 48 wird genehmigt, daß alle Ansätze gegenseitig deckungsfähig sind.

Fünftens: Der Dienstpostenplan 1999 (Anlage 2) sowie die im Allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze hiezu werden genehmigt.

Sechstens: Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge 1999 (Anlage 1) und die im Allgemeinen Teil des Systemisierungsplanes festgelegten Grundsätze hiezu werden genehmigt.

Siebtens: Die Landesregierung wird ermächtigt, zur Bedeckung des Gebarungsabganges des Haushaltes 1999 Kredit- und Finanzoperationen vorzunehmen.

Achtens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, im Rahmen der Wirtschaftsförderung für Arbeitsplatzhalterhaltung und Arbeitsplatzbeschaffung in der Steiermark über- und außerplanmäßige Kredite im außerordentlichen Haushalt bereitzustellen.

Zur Finanzierung solcher über- und außerplanmäßiger Ausgaben wird die Landesregierung ermächtigt, Kreditoperationen im In- und Ausland bis zur Höhe von einem Prozent des Gesamtausgabevolumens des Landesvoranschlags 1999 vorzunehmen.

Neuntens: Sämtliche EU-Kofinanzierungsmaßnahmen sind über spezielle, dafür im Landesvoranschlag enthaltene Voranschlagsstellen zu verrechnen. Diese sind in einem gesonderten Nachweis zusammengefaßt dargestellt.

Die Verwendung der veranschlagten anteiligen Landesmittel hat auf Basis der von den zuständigen Stellen genehmigten EDPP und Richtlinien nach Maßgabe der tatsächlich eingelangten Bundesmittel beziehungsweise Beiträge aus den EU-Strukturfonds zu erfolgen. Dementsprechend sind die Ausgabevoranschlagsstellen zur Verrechnung von EU- und Bundesmitteln bis zur Höhe der entsprechenden tatsächlich erzielten Einnahmen überschreitbar.

Die Posten der einzelnen Voranschlagsstellen für EU-Kofinanzierungen sind mit Ausnahme mehrerer zur Verrechnung von anteiligen Landesmitteln vorgesehener Posten gegenseitig nicht deckungsfähig.

In Fällen, in denen die Beiträge des Bundes beziehungsweise aus den EU-Strukturfonds nachgewiesenermaßen nicht über die Förderstellen des Landes Steiermark abgewickelt werden, hat die Verwendung der anteiligen Landesmittel gleichzeitig mit den flüssiggestellten Bundes- beziehungsweise EU-Mitteln zu erfolgen. Eine Vorfinanzierung von Bundesbeziehungsweise EU-Mitteln ist daher jedenfalls ausgeschlossen.

Die im Bedarfsfall für EU-Kofinanzierungsmaßnahmen einzuholenden Regierungsbeschlüsse haben eine Aufgliederung der bereitzustellenden Mittel hinsichtlich der Landes-, Bundes- und EU-Mittel nach dem Schema der EDPP zu enthalten. Darüber hinaus ist für EU-Kofinanzierungsmaßnahmen die Kontrolle des Landesrechnungshofes vorzubehalten.

Allfällige im Landesvoranschlag noch nicht berücksichtigte EU-Kofinanzierungsmaßnahmen sind mittels qualifizierter Regierungsbeschlüsse, verbunden mit der außerplanmäßigen Ansatzöffnung und geeigneten Bedeckungsmaßnahmen aus Mitteln des jeweiligen Ressortbereiches, zu behandeln.

Für den Fall einer offiziellen und bundesweit einheitlich anzuwendenden Änderung der ECU-ATS-Parität sind die Mittel des dafür beim Ansatz 1/970019 veranschlagten Deckungskredites zur Aufstockung der Landesmittel für EU-Kofinanzierungen verwendbar. Ausgenommen davon ist der Ansatz 1/715204 EU - gemeinsame Außenpolitikbegleitmaßnahmen. Die Aufstockung hat für alle übrigen Ansätze unter Beachtung der Zeiträume, für die die Erhöhung der

Parität anzuwenden ist, durch einen vom Finanzressort einzuholenden qualifizierten Beschluß der Landesregierung zu erfolgen.

Zehntens: Zur Erreichung des Zieles sowohl nach traditioneller Berechnungsmethode als auch nach Maastricht, eine Zunahme der Nettoverschuldung zu vermeiden, gelten für sämtliche Investitionsprojekte im Beteiligungsbereich folgende Grundsätze:

Es ist anzustreben, die unabdingbar notwendigen Kosten durch den zumutbaren Einsatz von Eigenmitteln der Gesellschaften zu decken sowie durch die wirtschaftlich vertretbare Aufnahme von Fremdmitteln zu verringern.

Die Zuwendung der Landesmittel soll nach Möglichkeit in Form von Beteiligungen oder Darlehensgewährungen erfolgen, so daß diesbezügliche Ausgaben für das Maastricht-Defizit unwirksam sind.

Elftens: Zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes von rund 3,87 Milliarden Schilling sind vorrangig-allfällige Erlöse aus Teil- oder Privatisierungen heranzuziehen.

Zwölftens: Im Zusammenhang mit der finanziellen Abwicklung der Aufwendungen für das Steiermarkbüro in Brüssel wird zur Vermeidung eines unnötigen Verwaltungsaufwandes verfügt, daß im Rahmen der gegebenen Zuständigkeiten für den Personalaufwand (Rechtsabteilung 1) und den gesamten übrigen Aufwand (Europaabteilung) Vorschußzahlungen gegen nachträgliche Abrechnung und detaillierte Kreditbelastung geleistet werden können.

13.: Falls während des Finanzjahres 1999 ein unabweisbarer Mehraufwand bei den Personalausgaben oder bei den Sachausgaben anfällt, der zu einem höheren Abgang in der ordentlichen Gebarung führen sollte und für dessen Bedeckung Mehreinnahmen oder Ausgabenersparungen nicht zur Verfügung stehen, ist dieser Mehraufwand durch Ausgabenrückstellungen in der ordentlichen Gebarung zu bedecken.

Die Ausgabenrückstellungen sind über Vorschlag des Landesfinanzreferenten von der Steiermärkischen Landesregierung festzusetzen. Darüber ist dem Landtag unverzüglich zu berichten.

Eventuelle Einsparungen beim Personalaufwand für das Jahr 1999, die aus einem niedrigeren als mit 2 Prozent bemessenen Gehaltsabschluß resultieren, bleiben gebunden und können nicht für andere Maßnahmen verwendet werden.

14.: Für die Abwicklungen im Bereich Katastrophenschäden wird festgelegt, daß beim Ansatz 1/441004 Ausgaben in Höhe der beim Ansatz 2/944001 eingelangten oder zugesicherten Katastrophenfondsmittel zuzüglich der nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erbringenden Landesleistungen verrechnet werden können. Dabei gilt für die Landesmittel, daß ein Betrag von 20 Millionen Schilling bei den Allgemeinen Verstärkungsmitteln (Ansatz 1/970009) für diesen Zweck gebunden und daher bis zu diesem Gesamtbetrag als Bedeckung genehmigt ist.

15.: Im Zusammenhang mit dem von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossenen Anreizsystem wird genehmigt, daß nachweislich im Sammelnachweis Nr. 1a, eingesparte Personalkosten im genehmigten Ausmaß automatisch für im Rahmen des Anreizsystems vorgesehene Finanzierungen heran-

gezogen und zu Lasten der jeweiligen Voranschlagsstellen verrechnet werden können. Die sich daraus ergebenden Kreditumschichtungen gelten gleichzeitig im Sinne des Paragraphen 32 Absatz 2 des L-VG 1960 als genehmigt.

16.: Soweit Ausgabenvoranschlagsansätze durch besondere Einnahmen ganz oder zum Teil bedeckt werden sollen und dies durch Fußnoten im Landesvoranschlag 1999 ersichtlich gemacht wurde, dürfen derartige Ausgaben nur nach Maßgabe tatsächlich eingegangener Einnahmen vollzogen werden. Bei Finanzierungskonkurrenzen darf der Landesanteil erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die anderen Finanzierungsbeiträge nachweislich tatsächlich eingegangen oder rechtsverbindlich zugesichert worden sind.

17.: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, gegen nachträgliche Berichterstattung an den Steiermärkischen Landtag Ausfallsbürgschaften im Rahmen des Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetzes, weiters für Darlehen und Kredite, die an Gesellschaften gewährt werden, an denen das Land Steiermark beteiligt ist, sowie Ausfallsbürgschaften für sonstige Investitionskredite im Ausmaß bis zu insgesamt 200 Millionen Schilling, für letztere jedoch im Einzelfall aus diesem Betrag nicht über 10 Millionen Schilling, zu übernehmen.

18.: Das sechste Kreditsechstel der nach der finanzwirtschaftlichen Gliederung (sechste Dekade des Ansatzes) mit den Kennziffern 5 und 7 bezeichneten Ausgaben sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt wird bis zu einer ausdrücklichen, über Antrag des Landesfinanzreferates durch die Steiermärkische Landesregierung zu verfügenden Freigabe gesperrt.

19.: Im Sinne des Paragraphen 15 Absatz 1 Ziffer 7 der Voranschlagsrechnungsverordnung, in der gelenden Fassung, sind Abweichungen zwischen der Summe der vorgeschriebenen Beträge und den veranschlagten Beträgen im Ausmaß von mehr als 10 Prozent im Rechnungsabschluß zu erläutern, sofern die Abweichung den Betrag von 200.000 Schilling übersteigt.

Diese Regelung gilt bei Einsparungen auf Ausgabevoranschlagsansätzen, welche der Sperre des sechsten Kreditsechstels unterliegen, bezüglich des den gesperrten Kreditteil übersteigenden Betrages.

Nicht präliminierte Einnahmen sind zu erläutern, sofern sie je Voranschlagsstelle den Gesamtbetrag von 500.000, Schilling überschreiten.

Ich stelle daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, den Landesvoranschlag 1999, den Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan zu beschließen. (9.28 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (9.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Für uns gibt es eine zweifache Premiere innerhalb des Liberalen Forums. Wir dürfen zum ersten Mal den Anfang der Budgetdebatte machen, und zum Zweiten

habe ich die Ehre, heute Christian Brünner quasi zu vertreten. Ich möchte daher grundsätzlich einmal sagen, was für mich ein Budget ist. Ein Budget ist für mich ein in Zahlen gegossenes Politikversprechen. Daher möchte ich der Fairneß halber nicht verschweigen, daß der freie Spielraum in diesem Budget, wie wir es heuer präsentiert bekommen, sehr gering ist. Umso dramatischer ist auch diese Entwicklung, weil die Regierung gezwungen war, in den letzten Jahren diesen Spielraum immer mehr zu verkleinern. Daher ist es unserer Meinung nach wichtig, daß der verbliebene budgetäre Spielraum, der heuer bereits unter 5 Prozent, zwischen 4 bis 5 Prozent, liegt, ebenso effektiv wie effizient genutzt wird. Und gerade aus diesem Hintergrund, den ich jetzt erläutere, möchte ich heute prüfen und Ihnen präsentieren, was die politischen Versprechen dieser Proporzregierung tatsächlich wert sind, wie weit sie ihren verbliebenen Spielraum treffsicher unserer Meinung nach ausnutzen.

Am Anfang möchte ich zwei Vorbemerkungen in den Raum stellen. Die erste Vorbemerkung: Die Budgeterstellung und die Budgetdebatte, wie wir sie heute und auch in den letzten Jahren abgehandelt haben, ist für mich ein Ritual. (Landesrat Ing. Ressel: „Was wollen Sie denn?“) Und wir sollten hier in diesem Hause einmal grundsätzlich darüber nachdenken, wie wir dieses Ritual ändern können. So wie es derzeit gehandhabt wird, bringt es keine Budgetveränderungen, sondern sind es meiner Meinung nach reine Zeit- und Geldverschwendungen, die wir hier investieren. Eine sinnvolle Budgeterstellung braucht unserer Meinung nach eine andere Reihenfolge, und ich möchte Ihnen jetzt auch sagen, welche. Zuerst müssen einmal die Zahlen des Rechnungsabschlusses vorliegen, dann sollte eine Gegenüberstellung aufliegen, wo mehr und wo weniger ausgegeben wurde, dann sind hier in diesem Landtag die politischen Schwerpunkte zu setzen, und erst auf Grund dieser Basis ist es unserer Meinung nach möglich, das nächste Budget zu erstellen. (Beifall beim LIF. – Landesrat Ing. Ressel: „Frau Abgeordnete, wie wollen Sie denn mit dem Budget 1998 beginnen, wenn Sie, bevor Sie damit beginnen, den Abschluß des Jahres 1997 haben wollen?“) Ich werde Ihnen das dann noch näher erläutern. (Landesrat Ing. Ressel: „Das ist denkunmöglich!“) So, wie wir das hier präsentiert bekommen, ist das eine politische Farce, ist das eine Umgehung des Landtages und damit unseren demokratischen Standards nicht entsprechend. Und solange Sie, diese Proporzregierung, diese Abänderungsanträge, die wir einbringen, nicht bereit sind, inhaltlich zu prüfen, ist das für uns, was wir hier heute abhandeln und was wir in den letzten Jahren abgehandelt haben, eine versuchte reine Zwangsbeglückung.

Die zweite Vorbemerkung. Die Art und Weise, wie hier in diesem Haus mit den Steuergeldern der Steirerinnen und Steirer umgegangen wird, das ist unserer Meinung nach ein fahrlässiger Umgang. Und ein Beweis für diesen fahrlässigen Umgang ist die Dauer des Finanz-Ausschusses, speziell die Dauer des letzten Finanz-Ausschusses vorige Woche. Es waren sage und schreibe 150 Minuten. (Abg. Gennaro: „Das ist eine Leistung!“) 150 Minuten, Herr Gennaro, für ein Budget von 600 Seiten, 150 Minuten für 44 Milliarden

Schilling Budgetgesamtvolumen. Kein Unternehmer, kein Gewerbetreibender könnte sich so eine oberflächliche Fahrlässigkeit leisten. (Abg. Gennaro: „Das ist eine Unterstellung!“) Aber diese Proporzregierung findet nichts dabei. Im Gegenteil, wenn wir konstruktive Beiträge einbringen, wie wir das ändern könnten, dann werden wir bloß ignoriert in diesem Haus. (Abg. Gennaro: „Bei der Fahrlässigkeit müssen Sie aufpassen!“) Und das betrifft jetzt nicht nur den Finanzausschuß, das betrifft auch andere Ausschüsse, wie zum Beispiel den Kontroll-Ausschuß. Da haben auch die Grünen verlangt, daß die Beratungen ausgedehnt werden. Ein-, zweimal war das bis jetzt der Fall, aber der Vorschlag wurde grundsätzlich abgelehnt, weil Sie offensichtlich das Budget und die Kontroll-Ausschußberichte nicht auf parlamentarischem Boden ausführlich diskutiert haben wollen. Daher wäre es unserer Meinung nach sinnvoll, endlich die Medienvertreter und vor allem auch die Öffentlichkeit zu den Beratungen in den Ausschüssen zuzulassen, damit diese oberflächliche Verantwortungslosigkeit auch einmal live erlebt werden kann, daß die Öffentlichkeit in diesem Hause weiß, was gespielt wird. Da würden Ihre Aussagen, Herr Landesrat Ressel – er ist jetzt nicht da (Landesrat Ing. Ressel: „Ich bin da!“), schnell widerlegt werden, daß zwei Budgets Sicherheit und Stabilität bringen. Aber Sie wollen ja offensichtlich jede Änderung in dieser Hinsicht nicht zulassen. Wir aber halten unsere Forderungen aufrecht, wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern einen Blick in die Ausschüsse gewähren, in den Finanz-Ausschuß zum Beispiel. Und die Medien sollten bei diesen so geheimen Beratungen endlich teilnehmen können. Denn was wir brauchen, das ist mehr Transparenz und öffentliche Kontrolle, damit wir diese Regierung zu mehr politischer Verantwortung erziehen können. Soviel einmal zu meinen Vorbemerkungen.

Nun möchte ich aber zu dem heute „verhandelten“ Budget kommen. Wir alle wissen, daß es nur der zweite Teil eines Doppelbudgets ist, dessen erste Hälfte wir im Dezember 1997 beschlossen haben. Daher ist dieses Budget, das wir heute diskutieren, auf veralteten Zahlen aufgebaut. Der Rechnungsabschluß 1997 liegt noch nicht vor, weshalb das Budget 1999 auf den Abschluß vom Jahre 1996 gestützt werden mußte. Aber offensichtlich ist die Regierung sehr interessiert daran, das alles so schnell wie möglich über die Bühne zu bringen, für mich verdächtig schnell sogar. Herr Landesrat Ressel argumentiert in der Öffentlichkeit und in diesem Haus immer mit „zwei Budgets bringen Stabilität und Sicherheit“. Das klingt zwar gut, ist aber nachweislich falsch. Denn am 10. Dezember hat Christian Brünner Ihnen zu Recht unter Bezugnahme auf die Zahlen des Abschlusses 1996 vorgehalten, daß Sie Ihre Budgets nicht einhalten. Und ich möchte hier aus dem Stenographischen Protokoll vom Dezember 1997 zitieren: „Im Landesrechnungs-Abschluß 1996 waren gegenüber dem Budget des Jahres 1996 Mehrausgaben im ordentlichen Haushalt von rund 18 Prozent verzeichnet. Im außerordentlichen Haushalt Mehrausgaben von rund 28 Prozent.“ Das liest sich bei den einzelnen Kapiteln des Budgets wie folgt: Bei der öffentlichen Ordnung und Sicherheit eine Überschreitung von rund 33 Prozent, bei Kunst, Kultur und Kultus eine Überschreitung von rund 12 Prozent, bei

der Wirtschaftsförderung eine Überschreitung von rund 62 Prozent. Wenn man den tatsächlichen Gebarungsabgang des Jahres 1996 vergleicht mit dem geplanten Gebarungsabgang im Budget 1996, zeigt sich eine Erhöhung dieses Gebarungsabganges um plus 79 Prozent.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen zeigen aus meiner Sicht mehr als deutlich, daß der Landesrechnungsabschluß jedesmal ganz anders aussieht als das Budget, das hier formal beschlossen wird. Also reden Sie bitte nicht von Stabilität und Sicherheit. Solange Sie die Budgetvorgaben nicht einhalten können, kann nicht von Sicherheit und Stabilität für die Wirtschaft und Verwaltung gesprochen werden. Solange nicht einmal einjährige Budgets, wie das Budget 1996, eingehalten werden, kann es durch Doppelbudgets, die auf veralteten Zahlen beruhen, nur noch schlimmer, aber nicht sicherer werden.

Wenn Ihnen an budgetärer Sicherheit soviel liegt, warum gibt es dann nicht ein mittelfristiges Budgetprogramm im Sinne des Paragraphen 12 des Bundeshaushaltsgesetzes? In diesem Land gibt es keinen Maßnahmenkatalog. Diese Landesregierung lebt budgetpolitisch quasi in das Jahr hinein, was mich nicht wundert, weil die tatsächlichen Verhältnisse immer verschleiert werden. Ich habe noch Ihre Budgetrede, Herr Landesrat Ressel, vom Dezember 1997 im Ohr, wo Sie davon gesprochen haben, wie konsequent der Schuldenstand durch das Ressortsparmodell reduziert wird. Das sind Ihre Worte gewesen, und kaum haben wir jetzt das zweite Doppelbudget bekommen, sehen wir nämlich Ihre Handlungen.

Im Dezember 1997 haben Sie gesagt, der Schuldenstand Ende 1997 wird 22 Milliarden Schilling sein, aber bereits Ende 1998 wird diese Landesregierung den Schuldenstand auf 19,7 Milliarden gesenkt haben. Sechs Wochen später bekommen wir die zweite Hälfte des Doppelbudgets vorgelegt, und da schaut die Sache etwas anders aus. (Landesrat Ing. Ressel: „Von was reden Sie da?“) Nicht 19,7 Milliarden sind für das Jahr 1998 vorgesehen, sondern 22,1 Milliarden, das heißt, Sie haben von Mitte Oktober bis Mitte November den voraussichtlichen Schuldenstand um 3 Milliarden Schilling erhöht. Ich möchte jetzt nur fragen, warum ist das so zustande gekommen? (Landesrat Ing. Ressel: „Wovon sprechen Sie eigentlich, Frau Abgeordnete?“) Landesvoranschlagvergleich 1998/1997. Ich kann Ihnen das hier auf den Tisch legen, Sie können selbst nachschauen, der Gesamtschuldenstand hat sich innerhalb von sechs Wochen Ihrer Meinung nach um 3 Milliarden Schilling erhöht. Waren das vielleicht die Maastricht-Kriterien, wo voriges Jahr – (Landesrat Ing. Ressel: „Frau Abgeordnete, Fantastereien sind das!“ – Abg. Dr. Flecker: „Frau Kollegin, 1997, wir reden aber jetzt zu 1999!“) Das sind Tatsachen, Herr Landesrat, ich kann das der Presse auch mitteilen und übergeben. (Landesrat Ing. Ressel: „Ja, wie ist denn das möglich bei einer Nettoabgabe von 100 Millionen? 1997 war ein Nettoabgang von 600!“) Bei solchen Entwicklungen, Herr Landesrat, wie sie hier schriftlich vorliegen, geht es nicht um budgetäre Sicherheit, sondern um die längst politische Glaubwürdigkeit der ganzen Landesregierung, das möchte ich hier ganz dezidiert vorweisen. Und wenn wir als Opposition ganz konstruk-

tive Vorschläge einbringen, dann werden die überhaupt nicht berücksichtigt. (Beifall bei den Grünen.) Und Sie kennen schon meine Vorschläge bezüglich Kreditfinanzierung. Intention unseres Antrages war es, die versteckten Subventionen der Hypo-Bank, die Laufzeit 30, 40 Jahre haben bei einer 8prozentigen Verzinsung, diese zu reduzieren. Aber diese wurde auf die Seite geschoben. Und was war Ihre Reaktion darauf? Die Informationsverweigerung gegenüber der Öffentlichkeit und der Opposition. Wir werden also dafür bestraft als Opposition, wenn wir konstruktive Vorschläge einbringen. Ihre Reaktion war nämlich darauf, diese Zahlen im darauffolgenden Rechnungsabschluß nicht mehr zu veröffentlichen. Und wenn Sie glauben oder der Meinung sind, dem Landtag durch diese Vorgangsweise die Kontrolle unmöglich zu machen, dann täuschen Sie sich gewaltig. Wir Liberalen, wir werden weiterhin diese stille Subvention von parteipolitisch zuzuordnenden Banken so lange aufzeigen, bis Sie das ändern. Denn für unser Land sind die besten Konditionen auszuarbeiten, nicht für die Vorstandsetagen in den Banken. Sie wissen sehr wohl, daß es sich hier um eine Ersparnis von 100 bis 160 Millionen Schilling pro Jahr handeln würde, die Sie aus Bequemlichkeit oder parteipolitischer Nähe in Form von stillen Subventionen den Banken hier zukommen lassen. Sie berufen sich in der letzten Zeit immer wieder auf Prof. Lehner vom Wirtschaftsforschungsinstitut, um diese Kritik abzuwehren. Angeblich sei das Zinsenmanagement der Landesregierung professionell. Bloß – wenn das so wäre, dann gäbe es wohl keinen Grund, die Zahlen nicht mehr zu veröffentlichen. Es wäre doch wesentlich sinnvoller, meiner Meinung nach, die Zahlen zu veröffentlichen und mit Vergleichsdaten aus anderen Bundesländern zum Beispiel zu versehen. Dann könnten Sie die Professionalität schnell zeigen. So aber sind im vorliegenden Budgetentwurf für 1999 um rund 50 Millionen Schilling erhöhte Aufwendungen für Darlehensspesen gegenüber 1998 enthalten. Also den Beweis für effizientes Zinsenmanagement und Schuldenmanagement sind Sie uns noch schuldig geblieben. Und solange Sie diese Zahlen nicht veröffentlichen, muß ich davon ausgehen, daß Sie mehr zu verbergen als zu feiern haben.

Noch ein Punkt: Privatisierungen. Die Landesregierung hat sich Privatisierungen vorgenommen, aber auch hier gibt es nichts zu feiern. Im Gegenteil, Sie kündigen die Privatisierung der Hypo an, obwohl Sie nur 49 Prozent auf den Markt werfen wollen. Damit ist für mich klar, daß Sie 51 Prozent in Ihrer Hand behalten wollen, und damit geht es ja nicht um eine Privatisierung, sondern um reine Geldbeschaffung. Und diese Mentalität zeigt sich auch bei anderen Gelegenheiten und bei anderen Angelegenheiten zum Beispiel in bezug auf Lifte und Thermen.

Und Herr Kollege Grabner hat bei seiner letzten Budgetrede im Dezember von der Renaissance des Staates gesprochen. Und jetzt sind Sie offensichtlich dabei, diese Renaissance durchzuführen. Aber wir vom Liberalen Forum, wir werden diesen Trend der Landesregierung nicht unterstützen. Das möchte ich hier nur nebenbei anmerken. Schließlich zeigen auch die seit Jahren ungelösten Probleme im Sozialbereich, wie wenig Lösungskompetenz und wie viel Reform-

stau in diesem Land gegeben ist. In der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ sind auf der Ausgabenseite immerhin 8,5 Milliarden Schilling veranschlagt, aber bis heute sind die gravierenden Probleme ungelöst geblieben. Wie die Mittel durch Umschichtungen freizumachen wären, das wird im Finanz-Ausschuß nicht diskutiert.

Ich möchte hier gerade im Sozialbereich einige Beispiele anführen:

Behinderte: In verschiedenen Bezirken wird das Pflegegeld anders gehandhabt. Das heißt, in einem Bezirk zahlt der Schulerhalter das Geld für ein behindertes Kind, in den anderen Bezirken muß das von den Eltern bezahlt werden. Es hat darüber bereits Verhandlungen gegeben. Die Verhandlungen sind ins Stocken geraten, angeblicher Grund - kein Geld im Budget. Ich habe zu Beginn schon gesagt, das Budget ist für mich ein in Zahlen gegossenes Politikversprechen. Hier ist ein Beweis mehr dafür. Wenn die Mehrheit in diesem Haus dieses Problem nicht lösen kann, dann ist es für mich eine Verschleierung der Tatsachen. Tatsächlich ist es Ihnen kein vorrangiges Anliegen, Probleme für Betroffene zu lösen. Es ist unmöglich, im besten Fall von nachrangiger Bedeutung. Aber neue Fachabteilungen, wie zum Beispiel die Fachabteilung für Sozialwesen, zu schaffen, auszustatten und personell zu besetzen, das ist Ihnen offensichtlich voriges Jahr nicht schwer gefallen.

Die ÖVP und die SPÖ haben im Dezember 1997 das neue Sozialhilfegesetz als großen Erfolg gefeiert. Wahr ist aber, daß Sie nach zehn Jahren Verhandlungen bloß die Mindeststandards festgeschrieben haben. Der Reformstau wurde nicht aufgearbeitet und auch nicht beseitigt. Die Anordnung von Sozial- und Gesundheitssprengeln ist eine Verbesserung, aber auch eine verwaltungstechnische Aufblähung. Die Probleme der Menschen können damit noch lange nicht gelöst werden. So werden auch in Zukunft die Preisunterschiede, der nicht soziale Ausgleich vergrößert als verkleinert werden.

Im Frühjahr werden wir die Verordnung zu den Obergrenzen in den Heimen verhandeln. Diese Verordnung wird - das ist auch der Tenor von den Behindertenorganisationen - zu einer Bildung einer Zweiklassengesellschaft beitragen. Und das ist hier wiederum die Folge der verfehlten Sozialpolitik, die hier in unserem Lande passiert. Ich werde in den kommenden Verhandlungen zu diesen Obergrenzen genau darauf achten, ob Sie als Regierung die Sorgen der Behinderten lösen wollen oder ob das bloß wieder nur Detailänderungen sind. In der Sozialpolitik flüchtet sich die Regierung immer öfter in Scheinaktivitäten, um zu verdecken, daß mitunter parteipolitische Interessen wichtiger sind als die Bedürfnisse der hilfsbedürftigen Personen. Das zeigt auch der Umgang mit unserem Antrag, den wir am 20. Jänner eingebracht haben. Mein Vorschlag, unser Vorschlag war es, nicht die Dienstposten in den ambulanten Diensten zu finanzieren, sondern die tatsächlich erbrachten Leistungen. Das ist auch eine Forderung seit drei Jahren vom Rechnungshof. Im Sozial-Ausschuß wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Der Grund ist den Steirerinnen und Steirern wohl klar. Ihnen ist offensichtlich die Möglichkeit, über die Vergabe von Jobs entscheiden zu können, wichtiger als die kosten-

günstige Erbringung notwendiger Sozialleistungen und dadurch auch mehr Budget für andere wichtigere Formen im Sozialbereich zur Verfügung zu haben. (Beifall beim LIF.)

Beispiel: Frauenpolitik und Kindergärten.

Frauenhaus Obersteiermark: Seit vielen Jahren eine heiß diskutierte und heiß geforderte Einrichtung. Bis heute konnte diese Forderung nicht verwirklicht werden und in den nächsten Jahren auch nicht. Und warum? Weil bis zum Jahr 2000 dafür kein Budget vorgesehen ist. Und eines muß ich schon noch sagen, gerade was die Frauenhäuser betrifft, bildet da die Steiermark auch ein Schlußlicht in Österreich. Es gibt zwei, drei Frauenhäuser fast in jedem Bundesland, in der Steiermark gibt es mit Mühe und Not nur eines. Betreuungsplätze für Kinder im Verhältnis zu anderen Bundesländern, da hat die Steiermark noch einiges aufzuholen, auch bei den flexiblen Öffnungszeiten, wenn man die Vergleiche und Statistiken mit anderen Bundesländern heranzieht.

Der Anteil aus der sogenannten Kindergartenmilliarde, knapp über 80 Millionen Schilling sind zur Verfügung. Davon wurden allerdings von der Landesregierung 53 Millionen Schilling für die öffentlichen Einrichtungen und nur 28 Millionen für die privaten Einrichtungen verwendet, obwohl private zur Zeit wesentlich nachfrageorientierter und flexibler handeln können. Die privaten Einrichtungen sind wie überall in jedem Bereich, wo Geld gebraucht wird, benachteiligt. Deshalb fordern wir auch weiterhin die Gleichbehandlung von privaten und öffentlichen Kindergärten, denn diese Gleichbehandlung ist das mindeste, das gewährt werden muß. Schließlich sind ja gerade in Sachen Öffnungszeiten die privaten Kindergärten nachfrageorientierter und passen sich den geänderten Gegebenheiten wesentlich besser an, während sich die öffentlichen Einrichtungen um die tatsächlichen Bedürfnisse der Mütter und Väter noch immer zu wenig kümmern. Und gerade diese Mankos könnten durch den Einsatz von Tagesmüttern flexibel und bedarfsorientiert behoben werden. Aber auch bei der Ausbildung von Tagesmüttern werden die budgetpolitischen Signale falsch gesetzt. So wurde die Förderung von seiten des AMS gekürzt, weshalb nun zu wenig Geld zur Ausbildung von Tagesmüttern zugeschossen wird. Von Landesseite her war es dem Finanz-Ausschuß nicht wert, nur einmal darüber zu diskutieren, ob und wie und wann man vielleicht eine Überbrückung für diese Projekte zur Verfügung stellen könnte. Dies ist ein Beispiel für mich mehr, in welcher falschen Richtung die steirische Frauenpolitik geht. Es ist ein Beispiel mehr, wie wenig die Mehrheit dieses Hauses tut, um die Voraussetzungen der Gleichberechtigung von Frauen im Arbeitsleben überhaupt erst möglich zu machen. Wir fordern daher eindringlich und immer wieder, daß die Anliegen der Frauenpolitik in diesem Land auch im Budget umgesetzt, und nicht in Sonntagsreden beschworen werden. Auch die Umsetzung des Frauenvolksbegehrens, das ja mittlerweile offensichtlich wieder in der Schublade gelandet ist, könnte hier in der Steiermark für die zuständigen Regierungsmitglieder ein vorrangiges Thema sein.

Ich habe hier nun einige Beispiele aufgezeigt, wo es aus unserer liberalen Sicht in der Budgetpolitik allgemein, in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik

mangelt. Als Liberale möchte ich Ihnen nun abschließend sagen, solange Ihnen dieses Ritual, das ich vorher angesprochen habe, der Budgeterstellung wichtiger ist als die konstruktive Kritik der Opposition, solange Ihnen Scheinaktivitäten wichtiger sind als ehrliche Reformbereitschaft, so lange werden wir in diesem Hause dem so erstellten Budget sicher unsere Zustimmung nicht geben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall beim LIF, den Grünen und der FPÖ. – 9.50 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich. Ich erteile als nächstem Redner dem Herrn Abgeordneten Prof. Jeglitsch das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (9.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Weniger als 100 Wochen trennen uns vom Millennium. Selbst wenn man sich als aufgeklärter Mensch – und das sind wir doch alle – nicht der Magie der Zahlen unterwirft, erwartet man, daß Aufsätze, Artikel und Reden mit einer Bilanz der Vergangenheit und einer Prognose der Zukunft zunehmen werden. Auch wenn Europa auf eine Friedensperiode von über 50 Jahren zurückblicken kann, was es noch nie in seiner Geschichte gegeben hat, mit einem materiell noch nie erreichten Wohlstand, zweifle ich, ob Begeisterung aufkommen wird. Das Gefühl wird vermittelt werden, daß in den letzten Jahren mehr Probleme entstanden sind als gelöst wurden. Und wenn ich an Österreich denke, dann werden wir nicht stolz auf unsere Leistungen sein – diese sind herzeigbar –, sondern darüber rasonieren, was alles verdrängt und nicht gelöst wurde, und wir werden von der Zukunft wenig halten, weil wir schon von vornherein wissen, daß von ihr wenig zu erwarten ist. Wir werden unsere Erfolgsgeschichte verdrängen, wobei es kein Zufall sein kann, daß Österreich ziemlich sicher das einzige Land dieser Welt ist, das zwei Schriftsteller hervorgebracht hat, die in ihren Werken sowohl dem Menschen als auch dem Land keine Eigenschaften attestieren. Und Propheten werden Prognosen über die Zukunft erstellen und danach als Experten genau begründen, warum ihre eigenen Prognosen nicht eingetreten sind.

Ja es ist eine komplexe Welt geworden, einfache Antworten gibt es nicht oder haben am Ende einen hohen Preis. Wir leben gewissermaßen in mehreren Zeiten, einerseits noch in der Industriegesellschaft, zum anderen schon in einer Informationsgesellschaft. Die Menschen spüren, daß ganz neue Anforderungen in der Arbeitswelt auf sie zukommen, und fragen sich, wie das zu schaffen sein wird. Der Wettbewerb mit den Billiglohnländern hat sich vor unsere Grenze verlagert. Die Globalisierung hat darüber hinaus auch zu einem weltweiten Wettbewerb bei Hochleistungsarbeitsplätzen geführt; der Softwareingenieur in Graz, er steht im Wettbewerb mit dem in Mexiko oder Indien. Überall dort, wo es um Informationen geht, und nicht Güter transportiert werden müssen, spielen Entfernungen keine Rolle mehr. Und die zunehmende Arbeitslosigkeit in Europa hat sich zum größten Problem, zur größten Geisel der Industriestaaten entwickelt.

Westeuropa hat aber nach dem Zweiten Weltkrieg auch einen großen Wertewandel durchlaufen. Er war verbunden mit einer Konjunktur der Selbstverwirklichung, der einseitigen Betonung individueller Rechte und Entscheidungsfreiheiten einerseits sowie einer zunehmenden Vergesellschaftung der Pflicht- und Solidarwerte andererseits. Wir spüren, daß da manches aus dem Ruder gelaufen ist, denn in einer Gesellschaft, in der es leichter ist, eine Ehe zu scheiden als ein Mietverhältnis aufzulösen, in der ist etwas faul. Die letzten Jahre haben uns auch gezeigt, daß der Wohlfahrtsstaat Atemnot bekommen hat, und ich teile die Absicht von Vaclav Klaus, der gemeint hat, daß der Wohlfahrtsstaat mit seinen Zuwendungen ohne Verknüpfung mit Leistung die Arbeitsmoral und das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen untergräbt. Wir sind konfrontiert mit einer Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit, wie es Joachim Fest bezeichnet hat, mit einem Abbau der Normen und Verbindlichkeiten und einer Ermüdung der Institutionen. Weitere Symptome sind das steigende Unbehagen an der Politik, das sich in einem Rückgang der Wahlbeteiligung ausdrückt und Protestparteien Zuspruch sichert sowie die eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Staates, weil alle politischen Entscheidungen angesichts der widerstrebenden Vorstellungen von Gruppeninteressen blockiert oder erschwert werden. Der emotionelle Appell ersetzt zunehmend den rationalen Diskurs. Dies stellt neue Herausforderungen an die Politik, und wir müssen uns fragen, ob wir für die in der Zwischenzeit so komplizierte Welt noch die angemessenen Strukturen und Führungsinstrumentarien haben. Aber wir sollten uns gleichzeitig darüber im klaren sein, daß nur der eine Zukunft hat, der an sie glaubt.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Weg der Steiermark, in den letzten Jahren zu sehen und zu bewerten, einem Land mit hervorragenden Eigenschaften. Seit vor etwas mehr als zwei Jahren unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic die Führung dieses Landes übernommen hat, ist die Steiermark politisch und wirtschaftlich einen guten Weg gegangen. Ihr Aufruf zum Miteinander, zur konstruktiven Zusammenarbeit im Interesse des Landes wird von der Bevölkerung verstanden und zeigt sich in allen Umfragen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Umfrageergebnisse, aber auch der Zuspruch, den sie bei ihren ständigen Kontakten in allen Teilen des Landes findet, zeigen, daß der Bürger nicht das politische Hick-Hack und die Wadelbeißerei schätzt, sondern ein konstruktives Klima mit klaren Konturen, sich von Volksverbundenheit angesprochen fühlt, und nicht von abgehobener Überheblichkeit, die die Beziehung zum Bürger schon längst verloren hat.

Dieser gute Weg, den die Steiermark in den letzten zwei Jahren gegangen ist, wurde mitbestimmt durch die Leistungen anderer Ressorts; ich verweise auf die vor genau drei Monaten gehaltene umfassende Budgetrede von Franz Majcen, der in eindrucksvoller Weise dargelegt hat, was sich auf den Gebieten der Wirtschaftspolitik, des Tourismus, des Sports, der Umwelt- und der Agrarpolitik durch die Initiativen der zuständigen Regierungskollegen getan hat. Ich will dies alles nicht wiederholen und auch aus Zeitgründen nur einzelne Fakten und Situationen herausgreifen.

Vorerst einige Worte zum Budget 1999 mit einem Ausgabenvolumen von rund 42,4 Milliarden im ordentlichen und 2 Milliarden im außerordentlichen Haushalt. Das Budget 1999 setzt die Grundzüge der Konsolidierung des Budgets 1998 fort und ist in Summe gesehen ein ausgewogenes Budget, das sich nicht nur durch eine geringe Nettoneuverschuldung von 105 Millionen Schilling auszeichnet, sondern auch Akzente für positive Entwicklungen setzt. Als steirisches Venture Capital für 1998 und 1999 finden sich in beiden Budgets insgesamt 100 Millionen Schilling, die die innovativen steirischen Unternehmen, vor allem kleine und mittlere Betriebe mit Eigenkapital als Grundvoraussetzung für eine Wettbewerbsfähigkeit ausstatten sollen. Für zukunftsweisende Projekte, wie Impulszentren, Kompetenzzentren, Projekte in Schlüsseltechnologien, wurden 20 Millionen Schilling als Beitrag des Landes Steiermark für eine Technologie- und Innovationsoffensive budgetiert. Ebenso wurde ein Betrag von 60 Millionen Schilling für 1998 und 1999 für touristische Infrastrukturprojekte vorgeesehen.

Ganz wesentlich erscheint mir der für 1998 und 1999 fixierte Betrag von rund 500 Millionen Schilling als Qualifikationsoffensive mit den Schwerpunkten Jugendbeschäftigung, Finanzierung von Lehrlingsaktionen, Ausbau der Berufsschulen, Berufsschulinternate sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte des Wirtschafts- und Sozialressorts. Zu erwähnen sind weiters Zusatzdotationen für den Wegebau oder die Initiative unserer Frau Landeshauptmann für den Notarztrettungsdienst und die Herzlungenwiederbelebungsakuthilfeaktion.

Wenn das Budget 1999 konsolidiert aussieht, dann sollte der Entwurf des Landesfinanzreferenten vor den Wahlen 1995 für das Jahr 1996 nicht vergessen werden. Dieser Entwurf sah nämlich eine Neuverschuldung von rund 4 Milliarden Schilling vor, also rund 10 Prozent des Budgetvolumens, mit einem weiteren dramatischen Anstieg des Schuldenstandes. Es war das Ressortsparmodell der ÖVP, das Ressortbudgetmodell und die gestiegenen Einnahmen aus dem Finanzausgleich von 1996 bis 1999 um 3 Milliarden Schilling, nämlich von 12,8 auf rund 15,8 Milliarden Schilling, das zu dieser schon längst notwendigen Konsolidierung des Budgets führte.

Mit den Budgets 1998 und 1999 hat die Steiermark das Ihrige dazu beigetragen, daß die Maastricht-Kriterien erfüllt werden beziehungsweise erfüllt werden können. Die EU hat sich mit der Einführung des Euro, mit der Aufnahme der Diskussionen über die Osterweiterung und mit der „Agenda 2000“ zur inneren Neustrukturierung ein höchst ambitioniertes Programm vorgenommen. Wir haben damit für die Baustelle Europa wesentliche Detailpläne, ringen aber noch um eine überzeugende Gesamtarchitektur. Brüssel ist für viele das Sinnbild für Bürokratie, Praxisferne und Bevormundung. Deswegen ist von der „Agenda 2000“ auch eine grundsätzliche Klärung zu erwarten, welche Probleme und Aufgabe gehören in die Regionaletage, in die Nationaletage und in die europäische Etage.

Das Spannungsfeld heißt zentralistisches Europa gegen ein Europa der regionalen Vielfalt und der regionalen Verantwortung.

Und es muß der Politik klar sein, daß es nicht ausreicht, wenn dieses Europa die Mehrheit der Europapolitiker wollen, sondern dieses Europa muß die Mehrheit der Bürger wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Gerade die „Agenda 2000“ mit der Osterweiterung wird zum Beispiel für die Agrarpolitik eine besondere Herausforderung darstellen, die unser aller Unterstützung bedarf. Denn die Erhaltung des ländlichen Raumes und seiner Strukturen ist mehr als nur die Basis unserer Ernährung. Die Notwendigkeit der Vernetzung wirtschaftlicher und bäuerlicher Strukturen, verbunden mit einem neuen Konsumentenbewußtsein, die Realisierung kleinräumiger Kreislaufwirtschaften und der Wert einer intakten Landschaft ist uns allen verstärkt und immer wieder bewußt zu machen.

Zu den drei großen Aufgaben der EU, die ich genannt habe, kommt eine vierte dazu, die möglicherweise wichtiger als die ersten drei ist, denn sie betrifft die Frage der sozialen Stabilität der EU. 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland, 18 Millionen Arbeitssuchende in der gesamten EU, das ist kein Erfolgsausweis eines Wirtschaftsgiganten. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern hat etwas mit den Menschen zu tun, mit ihren realen Lebensbedingungen und der Entfaltung ihrer Begabungen. Die Arbeitslosen stellen der Logik des Kapitals die Logik ihrer Existenz entgegen. Es mag schon sein, daß es aus ökonomischer Sicht und für einzelne Betriebe vernünftig ist, Arbeitskräfte freizusetzen, um rationaler zu wirtschaften, um Gewinne zu maximieren, aber volkswirtschaftlich ist es eine Katastrophe. (Beifall bei der ÖVP.) Das hat auch die Europäische Union erkannt, daß es kein Europa der Bürger geben kann ohne eine Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit. Die EU verlangt daher von den Staaten bis zum Herbst dieses Jahres die Vorlage eines nationalen Beschäftigungsprogrammes. Verfolgt man die Diskussion in Österreich, hat man allerdings den Eindruck, daß jeder die Beschäftigungssituation auf Kosten der anderen lösen will.

Die Steiermark wird durch die Osterweiterung in stärkerer Weise betroffen als die meisten Regionen im derzeitigen Europa. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Risiken gegen die Chancen abzuwägen sind. Wir müssen auch von den Gefahren reden, wenn die angrenzenden Oststaaten nicht in die EU kommen, dann bleibt Österreichs Ostgrenze die Armutsgrenze des Kontinents mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Als Wohlhabender – und dazu ist Österreich zu zählen – muß ich ein Interesse haben, daß auch ein Wohlhabender mein Nachbar ist, um viele Konflikte zu vermeiden.

Gerade aus dieser Sicht kann man die Grazer Konferenz am 29. Jänner dieses Jahres, die über Initiative unserer Frau Landeshauptmann stattgefunden hat und die die an die mittel- und osteuropäischen Länder angrenzenden Regionen zusammengerufen hat, um in einer gemeinsamen Vorgangsweise den Herausforderungen der Osterweiterung Rechnung zu tragen, nicht hoch genug einschätzen. Die Resolution, die verabschiedet wurde, ist substantiell und wahrt die Interessen der an die Moel-Staaten angrenzenden Regionen. Sie fordert, basierend auf einem der Grundprinzipien der Europäischen Union,

die Solidarität mit den Betroffenen ein, schlägt ein Paket integrierter notwendiger Maßnahmen vor, fordert die Europäische Kommission auf, Vorschläge dazu zu erarbeiten, verlangt, daß die EU-Grenzregionen in die Erweiterungsverhandlungen einbezogen werden und beauftragt die Vorsitzende, Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, diese Resolution der Europäischen Kommission, dem Rat für allgemeine Angelegenheiten, dem Europäischen Parlament, dem Ausschuß der Regionen und den nationalen Regierungen der an die Moel angrenzenden Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Wenn nun einzelne Medien und einzelne Reporter genüßlich darüber berichten, daß sich die zuständige EU-Kommissarin Monika Wulf Matties den Anliegen der Grenzregionen gegenüber reserviert gezeigt hat, dann stören mich daran mehrere Dinge: Zum Einen, daß selbst in steirischen Medien eine gewisse Schadenfreude zu erkennen ist, daß die wohl berechtigten Interessen der Steiermark offenbar auf Widerstand stoßen, zum Zweiten, daß die Bundesregierung in einem Schreiben an Brüssel die Situation offenkundig in der Form überzogen hat, daß von der Zahl der Einwohner her rund zwei Drittel der Bevölkerung von der Osterweiterung unmittelbar betroffen sein sollen – hier hat sich Wien mit der überzogenen Forderung hineinreklamiert, einen Grenzstreifen in der Breite von 100 Kilometer zu berücksichtigen; drittens, daß es einen Mangel an Solidarität und Verständnis darstellt, wenn auch jene Bundesländer Forderungen erheben, die durch die EU-Osterweiterung nicht unmittelbar tangiert sind, und viertens, man wird der EU-Kommissarin wohl auch klarmachen müssen, daß es kein Land in der EU gibt, das in so vielen Regionen beziehungsweise Bundesländern durch die EU-Osterweiterung betroffen ist wie Österreich. (Beifall bei der ÖVP.) Aber um ihr dies klarzumachen, sollten eigentlich mittlere geographische Kenntnisse ausreichen.

In diesem Zusammenhang freut mich die Tatsache, daß unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic auf Grund ihres Ansehens vom Ausschuß der Regionen auch in die Fachkommission 5 für Sozialpolitik, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Tourismus und Forschung gewählt wurde.

Derzeit geht das vierte Forschungs- und Technologieprogramm der EU zu Ende. Österreich und insbesondere die Steiermark hat sich an diesem sehr erfolgreich beteiligt. Aus der ersten Aktionslinie des vierten Rahmenprogrammes sind 31 Millionen Ecu, also rund 430 Millionen Schilling, in die Steiermark geflossen, das ist der zweithöchste Wert nach Wien mit 53 Millionen Ecu; mit deutlichem Abstand folgen Oberösterreich mit 20 und Niederösterreich mit 10 Millionen Ecu. Damit konnte die Steiermark rund 23 Prozent aller Rückflüsse, die nach Österreich gegangen sind, für sich lukrieren. Dementsprechend lag die Steiermark auch in der Zahl der bewilligten Projekte, mit 191 von insgesamt 1032, österreichweit an zweiter Stelle. Das einzige Manko, das auch durch Zahlen zu belegen wäre, auf das ich schon mehrmals hingewiesen habe, ist die schwache Beteiligung der Klein- und Mittelbetriebe an den EU-Forschungs- und Technologieprogrammen.

Vor der Genehmigung steht das fünfte Forschungs- und Technologieprogramm, das mit einem ähnlichen Kostenvolumen wie das vierte angesetzt ist, und es wird die Aufgabe der Politik sein, alles zu tun, damit der Zugang der Klein- und Mittelbetriebe zu diesen Forschungsprogrammen verbessert wird.

Die Forschungsausgaben im Budget 1999 schreiben im wesentlichen die Positionen 1998 weiter, mit einer entsprechenden Vorsorge für die zukünftigen Fachhochschulstudiengänge, wobei die Aufstockung des Wissenschafts- und Forschungslandesfonds um zusätzliche 30 Millionen Schilling im Jahr 1998 für Regionalisierungen und EU-Beteiligungen nicht fortgeführt wurde. In der Höhe der Forschungsausgaben liegt die Steiermark hinter Wien am hervorragenden zweiten Platz, bei den Forschungsausgaben der Länder in Prozenten des Budgets hinter Vorarlberg, gefolgt von Kärnten, und in den F&E-Ausgaben der Länder pro Kopf der Bevölkerung an vierter Stelle hinter Vorarlberg, Kärnten, Wien und praktisch schon eingeholt von Tirol.

Die Basisfinanzierung von Joanneum Research, der zweiten großen außeruniversitären Forschungseinrichtung in Österreich, auf die die Steiermark stolz sein kann, wurde im Budget 1999 erfreulicherweise valorisiert. Damit ist das finanzielle Fundament gelegt, daß das Unternehmen planen und sich wieder auf seine eigenen Aufgaben konzentrieren kann. Ich erinnere, daß die Reduzierung der Basisfinanzierung von Joanneum Research im Jahr 1996 und die dann durch den zuständigen Referenten verfügte Deckelung in den Personalkosten zu nachhaltigen Erschütterungen mit Klagen durch die Belegschaft führte, was letztendlich auch einen Wechsel in der Geschäftsführung verursacht hat. Es ist der neuen Geschäftsführung gelungen – und ich beglückwünsche sie dazu –, diesen Schmelbrand zu löschen, eine neue Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat abzuschließen und damit die Basis für ein konstruktives Arbeitsklima zu legen.

In der Regierungssitzung vom 9. Februar dieses Jahres wurden zwei neue Fachhochschulstudiengänge beschlossen, nämlich Infrastrukturwirtschaft für Kapfenberg und Informationsmanagement für Graz, um beide Fachhochschulstudienorte weiter auszubauen. Diese Initiative ist sehr zu begrüßen, da nur mehr wenig Spielraum für neue Fachhochschulstudiengänge gegeben ist, wenn die in der Mitfinanzierung durch den Bund vorgesehenen 10.000 Fachhochschulstudienplätze nicht aufgestockt werden. Sie wissen, daß ich von Anfang an die Frage gestellt habe, ob es sachlich richtig war, in Kapfenberg einen Fachhochschulstudiengang für Industrielle Elektronik einzurichten. Dieser Fachhochschulstudiengang konnte seit seiner Errichtung nie die angebotenen Plätze mit Studenten füllen. Im vergangenen Wintersemester gab es etwa nur für die Hälfte der vorhandenen Plätze Interessenten, so daß auch nicht die Möglichkeit bestand, Selektionen im Hinblick auf eine Eignung, wie sie bei allen anderen Fachhochschulstudiengängen erfolgen, durchführen zu können. In einem Schreiben der Leitung von Technikum Joanneum an den Präsidenten des Fachhochschulrates wird ausgeführt, daß der Finanzierungszuschuß durch den Bund für den neuen Studiengang durch eine Reduzierung der Studierendenzahl vom Studiengang Industrielle

Elektronik von 45 auf 25 sichergestellt werden soll, da letzterer eine unzureichende Akzeptanz zu verzeichnen hat.

Diese Tatsache zeigt wohl deutlicher als jede Debatte hier im Landtag, daß meine sachlichen Einwände gegen einen Fachhochschulstudiengang für Industrielle Elektronik in Kapfenberg berechtigt waren, weil das entsprechende industrielle Umfeld nicht gegeben ist.

Nach einer Studie von R. G. Cooper werden heute weltweit rund 50 Prozent der Unternehmensumsätze mit Produkten erzielt, die es fünf Jahre zuvor noch nicht gab. Die industrielle Zukunft Österreichs wird sich also am Klima der innovativen Veränderungsbereitschaft entscheiden, und da sieht es schlecht aus. Die 1995 begonnene Modernisierungsoffensive wird inzwischen verbal als Technologie- und Exportoffensive fortgeführt, und es werden hierfür seit einiger Zeit auch Technologiemillionen angekündigt. Wenn der Bundeskanzler Mag. Viktor Klima in seiner Regierungserklärung vom 28. Jänner 1998 die Innovations- und Technologiepolitik zu einem wesentlichen Schwerpunkt der künftigen Regierungsarbeit erklärt und darauf hingewiesen hat, daß Österreich als derzeitiger Technologienettoimporteur Gefahr laufe, den Anschluß zu verpassen und Arbeitsplätze zu verlieren, dann ist dem nichts hinzuzufügen, weil es ohnedies längst bekannt war.

Aus den angekündigten Technologiemilliarden sind bis jetzt viele Worte und wenig Geld geworden. Das von Hochleitner und Schmidt bei der Regierungsklausur in Rust verabschiedete Konzept zur Neuorientierung der Technologiepolitik wird langsam aber sicher zu Grabe getragen. Die wichtigste der Einzelaktionen, die übrigbleiben könnte, ist die Errichtung von Kompetenzzentren, für die 145 Millionen von einer Milliarde vorgesehen sind. Hier muß die Steiermark mit Nachdruck ihre Stärken geltend machen. Ich spreche vom Akustikzentrum und vom Werkstoffkompetenzentrum und ersuche alle Zuständigen in diesem Lande um Unterstützung, damit diese zwei Vorhaben, die für die Wirtschafts- und Industrieentwicklung der Steiermark von großer Bedeutung wären, auch realisiert werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn diese Vorhaben gelingen, werden sie mithelfen, daß der positive Wirtschaftsweg, den die Steiermark in den letzten Jahren gegangen ist, fortgesetzt werden kann. Sie wissen, daß sich die Wirtschaftsdaten in der Steiermark in den letzten Jahren positiv entwickelt haben. Das zeigt zum Beispiel ein Vergleich der Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen der letzten vier Jahre, also Vergleich Jänner 1994 zu Jänner 1998. In Österreich stieg in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit von 223.000 auf 301.000 Arbeitslose, in der Steiermark sank die Arbeitslosigkeit von 52.000 auf knapp 50.000. Umgekehrt erhöhte sich die Beschäftigtenzahl in der Steiermark im selben Zeitraum um 12.000, nämlich von 392.000 auf 404.000, während in ganz Österreich der Zuwachs wesentlich bescheidener ausfiel, nämlich nur um 5000 von 2.987.000 auf 2.992.000, stieg. Alle Meldungen in den letzten Monaten, aber auch die WIFO-Berichte, bestätigen dieses Bild.

Dabei ist es gar keine Frage, daß es daneben genug Probleme gibt, die es zu lösen gilt. Auch wenn die Arbeitslosenquote in der Steiermark in den letzten Jahren im Schnitt sank, kann sie nicht zufriedenstellen. Jeder Arbeitslose ist eine vorwurfsvolle Frage an die Gesellschaft, und das gilt ganz besonders für die Jugendlichen, die in das Berufsleben eintreten wollen. Ich will hier nicht auf die erfolgreichen Initiativen, die gesetzt wurden, eingehen, sondern festhalten, daß es die Aufgabe der Politik ist, keinen am Wegrand stehenzulassen, der guten Willens ist und etwas leisten möchte. (Beifall bei der ÖVP.)

Was ich mir in diesem Zusammenhang allgemein wünsche, ist der Mut, Probleme nicht zu verschweigen, aber auch die Stärke, Erfolge anzuerkennen und sich über diese im Interesse des Landes zu freuen. Und die Steiermark hat in den letzten Jahren erfreuliche Erfolge aufzuweisen gehabt.

Österreich hat – und das mag historisch wie mentalitätsmäßig begründet sein – ein altes Leiden, nämlich seine geringe Selbständigenquote. Mit 6,3 Prozent liegt Österreich hinter Ländern wie Italien, Spanien, Portugal, Großbritannien, Niederlande, Finnland, Deutschland, Schweden, Dänemark und wird nur von Norwegen konkurrenziert. Diese Frage ist deswegen so essentiell, weil es in erster Linie Klein- und Mittelbetriebe sind, die die Arbeitsplätze sichern. Jede Statistik über die Veränderung des Beschäftigtenstandes etwa zwischen 1990 und 1996 – und Sie kennen diese Zahlen – weist aus, daß die Zunahme der Arbeitsplätze über die Klein- und Mittelbetriebe erfolgt ist und Großbetriebe über 500 Beschäftigte Arbeitsplätze verloren haben. Damit jemand den Weg in die Selbständigkeit wagt, müssen aber Randbedingungen stimmen, wie die Überzeugung an seine eigenen Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit, und nicht die Entmündigung durch den Staat; eine positive Haltung zur Wirtschaft im Land und ein Vertrauen in die Zukunft, aber auch ein legitimes Umfeld, das nicht so voller Regularien und Hürden ist, daß schon jeder Ansatz zur Selbständigkeit, zur Unternehmensgründung im Keim erstickt wird.

Natürlich ist die Steiermark in ihrer Wirtschaftsstruktur keine homogene Einheit; die Obersteiermark als ehemals verstaatlichte Industrieregion hat es schwerer gehabt, den Strukturwandel zu vollziehen. Die Bedeutung der Obersteiermark als Industrieregion mag daran erkannt und gemessen werden, daß der Bruttoproduktionswert ihrer Industrie größer ist als der eines Bundeslandes Kärnten, Vorarlberg, Tirol oder Salzburg. Welchen gigantischen Umstrukturierungswandel die verstaatlichte Industrie der Obersteiermark bestehen mußte, ist deutlich an Donawitz zu erkennen, das am 26. Februar dieses Jahres vom ÖVP-Landtagsklub besucht wurde.

Die obersteirische Langproduktengruppe erwirtschaftete im letzten Jahr mit 3800 Mitarbeitern einen Umsatz von 8,2 Milliarden Schilling, wobei der Ertrag deutlich über dem Schnitt der österreichischen Industrie lag. 1974 waren es noch 11.400 Mitarbeiter. Donawitz selbst erzeugt heute mit knapp 2000 Mitarbeitern die gleiche Stahlmenge wie Anfang der siebziger Jahre mit 6700 Mitarbeitern. Die Tatsache, daß sehr lange eine Strukturanpassung in der österreichischen verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie

verhindert wurde, hat dazu geführt, daß Donawitz in den Jahren 1970 bis 1985 rund 20 Milliarden Schilling an Verlusten einfuhr. Mitte der achtziger Jahre begann einerseits der Zusammenbruch, andererseits die große Umstrukturierung mit einer Trennung von allen Produkten, wo man nicht bei zwei von drei Kriterien, nämlich Kostenführerschaft, Marktführerschaft und Technologieführerschaft, in Europa an der Spitze lag.

Heute ist die Langproduktengruppe der VOEST Alpine Stahl bereits im siebenten Gewinnjahr, ein börsennotiertes Unternehmen, wo das Verhalten der Aktionäre zeigt, welches Vertrauen in der Zwischenzeit zur Leistungsfähigkeit dieses Unternehmens aufgebaut werden konnte. (Abg. Gennaro: „Und das hat der Busek zusperren wollen!“) Völlig richtig, viele andere auch. Nur muß man, wenn es sich entwickeln soll, die Hände des Staates wegnehmen. Diese gewaltige Umstrukturierung hatte zur Folge, daß bis 1994 die Beschäftigtenzahl in der Obersteiermark kontinuierlich sank, weil zwar bereits neue Arbeitsplätze entstanden, die Freisetzungen aber noch merklich höher waren. Seit 1996 geht es auch in der Obersteiermark wieder aufwärts, die Beschäftigtenzahlen sind im Wachsen.

Die Industrieregion Obersteiermark war immer ein besonderer Förderungsschwerpunkt der steirischen Politik. So flossen in den Verlustjahren rund 1,4 Milliarden Schilling des Landes in die damals verstaatlichte Industrie. Aber auch die jüngsten Zahlen belegen dies, in den Jahren 1994 bis 1996 gingen 46 Prozent aller steirischen Wirtschaftsförderungsmittel in die Obersteiermark. Ich erinnere weiters an die Gründungen in den letzten zehn Jahren, wie Laserzentrum in Niklasdorf, Technologie- und Gründerzentren in Kapfenberg, Liezen und Bruck. Die ehemals verstaatlichte Industrie, aber auch andere Beispiele in Hülle und Fülle, weisen nach, daß der Staat, die öffentliche Hand im allgemeinen, kein guter und erfolgreicher Unternehmer ist. Das hängt in einfacher Weise damit zusammen, daß betriebswirtschaftliche Kriterien, mit denen ein Unternehmen zu führen ist, häufig durch andere Motive unterlaufen werden. Es besteht die Gefahr und Versuchung des permanenten Hineinregierens in die Unternehmensführung. Ein Unternehmer hat dies bildlich so ausgedrückt, daß es schwierig ist, mit einem Auto zu fahren, wenn einer ununterbrochen in das Lenkrad greift. Privatisierungen mit der Möglichkeit des Börsenganges sind daher gar nicht so sehr unter dem Aspekt zu sehen, daß damit frisches Kapital gewonnen werden kann, sondern unter der Tatsache, daß es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, Unternehmer zu spielen. Ich sage das gerade im Hinblick auf die Diskussion über weitere Privatisierungen im Land Steiermark.

Es ist schon klar, daß sich jede Privatisierung mit Börsengang nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu richten hat und keine Notwendigkeit für übereilte Schritte gegeben ist, auf der anderen Seite ist es auch klar, daß der Weg an sich der prinzipiell richtige ist.

Donawitz ist aber auch ein Musterbeispiel dafür, was es im Wirtschaftsleben ausmacht, wenn man Kompetenz hat. Es ist das einzige Unternehmen, das weltweit eine 120 Meter kopfgehärtete Schiene erzeu-

gen kann. Donawitz macht das Hauptgeschäft nicht mit der 120-Meter-Schiene, mengenmäßig nicht einmal 25 Prozent von der Gesamtproduktion. Aber jeder, der eine 60- oder 30-Meter-Schiene benötigt, kauft sie gerne von Donawitz, und nicht von einem anderen Produzenten, weil Donawitz mit der Leistung der 120-Meter-Schiene Kompetenz-, Qualität- und Technologieführerschaft vermittelt.

Ein weiteres Beispiel ist die Opel-Astra-Präsentation in Blumau. Die Tatsache, daß Graz und die Steiermark durch den Automobilcluster als Automobilland weltweit bekanntgeworden ist, hat mit der attraktiven Bewerbung durch Bad Blumau und einer entsprechenden Unterstützung durch den zuständigen Landesreferenten dazu geführt, daß Opel sich für die Steiermark entschieden hat. Wenn 1700 internationale Journalisten aus 50 Staaten eingeflogen werden, rund die Hälfte der Journalisten auch im Tourismus tätig ist und sich Opel dieses Ereignis einen dreistelligen Millionenbetrag kosten läßt, dann kann man ermes- sen, daß dieses Projekt nicht nur eine gigantische Werbung für die Steiermark ist, sondern auch rund geschätzte 3000 Nächtigungen, Deviseneinnahmen in Millionenhöhe und Aufträge für steirische Unternehmen, ebenfalls in Millionenhöhe, ins Land bringt. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine hochentwickelte, exponierte aber an natürlichen Ressourcen arme Industrieregion, wie es die Steiermark ist, kann ihren Wohlstand und ihre Zukunftschancen im globalen Wettbewerb nur wahren, wenn sie die Menschen mit ihren vielfältigen Begabungen bestmöglich fördert, ihnen also die besten Bildungs-, Ausbildungs-, Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten einräumt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die dritte große Veranstaltung zum Thema Zukunftschance Qualifikation, die die ÖVP auf Initiative unserer Frau Landeshauptmann am 29. Oktober 1997 an der Montanuniversität durchgeführt hat. Gerade in der Bildungsfrage sind klare Positionen zu beziehen, so für ein offenes, aber differenziertes Bildungssystem, und für keinen Einheitsbrei. Der heranwachsende Mensch hat das Anrecht auf eine seinen Anlagen, Begabungen, Neigungen und Interessen entsprechende Förderung. Gerade die auf uns zukommende Informationsgesellschaft braucht eine fundierte Bildung. Denn es ist ein großes Mißverständnis zu glauben, Daten seien bereits Information und Information bereits Wissen, und die Übertragung von Daten sei identisch mit der Kommunikation zwischen den Menschen. Die Jugend braucht weiters ein Wertefundament. Unsere Gesellschaft braucht Werte wie Fairneß, Rücksicht, Solidarität, Ehrlichkeit, Offenheit und Verlässlichkeit. Ohne diese Tugenden landen wir in einer Ellbogengesellschaft, die vor allem auf Kosten der Schwächeren ausge- tragen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Ähnlich wie die Wirtschaft hat sich auch der Tourismus in der Steiermark gut entwickelt. Während in Österreich die Tourismuszahlen zurückgingen, ist die Steiermark 1997 das einzige Bundesland mit einem Plus. Leitprojekte tragen dazu ganz wesentlich bei. Erlauben Sie mir dazu einige Sätze zum A1-Ring. Ich habe die Diskussionen in den letzten Jahren gleichsam live im Landtag mitverfolgt. Natürlich kann man zu bestimmten Vorhaben unterschiedlicher Meinung

sein. Aber wenn man nach diesem Erfolg des A1-Ringes, 130.000 Besucher am Renntag, 227.000 am Formel-I-Wochenende, 723 Millionen Schilling Gesamtumsatz, 355 Millionen Schilling Gesamtsteueraufkommen, wovon der Bund am meisten profitiert, eine ausgebuchte Hotellerie, nicht nur im unmittelbaren Umfeld, sondern von Graz bis nach Liezen und Murau bis Mürzzuschlag, wenn man angesichts dieser Erfolgszahlen den A1-Ring noch immer schlechtmacht, dann handelt die SPÖ stark nach dem Motto: „Wir haben unsere Meinung, verwirren Sie uns nicht mit Tatsachen.“ (Beifall bei der ÖVP.) Bei aller Lust zur Polemik, die es in einer politischen Auseinandersetzung gibt, muß die Wahrheit einen Restposten ausmachen dürfen.

Ich freue mich, daß die „Internationale Gartenschau 2000“ eine beschlossene Sache ist und wieder rund eine Million Besucher in das Land Steiermark, in unser Land, bringen wird. Fast in allen Bundesländern in Österreich gibt es Überlegungen für große Attraktionen, Freizeiterlebnisparks mit weltweiter Ausstrahlung. Auch in der Steiermark ist eine Idee aufgetaucht, die die Murmetropole zur Welthauptstadt der Musik hätte führen können. Aber bevor man noch über Chancen und Risiken nachdenkt, wird die Idee schon abgelehnt. Und ich frage mich, wie viele gute Ideen in der Steiermark noch den Bach hinunterschwimmen müssen, nur weil manche wollen, daß nichts geschieht, und dann darüber auch noch klagen wollen. Und zum Risiko solcher Ideen: Wer nichts riskiert, riskiert am meisten. (Beifall bei der ÖVP.)

Im ordentlichen Haushalt für 1999 zeigen die geplanten Kulturausgaben eine Steigerung von 686 Millionen Schilling im Jahre 1998 auf 716,7 Millionen Schilling, was einem Wert von 1,69 Prozent an den Gesamtausgaben entspricht. Das ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht viel, genau genommen ist es die letzte Stelle. Die Kulturstatistik 1996 weist alle anderen Bundesländer mit einem höheren Anteil aus: Niederösterreich 1,84 Prozent, Kärnten 1,87 Prozent, Wien 2,04 Prozent, Burgenland 2,32 Prozent, Vorarlberg 2,44 Prozent, Salzburg 2,50 Prozent, Oberösterreich 2,65 Prozent und Tirol mit 2,87 Prozent fast 70 Prozent höher als die Steiermark. In den Pro-Kopf-Ausgaben wird das Bild eine Spur besser, da liegt die Steiermark mit rund 610 Schilling an vorletzter Stelle. Länder wie Tirol und Oberösterreich geben knapp 1000 Schilling pro Kopf aus, Wien etwas atypisch sogar über 1700 Schilling pro Kopf. Dieses Bild verändert sich auch nicht, wenn die Bedarfszuweisungen berücksichtigt werden.

Die ÖVP hat die Obstruktionshaltung der SPÖ in der Ära Krainer nach den Wahlen nicht fortgesetzt. Zwei Jahre lang hatte der derzeitige Kulturreferent alle Möglichkeiten, sich zu entfalten und das umzusetzen, was vorher von der SPÖ verlangt wurde. (Abg. Genaro: „Das, was 40 Jahre nicht passiert ist, kann man in zwei Jahren nicht machen!“) Aber offenkundig sieht die Welt anders aus, wenn man für ein Ressort zuständig ist oder dagegen opponiert. Ich meine vor allem die Novellierung des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes. Mit 26. März 1996 hat die SPÖ ihren Antrag zur Novellierung des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes eingebracht, der schon unter der Ära Krainer Gegenstand mehrerer Parteien-

verhandlungen war. In wenigen Tagen feiern wir das zweijährige Jubiläum der Einbringung. Bis heute hat die SPÖ, in deren Zuständigkeit diese Angelegenheit fällt, zu keinen Verhandlungen eingeladen. Die ÖVP hat daher einen Antrag eingebracht, der mittelfristige Förderungsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen und -initiativen einfordert – sie sind ja bereits heute möglich, siehe Paragraph 3 Absatz 4 des geltenden Kulturförderungsgesetzes –, aber dazu ist die Erarbeitung eines Kriterienkataloges unabdingbar.

Weiters ist eine rasche, effiziente und transparente Behandlung von Förderungsanträgen wie auch die schnellstmögliche Freigabe der Förderungsbeiträge von der Kulturabteilung zu gewährleisten. Ebenso muß für eine umfassende und präzise Information über die Förderungsmöglichkeiten gesorgt werden, so auch über die Möglichkeiten der Ausschöpfung von EU-Förderungschancen.

In den letzten Tagen und Wochen haben sich viele steirische Künstler und Kulturinitiativen zu Wort gemeldet. Was sie gesagt haben, war nicht gerade schmeichelhaft. Ein Hauptkritikpunkt war eben das Fehlen mittelfristiger Finanzierungsvereinbarungen für eine vorausschauende Planung, die aus ihrer Sicht gestörte Balance in der Förderung von produzierender und reproduzierender Kunst. Wenn eine so anerkannte Jazzgröße wie Karlheinz Miklin, Leiter der Jazzabteilung an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz und Initiator und Mitgestalter des Graz Meeting, dieser hervorstechenden Konzert- und Festivalreihe in Graz in den letzten Jahren, erobert das Handtuch wirft, dann ist dies nicht nur mit dem Faktum der Bedauerlichkeit abzutun, sondern hier ist der Kulturreferent gefordert. Da ist so manches aus dem Lot geraten. Hoffentlich nicht symptomatisch für die derzeitige Situation der Kulturpolitik ist die Tatsache, daß das Grazer Theater am Bahnhof für das Frühjahr 1998 ein „Festival der Katastrophen“ vorsieht und mit dem Drama „Der jüngste Tag“ von Ödön von Horváth am 19. Februar dieses Jahres den Auftakt gesetzt hat.

Mit Kunst und Kultur mag man zwar keine Wahlen gewinnen, so die manchmal geäußerte Ansicht, aber sie sind wesentliche Attraktoren für das Selbstverständnis, für die Identität, für die Eigenschaften eines Landes. Gerade in ihrer Kunst und Kultur hat die Steiermark eine reiche, vielfältige und großartige Vergangenheit, die eine besondere Verpflichtung für die Zukunft darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Steiermark ist eine liebenswerte und lebenswerte Heimat, sie ist ein schönes und erfolgreiches Land, ein Land mit Eigenschaften, und ich freue mich, daß ich in ihr leben und tätig sein kann. Gehen wir gemeinsam mit Zuversicht in die Zukunft. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 10.29 Uhr.)

Präsident: Ich erteile als nächster Rednerin der Frau Abgeordneten Mag. Hartinger das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (10.29 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ein Sicherheitsbudget, ein sensationelles Budget, ein innovatives Budget, ein gutes Budget. Das, meine Damen und Herren der ÖVP und SPÖ, ist Ihre Ver-

kaufsstrategie. Eine wunderschön rötlichschwarz schimmernde Seifenblase. Nur, Seifenblasen platzen, manche platzen bei Berührung, manche überleben etwas länger, jedoch letztendlich erleiden alle das gleiche Schicksal. Und manche teilen sich in mehrere Seifenblasen, in eine rote und in eine schwarze.

Nicht nur im Produzieren von Seifenblasen, sondern auch im Produzieren von Sprechblasen sind Sie, meine Damen und Herren der SPÖ und ÖVP, wirklich perfekt. Sie versprechen dem Bürger alles. Alles, um seine Stimme zu bekommen. Sie halten die Bürger hin und schreiben unhaltbare persönliche Briefe und haben wirklich die abenteuerlichsten Ausreden, warum Sie etwas nicht umsetzen können. Immer ist natürlich ein anderer schuld, der Kollege von der anderen Fraktion, und wenn das nicht reicht, der Bund.

Verantwortung für etwas übernehmen, das kennen Sie nicht. Verantwortung heißt nämlich, den Mut zu haben, für Handlungen und Entscheidungen gerade-zustehen, und die Kraft, für eigene Fehlentscheidungen oder Durchsetzungsschwächen persönliche Konsequenzen zu ziehen. Mich wundert dabei überhaupt nicht, warum das Image der Politik so schlecht ist, warum die Wahlbeteiligung bei den Grazer Gemeinderatswahlen nur etwa 60 Prozent betrug. Denn was erwartet der Bürger eigentlich von seinen Volksvertretern? Was erwartet er von uns? Nicht leere Versprechungen, Worthülsen, eben Sprechblasen, sondern Handlungen. (Beifall bei der FPÖ.) Nicht den anderen die Schuld zuzuschieben, um sein eigenes Leiberl zu retten, sondern für seinen Bereich Verantwortung zu übernehmen, sich nicht in den eigenen Sack zu lügen, sondern die Wahrheit, auch wenn sie manchmal schmerzt und unpopulär ist, nicht auf Kosten des Steuerzahlers leben, sondern auch persönliche Opfer zu bringen, nicht Größenwahn und Überheblichkeit an den Tag zu legen, sondern dem Bürger bei seinen Nöten, Ängsten und Problemen zu helfen. Aber auch nicht als scheinheiliger Schutzpatron aufzutreten, sondern Verantwortung für unser Land durch entsprechendes Handeln zu übernehmen. Handeln, Entscheiden und Verantwortung setzt Kompetenz voraus.

Wo ist die Verantwortung beim Gesamtbudget? Das Gesamtbudget, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als ein phantasieloses, unbedeutendes Papier, eigentlich schade um das Papier. Außer viel Gewicht ist es eben unbedeutend, denn es ist, vereinfacht gesagt, eine Fortschreibung des Budgets '98.

1,1 Milliarden Mehreinnahmen gegenüber 1998, 782 Millionen Mehrausgaben, und das war es.

Dieses wurde allerdings großartig am 7. Juli 1997 unter dem Titel „Ressortbudgetmodell“ verkauft. Was passiert aber mit diesen Mehreinnahmen tatsächlich? Es geht nach dem Motto: Alles für die Landesverwaltung und für die Regierungsbüros zur Stärkung der Macht, und nichts für den Bürger. Das heißt, eigentlich nicht nichts für den Bürger, sondern weniger für den Bürger. Auf Grund des Spar- und Steuerpaketes des Bundes haben die Gewerbetreibenden und Arbeitnehmer im Durchschnitt 2,2 Prozent weniger Einkommen.

Auf Grund der gemeinschaftlichen Bundesabgabe haben wir 1999 um 350 Millionen mehr Einnahmen als 1998 – zum Glück für Herrn Landesrat Ressel –, aber keinen zusätzlichen Arbeitsplatz geschaffen, keine weiteren Investitionen zur Unternehmensförderung, also nichts für den Bürger, denn alles wird in die politischen Regierungsbüros von SPÖ und ÖVP gebuttert, um deren Macht zu stärken.

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Dienstposten in den Regierungsbüros gewaltig erhöht worden: 26 Dienstposten mehr für die SPÖ, 7 für die ÖVP. Die SPÖ hat die Mitarbeiterzahl in den Regierungsbüros um 60 Prozent gegenüber 1991 erhöht, und zu Lasten von wem? Zu Lasten des Bürgers, zu Lasten des Steuerzahlers. Sieht so der Vertreter des kleinen Mannes aus, meine Damen und Herren der SPÖ? So wird Ihre Verantwortung umge-setzt?

Die ÖVP, die verliert ständig an Wählerstimmen und somit auch an Ressortbereichen, aber bei den Dienstposten wird eifrig aufgestockt. Ist das Ihre Stärkung und Ihre Verantwortung gegenüber der Wirtschaft?

Daß Herr Landesrat Hirschmann das unerträglich findet, weil er es bei den Personalverhandlungen rechtfertigen muß, daß in den Bezirkshauptmannschaften und Rechtsabteilungen Dienstposten eingespart werden müssen, verstehe ich. Aber was ich nicht verstehe, Herr Landesrat, warum setzen Sie diese Dinge um? Oder handeln Sie nur als rotschwarzer Erfüllungsgehilfe? (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ja!“) Danke, wenigstens eine ehrliche Antwort.

Am 7. Juni 1997 hat die Regierungsmehrheit folgenden Beschluß gefaßt: Da sie im Budget '97 zu wenig für die Regierungsressorts veranschlagt hat, hat sie exakt 378 Millionen Schilling nachbedeckt, ohne Landtagsbeschluß, in der Hoffnung, daß es niemandem auffällt. Und das auf welche Kosten, natürlich auf Kosten anderer. Eine Direktnahme aus dem Staatssäckel. Ein SP/VP-Tamagotschi – Sie kennen alle dieses schöne Computerspiel –, und ich sage, es ist ein SP/VP-Tamagotschi, es schreit unentwegt, ist orientierungslos, frißt unentwegt und bringt eigentlich nichts.

Wir behandeln das Budget 1999, ohne auch nur in Ansätzen das vorläufige Ergebnis 1997 zu kennen. In allen privaten Unternehmen liegt der Abschluß bereits im Jänner, spätestens im Februar vor. Aber die Landesregierung schafft es nicht einmal bis März. Herr Landesrat Ressel, Sie können sich sicher an Ihre Tätigkeit in der KNP Leykam erinnern (Landesrat Ing. Ressel: „Gerne!“), dort ist Rechnungsabschluß 17. Jänner. Dort waren Sie allerdings nicht für die Finanzen zuständig. (Abg. Mag. Bleckmann: „Gott sei Dank!“) Was Sie in Ihrem Ressort benötigen und was wir Freiheitliche fordern, ist eine moderne Leistungs- und Budgetplanung. Wenn Stronach nach unserem Landessystem arbeiten würde, müßte er sofort Konkurs anmelden. Ihre Verantwortung ist es daher, so schnell wie möglich ein effizientes Budgetinstrumentarium den einzelnen Ressortverantwortlichen und dem Landtag und der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Das jetzige System bedeutet nämlich einen enormen Schaden für den Bürger. (Beifall bei der FPÖ.)

Das richtige Werkzeug und die richtigen Informationen sind zur Steuerung des Finanzwesens unerlässlich, ansonsten, Herr Landesrat, bewegen Sie sich auf Treibsand, auf dem Gebäude, das Sie bauen, versinken Sie selbst.

Ich habe mir für 1997 die neun außer- und überplanmäßigen Bedeckungsberichte genau angeschaut. In Summe sind es 1,037 Milliarden Schilling, für die Sie sich im nachhinein die formale mehrheitliche Zustimmung des Landtages geholt haben. Daß in einigen Fällen und Positionen keine Dringlichkeit nach Paragraph 32 Absatz 2 LVG gegeben war, haben wir Freiheitlichen in diversen Ausschusssitzungen nachgewiesen. Meine Damen und Herren, der Landtag wird hier zu einer Abstimmungsmaschinerie degradiert.

Aber welche Funktionen hat dann der Landtag, welche Verantwortung haben wir Abgeordnete? Und da möchte ich auch Herrn Landesrat Hirschmann zitieren. In der letzten Landtagssitzung haben Sie gesagt: „Ihr könnt keinen Schilling verändern, und so soll es auch bleiben.“ Oder ich zitiere Frau Landeshauptmann Klasnic: „Meine Abgeordneten wissen schon, daß sie nichts verändern können, sie haben es widerspruchslos zu beschließen.“ Es ist mir schon klar, daß Sie, meine Damen und Herren Landesräte der ÖVP und SPÖ und Frau Landeshauptmann, lieber unter sich sind, um dort Ihren Machtspielen zu frönen – nur ein Problem haben Sie noch, meine Damen und Herren von der SPÖ und von der ÖVP – ein Problem, das Sie oft hindert, Ihre Postenschacherei, Ihren Privilegienaufbau, Ihren Machtausbau auszuleben. Es ist das „blaue Gewissen“, der Herr Landesrat Schmid. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Tatsächlich blau!“) Das Budget sollen wir laut Frau Landeshauptmann widerspruchslos beschließen. Anhand dieses Satzes sehe ich bereits Ihre Denkweise – das ist ein Affront gegenüber dem Landtag, ein Affront gegenüber der Verfassung. Das heißt, Frau Landeshauptmann, Sie pfeifen auf die Trennung von Legislative und Exekutive, damit Sie alleine herrschen können. Das ist Ihr „Miteinander“, und das ist Ihr „Gemeinsam“.

Herr Landesrat Hirschmann weiß ja davon ein Lied zu singen. Ich darf Sie wieder zitieren: „Ich wollte nicht der einzige Störenfried des Miteinanders sein“, als es ihm beim Fall Hochkofler wieder einmal erreicht hat.

Und der Herr Kollege Purr, er hat in der letzten Landtagssitzung gemeint, daß ÖVP und SPÖ wie in einem Pferdegespann zusammengekettet seien. Es fragt sich nur, wer der Kutscher ist – bei der Übernahme der Verantwortung gibt es jedenfalls keinen. Doch wenn es darum geht, sich selbst zu beweihräuchern und sich auf die Schulter zu klopfen, wollen alle auf dem Kutschbock sitzen.

Zwar will die Frau Landeshauptmann nur brave Handerlheber, aber ich hoffe doch, daß wir Abgeordneten aller Fraktionen über die Stärkung des Föderalismus und der Landtage uns einig sind.

Es sind die Regierungsmitglieder von SPÖ und ÖVP, die das Parlament bei Regierungsvorlagen und beim Budget, wie auch diesmal wieder, wie wir sehen werden, zu einer unwürdigen Abstimmungsmaschinerie degradieren. Meine Damen und Herren Landtags-

kollegen von SPÖ und ÖVP, es wäre wirklich schön, wenn Sie einmal den Mut fänden, sich anders zu entscheiden, wenn es um die Sache geht, zumal es in beiden Reihen genug gute Fachmänner und Fachfrauen gibt.

Die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern gehören in Anbetracht der zentralistischen Tendenz der EU neu geordnet.

Wir Freiheitlichen bekennen uns zur Eigenverantwortlichkeit der Länder, zum föderalistischen Prinzip sowie zur Eigenverantwortung der Gemeinden. Wer regiert eigentlich unser Land? Wer verantwortet? Sie, Frau Landeshauptmann? Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter? Doch wer verantwortet den Fall Konrad? Niemand seitens der SPÖ? Niemand seitens der ÖVP? Der Frau Landeshauptmann war der Fall Konrad in letzter Minute auf Grund des Druckes des „blauen Gewissens“ zu heiß. (Abg. Gennaro: „Bitte nicht lachen!“)

Und wer verantwortet den Fall Hochkofler? Auch niemand? Landeshauptmannstellvertreter Schachner tut so, als wäre er wie die Jungfrau zum Kind gekommen, obwohl er auch schon zwei Jahre politischer Referent ist. Aber vielleicht hat er die Übersicht durch die neue FOKU-Abteilung verloren. Die Frau Landeshauptmann schweigt und läßt alles Herrn Landesrat Hirschmann ausbaden. Dem wiederum reicht es, und er meint, schuld sei nur das Miteinander. Wer übernimmt nun die Verantwortung für diese Mißstände? Niemand? Die Verantwortung löst sich auf wie eine Seifenblase.

Bleiben wir bei der Verantwortung im Personalbereich: Ausbezahlte Überstunden sind nicht geleistet worden. Die Rechtsabteilung 1 wird als Selbstbedienungsladen angesehen, Sonderverträge sind schwer aufzulösen, hochdotierte Konsulentenverträge werden abgeschlossen, luxuriöse Gagen für Beamte in Regierungsbüros werden gewährt, Zulagen werden ohne gesetzliche Grundlagen bezahlt. Meine Damen und Herren, das ist das Sittenbild unserer großzügigen Landesverwaltung. Alles auf Kosten des Steuerzahlers. Herr Landesrat Hirschmann, jetzt wiederum zu sagen: „Es reicht mir – ich bin dafür nicht verantwortlich“, ist aus unserer Sicht wirklich bedenklich.

Ich weiß schon, daß das Personalwesen einer der schwierigsten Bereiche ist, doch wenn ich als Personalchef Mitarbeiter mit äußerst lukrativen Sonderverträgen einstelle, so verantwortete ich es mit, wenn ich keine Gegenmaßnahmen setze. Sie haben weder die Verantwortung Ihrer Kontrollfunktion noch Ihrer Führungsfunktion wahrgenommen, Herr Landesrat Hirschmann. Wir Freiheitlichen fordern eine leistungsgerechte, transparente Entlohnung und eine objektive Personaleinstellung. Das ist unsere Verantwortung. (Beifall bei der FPÖ.)

Verantwortung für die Bürger in den Grenzregionen, wie schaut die aus? Und hier komme ich zum Thema „EU-Osterweiterung“, zur Grazer Erklärung vom 29. Jänner 1998. Frau Landeshauptmann, Ihre Vorstellung hinsichtlich Erhöhung der Förderobergrenzen für die Grenzbezirke wurde in Brüssel von der EU-Kommissarin Wulf-Matthis einfach vom Tisch gewischt. Entspricht das Ihrem neuen Motto „Mit der Kraft der Steiermark“? Mit dieser Kraft bewirken Sie anscheinend nichts. Wie wir sehen können, ist dann

noch eine Osterweiterung zu verantworten, wenn Österreich als Nettozahler 10 Prozent mehr Beiträge zahlen wird müssen. Ist dann noch eine Osterweiterung zu verantworten, wenn der Strukturfonds um 50 Prozent erhöht wird, was eine Erhöhung der Inflationsrate mit sich bringt, die sich wiederum katastrophal auf das Budget auswirkt? Ist dann noch eine Osterweiterung zu verantworten, wenn derzeitige Zielgebiete, wie 5a und 5b, aufgelöst werden und andere reduziert werden? Ist eine Osterweiterung noch zu verantworten, wenn die Agrarpreise auf Weltmarktniveau sinken? Hier rechnet man bitte - liebe Vertreter von der Bauernschaft, hört zu - einen Verlust von einer Milliarde Schilling für die Bauern. (Beifall bei der FPÖ.)

Wie können Sie die Osterweiterung vertreten, wenn durch den geschätzten Zustrom von 17.000 bis 34.000 Arbeitsuchenden aus dem Osten die Arbeitslosenrate noch weiter erhöht wird? So kann man die Osterweiterung nicht verantworten. Aber ähnlich wie beim Euro, wo jetzt 155 deutsche Wirtschaftswissenschaftler eindringlichst für eine Verschiebung der Währungsunion plädiert haben, wie es auch wir Freiheitlichen gefordert haben, werden wir Österreicher, „dank“ Ihrer Verantwortung, Hals über Kopf uns in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang stürzen. Das sind alles Argumente, der Osterweiterung nicht zuzustimmen. Deshalb sind wir Freiheitlichen gegen die Osterweiterung, weil wir Österreicher es uns nicht leisten können. (Beifall bei der FPÖ.) Risiko ist gut, aber nicht Harakiri. Denn was sagen Ihre Bauern dazu, Herr Landesrat Pörtl? Wo ist Ihre Verantwortung? Sie treiben Ihre Bauern von der Eigenständigkeit in die Abhängigkeit. In die Abhängigkeit der EU, in die Abhängigkeit des Agrarriesen USA. Die Kommission der „Agenda 2000“ schlägt eine Senkung der Interventionspreise bei Getreide, Rindfleisch und Milch vor. Dies bedeutet enorme Verluste für die Bauern, beispielsweise bei einem kombinierten Betrieb von 20 Kühen und 14 Masttieren 7000 Schilling pro Jahr. Und bei spezialisierter Stiermast mit 50 Standplätzen sogar 40.000 Schilling pro Jahr. Das heißt, je mehr Kühe und je höher die Milchleistung, desto negativer die Auswirkungen. Das produziert Bauernsterben. Und da frage ich Sie schon, ein Land ohne Bauern, ist das Ihr Ziel, Herr Landesrat Pörtl? Milch von dänischen Akkordkühen, Frischprodukte aus dem Glashaus, Getreide aus Amerika, will das der steirische Bürger?

Aber daß die ÖVP ja schon lange kein Vertreter mehr der steirischen Bauern ist, liegt auf der Hand. Das beweist das Verhalten beim ländlichen Wegebau. Allein für die Restabwicklung des Hofzufahrtsprogrammes des Landes werden 54 Millionen Schilling benötigt. Doch weder im Budget 1998 noch im Budget 1999 hat sich die ÖVP eingesetzt, daß diese benötigten Mittel auch festgeschrieben werden. Um nicht ganz ihr Gesicht zu verlieren, brachten sie einen Resolutionsantrag ein. Aber wir wissen alle, was Resolutionsanträge bewirken. Sie sind nichts anderes als fromme Wünsche an das Christkind.

Ein Budgetabänderungsantrag, der seitens der Freiheitlichen bei den Budgetverhandlungen 1998 gestellt wurde, wurde Ihrerseits abgelehnt. Vielleicht springen Sie diesmal über Ihren Schatten des Miteinanders

und vertreten Ihre Bauern, wenn wir diesmal wieder einen Antrag diesbezüglich stellen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wo ist die Verantwortung in der Kultur? Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werden sagen, durch die Gründung der Abteilungsgruppe Forschung und Kulturmanagement ist der Verantwortung Genüge getan. Die Installierung einer neuen Abteilung ist jedoch noch lange kein effizientes Kulturmanagement.

Ganz im Gegenteil. Was hier eingerichtet wurde, läßt im Bereich Führung und Organisation auf Ahnungslosigkeit schließen oder es sind andere Zielsetzungen dahinter verborgen.

Ich gehe davon aus, daß das Letztere der Fall ist. Ihre Zielsetzung ist Macht, ist Weisung erteilen. Neben der Stärkung Ihres Regierungsbüros um 60 Prozent in den letzten Jahren haben Sie sich mit der FOKU-Abteilung und nach langwierigen, teilweise erfolglosen Versuchen bei der Leiterbestellung eine neue Organisation aufgebaut, die von den Aufgaben her die bislang bestehenden Abteilungen leerlaufen lassen und kaputtmachen soll. Eine Stabstelle mit 21 Dienstposten, die dieselben Aufgaben hat wie die anderen Kulturabteilungen. Ist das Lean-Management? Ich sage, es ist kein Lean-Management, sondern es ist Bacon-Management, Bacon, meine ich, Speck-Management, und das bitte mit Maden. (Beifall bei der FPÖ.) Diese Vorgangsweise ist unverantwortlich dem Bürger gegenüber, unverantwortlich den Künstlern gegenüber, unverantwortlich der Kultur des Landes gegenüber und sogar unverantwortlich eines Sozialdemokraten. Aber vielleicht verstehen Sie Ihren Verkaufsslogan, Herr Landeshauptmannstellvertreter, „Arbeit für unser Land“ in der Schaffung von künstlichen Abteilungen und der damit verbundenen Macht für Ihre SPÖ.

Herr Kollege Jeglitsch von der ÖVP hat in Sekundenschnelle das erkannt und fordert jetzt die Auflösung der FOKU-Abteilung. (Abg. Schinnerl: „Heute hat er nichts gesagt!“) Heute hat er nichts gesagt? Ja, ich weiß auch nicht. Ich frage mich zwar schon, warum er seinerzeit dies nicht abgelehnt hat, aber damit nicht nur Seifenblasen produziert werden - und der Kollege Lopatka ist jetzt nicht anwesend, aber die Kollegen werden es ihm ausrichten -, er hat gemeint, man müsse wirklich ernsthaft darüber diskutieren, sondern daß eben nicht nur Seifenblasen produziert werden, sondern auch gehandelt wird, haben wir einen Antrag auf Auflösung der FOKU-Abteilung gestellt. Daß die ÖVP hier mitstimmt, das setze ich jetzt voraus. Aber es gibt noch einen triftigeren Grund zur Installierung dieses Luftschlosses namens FOKU: Sie brauchen nämlich ein Pendant zur Landesamtsdirektion, denn es geht doch nicht an, daß Sie als Landeshauptmannstellvertreter nicht dieselben Machtstrukturen haben wie die Frau Landeshauptmann. Bei den Regierungsbüros fehlen Ihnen dazu noch zehn Dienstposten, aber das schaffen Sie sicher auch noch, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ein nettes Gespräch mit den Kollegen Ressel und Hirschmann wird wohl genügen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Er redet nicht mehr mit mir!“) Er redet nicht mehr mit Ihnen? (Landesrat Dr. Hirschmann: „Nein!“) Ja, das ist traurig.

Verantwortung hätten Sie, andererseits auch endlich ein entsprechendes Kulturförderungsgesetz zu verhandeln, und weiters liegt es auch in Ihrer Verantwortung, das ohnehin spärliche Kulturbudget mit 716 Millionen Schilling, das sind 1,69 Prozent des Landeshaushaltes, effizienter zu verwenden. Und als dritter Punkt eine entsprechende Kunst- und Kulturförderung anstelle eines aufgeblähten Verwaltungsapparates – à la FOKU.

Kunst und Kultur sollen für uns Freiheitlichen frei sein von einer parteipolitisch motivierten Kunstförderungsbürokratie. Ich zitiere dazu Tegethoff: „Ich hoffe, daß die Wähler sich erinnern, daß ein Politiker aus persönlicher Eitelkeit, aus gekränktem Stolz, wegen unfähiger Berater aus unerträglich klein-kariertem Denken der Steiermark viele Chancen verwehrt.“

Wo ist die Verantwortung im Sozialbereich, Frau Landesrat Rieder? Wo ist die dringend erforderliche Verordnung zum Sozialhilfegesetz? Wo sind Umsetzungs- und Durchführungskriterien, wo sind Kontrolle und Sanktionsmaßnahmen zur Qualitätssicherung, wo sind unabhängige Beschwerdestellen für mobil Betreute und deren Angehörige, wo ist ein Pflegenotruf? Im Rahmen des neuen Sozialhilfegesetzes sind die Gemeinden verpflichtet, folgende Dienste über integrierte Sozial- und Gesundheitssprengel anzubieten: Altenhilfe, Familienhilfe, Heimhilfe, Hauskrankenpflege. Wir wissen, daß es verschiedenste Anbieter gibt, von der Volkshilfe angefangen, Steirisches Hilfswerk, Caritas bis zum Roten Kreuz. Aber nach welchen Kriterien wählen wir die Gemeinden aus? Nach Qualität? Nein. Nach Leistung? Nein. Nach Kosten? Nein. Sie, sprich die Bürgermeister, werden angehalten, je nachdem, ob es eine schwarze oder eine rote Gemeinde ist, einen entsprechenden farben-gleichen Anbieter auszuwählen. Die unabhängigen Anbieter bleiben da wieder einmal auf der Strecke. Das heißt, auch hier wird verantwortungslose Parteipolitik betrieben, auf welche Kosten? Natürlich auf Kosten des Bürgers. (Abg. Tasch: „Sie haben keine Ahnung, sie könnten was lernen, wenn Sie im Gemeinderat wären!“) Herr Kollege, hören Sie zu bitte, da können Sie auch noch was lernen. Uns Freiheitlichen geht es um die bestmögliche Versorgung von Menschen, die einmal viel für unser Land gearbeitet haben und jetzt das Recht haben, ordentlich gepflegt zu werden, schmerzarm ihren Lebensabend zu beschließen und von uns jüngeren Arbeitenden – ich möchte fast sagen – getragen zu werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Wo ist die Verantwortung im Gesundheitsbereich, Herr Landesrat Dörflinger? Diese liegt leider nicht in der Sicherung der qualitativen Gesundheitsversorgung, sondern nur in der Standortsicherung unter dem Motto: „Überall ein Bißerl, damit alle beruhigt sind.“ Mindestens einmal im Monat einen Spatenstich, eine Zimmereröffnung – die Betonung liegt auf Zimmer –, alles so getimt, daß die Häufigkeit der Eröffnungen vor den Wahlen sogar zunimmt. So sieht unsere Gesundheitspolitik aus! Aussagen, wie „kein Patient wird krank entlassen“ oder „wir müssen alles positiv darstellen, um mehr Budget zu bekommen“, beweisen die Denkweise unseres Gesundheitslandesrates, deine Verantwortung, Herr Landesrat, gegenüber dem

Patienten und Steuerzahler. Das ist deine Denkweise. Du weißt ganz genau, daß auf Grund des neuen Finanzierungssystems die Patienten früher entlassen werden und es außerhalb des Spitals keine Übergangsstationen und zu wenig mobile Betreuung, keine Kurzzeitpflege und zu wenig niedergelassene Kassenärzte gibt. Aber das hast ja – so denkst du – nicht mehr du zu verantworten, sondern wer? Frau Landesrat Rieder, oder nur teilweise, oder wie heißt es „hinter mir die Sintflut“. Der arme Patient! (Beifall bei der FPÖ.) Verantwortung ist im Gesundheits- und Sozialbereich langfristig und ganzheitlich zu sehen – das ist unser Ziel, das Ziel der Freiheitlichen. Nur Spitäler zu bauen ist zu wenig. Der Patient muß im Mittelpunkt stehen, und nicht im Weg.

Aber nun zur Verantwortung in der Wirtschaft, zum Thema Arbeit. Bundeskanzler Klima hat bei der Wahlkundgebung in Graz gesagt: „Arbeit ist das Wort des Jahres 1998.“ Die Betonung liegt auf „Wort“, die Seifenblase, denn kein Politiker kann irgendeinen Arbeitsplatz schaffen, außer vielleicht in seinen eigenen Regierungsbüros. Auch die ÖVP mit Herrn Landesrat Paieryl wälzt sich in modernen Schlagwörtern „Cluster, Gründerwelle, Lean-Management“. Allen – den Lehrlingen, Männern und Frauen bis zu den alten Menschen – wird Arbeit versprochen. Die Arbeitslosenrate betrug im Februar jedoch 10,5 Prozent, fast 50.000 Steirer mußten stempeln gehen. Und jeder Arbeitslose ist einer zuviel. Ich glaube, darüber sind wir uns wenigstens alle einig. (Beifall bei der FPÖ.)

Das heißt, fast jeder neunte Steirer ist ohne Arbeit, womit wir weit über dem österreichischen Schnitt liegen. Vor allem bei den über 50jährigen nahm die Arbeitslosigkeit um 6 Prozent zu. Auch durch Ihre scheinbar großartige Lehrlingsaktion, Herr Landesrat Paieryl, hat sich die Situation, vor allem das Verhältnis zwischen Lehrlingen und Lehrstellen, kaum entschärft. Beim kommenden Schulschluß wird sich die Lehrlingskrise erneut wiederholen und verstärken. Tausende Lehrstellen werden fehlen, und diesmal auch das Förderungsgeld!

Trotzdem geht es uns im Vergleich zu verschiedenen EU-Staaten betreffend Arbeitslosigkeit noch relativ gut. Doch dank des Einsatzes von Herrn Bundeskanzler Klima wird 2000 nicht nur die Wirtschaftsleistung als Vergabekriterium für EU-Förderungen herangezogen, sondern auch die Arbeitslosenrate. Bravo, wirklich eine tolle Strategie. Damit verlieren nämlich gerade unsere strukturschwachen Regionen viele Förderungen und viel Geld. Wer sind die Verlierer? Die Verlierer sind: westliche Obersteiermark, östliche Obersteiermark, West- und Südsteiermark, Oststeiermark, eigentlich die ganze Steiermark bis auf den Bezirk Liezen, der hinsichtlich der Arbeitslosenrate über dem EU-Durchschnitt liegt. Das heißt, fast in ganz Steiermark verlieren wir unsere Förderungsgelder, da der Herr Kanzler Klima so gut verhandelt hat. Das ist wieder einmal ein Beweis des „Verhandlungsgeschickes“ der Bundesregierung. Wir Steirer, wir Österreicher, müssen teure, schuldenfinanzierte Beschäftigungsprogramme anderer Staaten mitfinanzieren. Wirklich ein toller Erfolg unserer Regierer. Schlechter kann man uns in Brüssel wirklich nicht mehr vertreten. Wir Freiheitlichen fordern eine radi-

kale Befreiung der Arbeitsmärkte von bürokratischen Fesseln, um die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Das Motto muß lauten: Flexibilität und der Spaß am Risiko für die Wirtschaft, weniger Staat und mehr privat, und nicht umgekehrt. Herr Kollege Flecker hat in einem „Standard“-Interview gemeint, man müsse mehr Staat fördern. Das ist typisch Ihre Ideologie. Ihre Ideologie ist, an der Macht festzuhalten und die Menschen vom Staat abhängig zu machen. Blinder Aktionismus steht bei Ihnen, meine Damen und Herren der SPÖ, im Vordergrund, statt ergebnisorientiertes Handeln.

Wir brauchen kein enges Tarifkorsett, wir brauchen keine Arbeitszeitverkürzung, da diese die Arbeitnehmer nur noch zu Mehrleistung und Streß zwingt. Wir brauchen gute Rahmenbedingungen für engagierte, leistungsfähige Unternehmer, denn sie sichern unsere Arbeitsplätze, und nicht die Politik. (Beifall bei der FPÖ.)

Das, meine Damen und Herren, ist unsere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, gegenüber den arbeitenden Menschen, alles andere heißt, Krebs mit Aspirin behandeln.

Wo ist die Verantwortung beim Wohnbau? Ich darf zunächst die Wirtschaftspartei ÖVP daran erinnern, daß sie im Jahre 1991 unserem Landesrat ein Ressort mit einer Überschuldung von sage und schreibe 3000 Millionen Schilling übergeben hat. Und weiters darf ich die SPÖ und hier im besonderen wieder den Herrn Landesrat Ressel daran erinnern, daß Ihr Budget durch Gesetzesänderungen 1993 im Wohnbau jährlich nunmehr mit über einer Milliarde Schilling aufgefüllt wird. Und dies ohne die im Vorjahr beschlossenen Zinsentnahmen aus dem Wohnbau von jährlich zirka 300 Millionen Schilling.

Daß diese Maßnahme, meine sehr geehrten Damen und Herren, erstens ohne Rücksprache mit dem Wohnbaureferenten erfolgt ist und zweitens parallel zu ständigen neuen Forderungen an den Wohnbau, wie Förderung der Mehrwertsteuer, Wohnbauhilfe für alle et cetera, durch die Abgeordneten der ÖVP und SPÖ gesetzt wurde, stellt wohl wieder einmal einen weiteren Höhepunkt Ihrer Doppelzüngigkeit dar.

Diese Koalition hat es zu verantworten, daß dringende Verbesserungswünsche im Wohnbau nicht durchgeführt werden können. Es ist eine historische Tatsache, daß die angesprochenen 300 Millionen Schilling ausschließlich dazu verwendet werden, um die entstandenen Risse Ihrer Koalition, ausgehend von der Causa Konrad, zu kitten. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, was für ein Zahlenwerk liegt uns hier vor? Ein sicheres Budget? Nein, ein unsicheres, wackeliges, abenteuerliches mit Traumzahlen. Ein innovatives Budget? Nein, ein phantasieloses, da es nur eine Budgetfortschreibung ist. Ein sensationelles Budget? Nein, ein verantwortungsloses Budget, verantwortungslos gegenüber dem Bürger, gegenüber der nächsten Generation. (Beifall bei der FPÖ.)

Dieses Budget ist nichts anderes als eine Seifenblase, die zerplatzen wird, und deshalb lehnen wir Freiheitlichen es ab. (Beifall bei der FPÖ. – 11.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich die Schülerinnen und Schüler der 6a und 6b des Bundesgymnasiums Knittelfeld unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Karin Thierrichter sehr herzlich bei uns begrüßen.

Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Gross das Wort. Sie hat ebenfalls 40 Minuten Redezeit.

Abg. Gross (11.07 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Budget zeigt die Vielfalt der Aufgaben, aber auch die Probleme des Landes. Eine Debatte um das Budget soll aber auch die Vielfalt der Meinungen dazu zeigen. Aber, Frau Kollegin Keshmiri, ich verwehre mich im Namen aller Mitglieder des Finanz-Ausschusses gegen deine Unterstellung, fahrlässig gehandelt zu haben. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben uns Tage vorher die einzelnen Ansätze angeschaut und auch mit Ressortverantwortlichen diskutiert. Quantität hat noch nie etwas über Qualität ausgesagt. Auch beim Faktor Zeit ist dies der Fall. (Beifall bei der SPÖ.) Und noch eines: Ich bin sicher keine Lobbyistin der Banken, aber deine Aussage über parteizuzuordnende Banken ist meines Erachtens kreditschädigend. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir haben wieder ein Zweijahresbudget. Die positiven Auswirkungen dieser bereits durch den Bund vorgezeigten Zweijahresplanung sind unbestritten: Es sind dies vor allem verbesserte Abstimmungsmöglichkeiten und mittelfristig realisierbare Planungen sowohl des Landes als auch der durch das Budget Betroffenen. Diese Zweijahresvariante bringt aber auch einen großen arbeitsmäßigen Mehraufwand für das Finanzreferat. Wir freuen uns darüber, daß sie unserem Finanzlandesrat Joachim Ressel und vor allem seinem Team trotz aller wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen doch gelungen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte, unter Beachtung des bestehenden Zeitlimits, doch auf einzelne Gruppen besonders eingehen:

Zur Gruppe 0: Sie beinhaltet drei wichtige Punkte, die auf Grund der aktuellen politischen Ereignisse durchaus zusammenhängend gesehen werden können: Den Landesrechnungshof, die Personalpolitik und die Verwaltungsreform. Der Bericht des Landesrechnungshofes über verschiedene Spezialfälle im Landesbereich hat Staub aufgewirbelt. Zusammen mit dem Fall Hochkofler zeigt sich hier die Spitze eines Eisberges von Relikten einer Zeit, in der manche in der ÖVP geglaubt haben, die Steiermark sei ihr Eigentum. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist aber eine Farce, lieber Gerhard Hirschmann, wenn du heute die damalige Zuständigkeit verleugnen willst und versuchst, im konkreten Fall den jetzigen Kulturreferenten mit in diesen Sumpf zu ziehen. Seit dem 17. Dezember 1995 gibt es in diesem Hohen Haus zwei gleichstarke Partner, die gleichberechtigt an die Lösung der Probleme herangehen sollten. Und zwar gemeinsam. Und vielleicht sollte jeder von uns die eigenen Bereiche beobachten und falls notwendig korrigieren, statt, wie Herr Prof. Jeglitsch es uns vor einiger Zeit vorexerziert hat, nur vor fremden Türen zu kehren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der Menschen in zunehmenden Maße Politikverdrossenheit zeigen und manchmal nicht einmal mehr an demokratischen Entscheidungen persönlich mitwirken und hingehen wollen, in solch einer Zeit gilt es, durch klares, entschlossenes Handeln, durch schonungsloses Aufdecken und durch die Bekämpfung aller Mißstände und Fehlleistungen, ohne Ansehen auf Rang und Namen der Personen, die Voraussetzungen für eine neue positive Einstellung der Menschen zu Staat, Gesellschaft und Politik zu schaffen.

Der Wille, Neues zu gestalten, nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in der täglichen Praxis, mehr Mut zur Wahrheit, auch wenn es weh tut, das sind die Chancen einer neuen Glaubwürdigkeit. Diese müssen wir in unserer Demokratie dringend ausbauen, damit sich möglichst viele, vor allem unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger, wieder stärker in die demokratischen Mitbeteiligungsmöglichkeiten einbringen können.

Das von Landesrat Hirschmann eingebrachte Objektivierungsgesetz erscheint mir in einigen Punkten leider nur eine Alibiregierungsvorlage. Dennoch wird diese Vorlage eines der Hauptverhandlungsthemen der Landtagsparteien in nächster Zukunft sein. Und ich bin überzeugt, daß hier der Landtag jene Qualität einbringen kann, die die derzeitige Regierungsvorlage in manchen Bereichen noch vermissen läßt.

Wir wissen alle, daß der Mut zur Veränderung kritisches Denken voraussetzt, und genau das sollten wir uns bewahren. Die Beschönigung von Schwachstellen mag zwar für manchen angenehm sein, sie täuscht jedoch über das Verbesserungsbedürfnis hinweg.

Zur Verwaltungsreform – einer Never-Ending-Story ohne dramaturgische Erfolge – ist zu sagen, daß die SPÖ bereits einen Antrag eingebracht hat und dieser Parteienverhandlungen unterzogen wurde. Das Ergebnis wurde auch der Landesregierung übermittelt. Leider haben sich die in erster Linie angesprochenen Referenten, Frau Landeshauptmann Klasnic und Herr Landesrat Hirschmann, bisher nicht dazu geäußert, was meinen Eindruck von der Endlosigkeit dieses Themas noch verstärkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, eines möchte ich aber doch noch für meine Fraktion betonen: In Zeiten der Geißel Arbeitslosigkeit kann der primäre Sinn der Verwaltungsreform nicht darin liegen, soviel Personal wie möglich abzubauen. Wir müssen anstreben, mit dem vorhandenen Personal soviel Effizienz wie nur möglich für die Bürger unseres Landes zu erzielen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, beim Bereich Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft erlaube ich mir, den Aspekt der Kinderbetreuung verstärkt einzubringen. Das Recht aller, ihr Leben nach Möglichkeit so zu gestalten, wie es ihre Lebensplanung vorsieht, muß auch den Frauen vermehrte Chancengleichheit für den Eintritt ins Berufsleben bieten. Auch wenn manche Familienpolitiker idyllische Familienporträts als den Beweis einer heilen Welt ansehen, muß es trotzdem Aufgabe der öffentlichen Hand sein, flächendeckend für ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zu sorgen. Besonders betrifft dies natür-

lich Alleinerzieherinnen, die in unserer Familienpolitik nach wie vor nicht einmal jenen Platz zuerkannt bekommen, den sie sogar schon statistisch einnehmen.

In der Frage der Familienpolitik empfinden wir beinahe genauso wie die ÖVP, die Familie solle in vielen Themen viel stärker im Mittelpunkt stehen, nur mit einem gravierenden Unterschied, daß bei uns die Familie schon beim ersten Kind anfängt, und nicht erst beim dritten. (Beifall bei der SPÖ.) Das Erkenntnis der Verfassungsrichter mußte respektiert werden, obwohl diese meines Erachtens nach ihre richterliche Befugnis überschritten und ein politisches Urteil gefällt haben. Die neue Familienbesteuerung bringt auch mehr Geld für Kinderbetreuungseinrichtungen. Unsere Soziallandesrätin Anna Rieder war österreichweit eine der ersten Landespolitikerinnen, die die zusätzlichen Förderungsmillionen aus Wien eingefordert hat. Um rund 70 Millionen Schilling wurde bereits im Februar 1997 beim Bund angesucht, um weitere 12,6 Millionen im Februar 1998. Damit wurde das für die Steiermark höchstmögliche Volumen beansprucht. Es ergibt sich ein Gesamtfördervolumen Bund und Land von rund 165 Millionen. Das bedeutet ein Bauvolumen von rund 300 Millionen Schilling. Die 50prozentige Kostenbeteiligung der Betreiber kann für jene keine ernsthafte Hürde sein, die ihre moralische und gesellschaftliche Verpflichtung den Kindern und Müttern gegenüber wirklich ernst und wahrnehmen. 71 Projekte mit rund 2000 neuen Krippen- und Kindergartenplätzen wurden gefördert. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, in den vergangenen sieben Jahren ist in diesem Bereich ein Quantensprung geschehen. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Kindergartenförderungsgesetzes im Jahre 1974 bestanden 279 Kindergärten, im November 1996 waren es bereits 652 Kindergärten. Das Land verfügt derzeit über rund 32.000 Kindergartenplätze, davon rund 80 Prozent in Halbtagsform und 20 in Ganztagsform. Somit können rund 76 Prozent der steirischen Kinder im Alter zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr und dem Schuleintritt betreut werden.

In anderen Kinderbetreuungseinrichtungen, wie Horten, Kinderkrippen und Krabbelstuben, ist dieser Ausbauprozess mangels entsprechender Förderungsbestimmungen derzeit ausgeblieben. Im November 1996 gab es 31 Horte und zehn Krabbelstuben im ganzen Land. In den Horten sind rund 1800 und in den Kinderkrippen beziehungsweise Krabbelstuben rund 250 Plätze vorhanden. Bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt hat die Entwicklung zur Betreuung von Kindern durch Tagesmütter eingesetzt. Die meisten der rund 650 Tagesmütter sind bei Trägervereinen angestellt, nur wenig als geringfügig Beschäftigte. Rund 1500 Kinder werden von diesen Tagesmüttern betreut. Als Auswirkung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes ist die flächendeckende Ausstattung des Landes mit Kinderbetreuungsplätzen in einem Zeitrahmen von etwa zehn Jahren zu erwarten.

Die Rechtsabteilung 13 hat errechnet, daß sich bis zum Jahr 2006 Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe ergeben werden, und ich bin daher sicher, daß wir über dieses Thema noch des öfteren im Hohen Haus diskutieren werden. Aber ich bedanke mich

bereits heute bei Landesrätin Anna Rieder für ihre Initiative, ein Steiermärkisches Kinderbetreuungsgesetz einzubringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir das Prädikat „sozial“ auf den Fahnen dieses Landes tragen wollen, muß es uns möglich sein, Schwerpunkte auch dann zu finanzieren, wenn dies woanders die Kuchenstücke kleiner macht. Umverteilung zugunsten jener, die auf die Hilfe der öffentlichen Hand angewiesen sind, kann nie Verschwendung sein – es ist eine Selbstverständlichkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Derzeit sind das Kinderbetreuungsgesetz und das dazugehörige Förderungsgesetz bereits im Anhörungsverfahren. Wir warten nur noch den dienstrechtlichen Teil ab, und ich hoffe, daß wir dann in Unterausschußverhandlungen in „medias res“ gehen können.

Meine Damen und Herren, in Forschung, Bildung und Ausbildung liegen unsere Zukunftschancen. Wenn wir sie verspielen, dann verliert die nächste Generation. 90 Prozent der österreichischen Arbeitslosen bestehen aus jenen Menschen mit der geringsten Ausbildung. In der Steiermark hat man sich glücklicherweise und sehr erfolgreich der Errichtung von Fachhochschulen verschrieben. In Anbetracht der Konzentration aller wirtschaftlichen Aktivitäten auf Ballungsräume – Herr Prof. Jeglitsch ist leider nicht da – und der daraus resultierenden Entvölkerung der Regionen hat gerade die öffentliche Hand die Aufgabe, diese zu stärken. Durch Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner ist dies mit den Fachhochschulstandorten Kapfenberg, Rottenmann und Irnding gegen manchen Widerstand durchgesetzt worden. Bildung ist kein Thema des Rotstiftes, Bildung ist Chance. (Beifall bei der SPÖ.)

Kultur, meine Damen und Herren, hat in ihrer ganzen Vielfalt in Wirklichkeit Verbindungen zu allen Lebensbereichen aufzuweisen: Kultur und Tourismus, Kultur und persönliche Entfaltung, Kultur und Heimat, Kultur und Experiment. Wer noch immer versucht, Fronten zu schaffen zwischen Kultur und Tradition, Zeitgeist und Experiment, liefert den Beweis dafür, den Sinn von Kultur nicht verstanden zu haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Kultur ist allumfassend und für alle. Daher sind wir für Diversifizierung kultureller Maßnahmen und gegen konzentrierte Unterstützung exklusiver Eliten. Wer öffentliche Mittel erhält, muß aber auch im Kulturbereich sorgsam damit umgehen. Es mutet in diesem Zusammenhang sonderbar an, wenn einzelne, die durch zusätzliche Förderungen vor dem Versinken in der Überschuldung bewahrt wurden, die Kulturpolitik des Landes lustvoll mit Kritik überschütten. Daß sich Politiker besonders konservativer Prägung hier als Trittbrettfahrer produzieren, spricht für sich.

Meine Damen und Herren! Zum Thema „Soziale Wohlfahrt“ bräuchte ich allein 40 Minuten, selbst wenn ich das Thema nur oberflächlich abhandeln wollte, daher bringe ich nur einige Schwerpunkte zum Nachdenken. Die gesplante Gesellschaft, die Zweidrittelgesellschaft, ist fast schon Tatsache. Sie entsteht aus ungehemmter technologischer Rationalisierung in einem ausschließlich auf ungehemmten Gewinn ausgerichteten freien Markt. Der Mensch wird nur mehr als betriebswirtschaftliche Kostengröße, und nicht

mehr als Persönlichkeit gesehen. Die entscheidende politische Frage der nächsten Jahre wird sein, ob dieses Thema zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gemacht wird und welche Seite sich durchsetzt: der Interessens egoismus einer Minderheit, die ihre Besitztümer mit Zähnen und Klauen verteidigt, oder aber die Solidarität derer, die noch sehen, fühlen und spüren, daß immer mehr draußen vor der Tür stehen. Konjunkturaufschwung – Herr Landesrat Paierl, er tratscht, darum habe ich ihn angesprochen – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Entschuldigung!“) ist lediglich eine statistische Größe, solange die Menschen an den Gewinnen nicht teilhaben können.

Die Probleme, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, mit denen wir uns konfrontiert sehen, sind seit der letzten Landtagswahl nicht kleiner geworden.

Uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen bewegen diese Fragen besonders deshalb, weil Wirtschaftspolitik für uns keine Angelegenheit allgemeiner Theorien, sondern konkreter Auswirkungen auf die Menschen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Für uns bedeutet Wirtschaftspolitik, Sorge zu tragen für die Menschen unseres Landes. Es ist sicherlich nicht einfach – gerade in Zeiten der Konvergenzkriterien und des Sparbudgets –, die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen.

Ich weiß auch, daß ich in diesem Bereich veraltet denke, aber ich bin davon überzeugt, daß es richtig ist, auf dem Kapitalmarkt Geld aufzunehmen, um mit Investitionen und notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen Arbeitsplätze zu sichern. Daneben gilt es aber, die politischen Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der Situation zu schaffen. Unsere Aufmerksamkeit – und wir wissen es alle – können wir nicht auf eine einzelne Region unseres Landes beschränken, sie muß der Obersteiermark genauso gelten wie dem Grenzland, der Landeshauptstadt genauso wie der Ost- und der Weststeiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

In unseren Breiten, meine Damen und Herren, äußert sich die Aggressivität dieser „stillen Gewalt Arbeitslosigkeit“ in der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Man läßt manche in Armut fallen und fast zugrunde gehen und überläßt die Verantwortung für dieses Elend auch noch den Opfern, nämlich den ungeliebten Arbeitslosen. Er beziehungsweise sie muß Arbeit finden und ist angehalten, sie zu suchen, auch wenn allgemein bekannt ist, daß die Quelle versiegt ist. Tatsächlich wurde dieser „andere“ schon immer für suspekt gehalten. Natürlich auch für minderwertig. Gerade das ist ja von wesentlicher Bedeutung. Oder auch als Bedrohung wurde er empfunden.

(Präsident Dr. Strenitz: „Frau Abgeordnete, darf ich Sie kurz unterbrechen? Mir ist gesagt worden, daß Sie schwer zu verstehen sind, weil der Geräuschpegel im Raum und möglicherweise auch im Zuschauerraum so hoch ist. Ich würde die Damen und Herren bitten, sich da etwas einzuschränken und eher der Frau Abgeordneten zuzuhören. Darf ich Sie jetzt bitten fortzufahren!“) Danke, Herr Präsident!

Der Arbeitslose wurde auch als Bedrohung empfunden, und sein Wert erschöpft sich in den Diensten, die er erbrachte und die er jetzt immer weniger erbringt,

erbringen kann, weil sie keiner mehr will. Wen wundert es, wenn sein Selbstwert – der Wert eines arbeitslosen Menschen – gegen Null tendiert?

Man begreift erst, wenn man selbst einmal den Arbeitsplatz verliert und womöglich nicht mehr vermittelbar ist, wie schnell man vom Ausgegrenzten zum Ausgestoßenen wird. Das Gefälle ist ganz einfach schwindelerregend und macht auch nicht Halt bei jenem Punkt, ab dem das Bezahlen der Miete nicht mehr möglich ist oder der Verlust der Arbeit letztlich zum Verlust der Wohnung führt. Und hier schließt sich der Kreis des Unglücks, denn ein fester Wohnsitz ist die Voraussetzung für einen Arbeitsvertrag.

Meine Damen und Herren, ich philosophiere hier nicht, und ich betreibe auch keine Schwarzmalerei. Ich habe Ihnen nur aus der Praxis der Vorsitzenden der Volkshilfe Steiermark erzählt. Es sind immer mehr Menschen, die von dieser „neuen Armut“ betroffen sind. Darum werde ich in diesem Bereich um jeden auch nur möglichen Arbeitsplatz weiterhin kämpfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Kräftigen dieses Landes rufen auf, sich gegenseitig zu helfen. Was dieses Land jedoch braucht, ist nicht Kraft allein, sondern Verständnis, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Toleranz.

Meine Damen und Herren, die technische Möglichkeit sekundenschneller Kapitaltransfers und die Produktionsverlagerung in Billiglohnländer schaffen Wirtschaftsfüchtlinge. Die Steuerflucht prellt die betroffenen Länder um ihre Einnahmen für ökonomische und soziale Strukturen der Budgets.

Aber wer nimmt schon Anstoß daran, mit Ausnahme einiger Fachleute? Die Öffentlichkeit ist vielmehr besorgt über die Anwesenheit von „Fremden“, das heißt von armen Fremden, denen man unterstellt, sie rafften knappe Arbeitsplätze an sich, und sie plünderten die Sozialkassen. Gegen die ankommenden Einwanderer ballt man die Faust, doch dem fortziehenden Kapital winkt man zum Abschied meist noch freundlich hinterher!

Es ist ja auch viel leichter, sich an den Schwachen zu vergreifen, die neu ankommen oder die auch schon in unserem Lande leben – manche seit vielen Jahren –, als an den Mächtigen, die sich davonmachen! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sollten uns aber davor hüten, auch schon bei der theoretischen Bewältigung des Problems der zukünftigen Arbeit, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Schon ist die Rede vom bevorstehenden Ende der Arbeitsgesellschaft, schon wird behauptet, daß Arbeiterparteien und Gewerkschaften zum Relikt der Geschichte geworden seien, schon wird uns einzureden versucht, ein sozialdemokratisches Jahrhundert gehe endgültig und unwiderruflich dem Ende zu: Die Wahrheit ist jedoch, Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind mehr denn je gefordert, will sich dieses Europa auch human nennen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und darum bin ich froh über das Zeichen aus Niedersachsen. Hier hat man um jeden einzelnen Arbeitsplatz gekämpft und mit allem Einsatz versucht, die krisenhafte Entwicklung im Ruhrgebiet zu bremsen.

Gerade in einer Zeit, in der es leicht ist, mit Geld Geld zu verdienen, müssen wir sehr deutlich sagen, daß für die meisten Menschen Lohnarbeit unentbehrlich bleibt, um den Lebensunterhalt zu verdienen.

Die Mahnung von Peter Schachner, Arbeitslose über den Prozeß der gemeinwirtschaftlichen Arbeit in die Gesellschaft zurückzuführen, wird sich als richtig erweisen. Je früher wir das erkennen, desto besser. Das WUK wurde von der ÖVP lange bekämpft, es erwies sich als zukunftsweisend, auch wenn das heute noch nicht alle verstehen wollen. Beschäftigungsgesellschaften, Arbeitsstiftungen, Organisationen zur gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung, sie alle sind dem politischen Programm der Sozialdemokratie entsprungen und heben den Stellenwert der Arbeit in unserer Gesellschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Schaffung von neuen Unternehmen muß nicht nur durch Liberalisierung der Gewerbeordnung erleichtert werden, sondern es muß auch an die Wirtschaftskammern appelliert werden. Sie verstehen sich derzeit als Interessenvertretung jener, die drinnen sind, gegen die draußen.

Meine Damen und Herren, Sozialpolitik muß den Ansprüchen der Zeit gerecht werden. Wir haben die mobilen Dienste, wie Hauskrankenpflege, Alten- oder Heimhilfe – liebe Kollegin Keshmiri –, soweit dies finanziell möglich war, im neuen Sozialhilfegesetz verankert. Die vertragliche Absicherung der Finanzierung auf leistungsorientierter Basis zwischen der Landesregierung und den Sozialhilfeverbänden beziehungsweise den integrierten Sozial- und Gesundheits-sprengeln muß aber begleitend eingeführt werden, um kontinuierliche Zusammenarbeit zu ermöglichen und allen Beteiligten Planungssicherheit zu gewährleisten. Der diesbezügliche Antrag wurde im letzten Sozialausschuß an die Regierung zur Stellungnahme verwiesen, und die Betroffenen harren gespannt der Antwort.

Meine Damen und Herren, über die Zuzahlungsobergrenzen bei den stationären Einrichtungen werden wir uns ja am 17. März noch einmal mit Landesrätin Rieder unterhalten. Die Verantwortlichen der steirischen Alten- und Pflegeeinrichtungen bekennen sich zur Einführung des im Sozialhilfegesetz vorgesehenen Heimwahlrechtes in Verbindung mit Tag-satzobergrenzen. Die Höhe muß jedoch sicherstellen, daß für die betreuungs- und pflegebedürftigen Personen sowie für die Mitarbeiter/innen, die Möglichkeit bestehen bleibt zur Einhaltung der Vorgaben und Ziele des Pflegeheimgesetzes, zur Beachtung der Interessen und Bedürfnisse der Heimbewohner sowie zur Sicherung der Menschenwürde und Selbständigkeit der Menschen in Pflegeheimen, zur Erhaltung der Chancengleichheit für alle Betreiber, öffentliche, gemeinnützige und private! (Beifall bei der SPÖ.)

Es geht um das Altern in Würde in den steirischen Pflegeheimen. Wobei rund 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in Österreich in der Familie gepflegt werden. Das Ineinandergreifen von verschiedenen Diensten ist für die optimale Versorgung der pflegebedürftigen Menschen notwendig.

Die steirische Patientenombudsfrau Renate Skledar hat im November 1997 zum Thema „Der pflegebedürftige Mensch“ eine Veranstaltung zu diesem Thema organisiert. Rund 800 Interessierte aus den

unterschiedlichsten Bereichen haben unisono festgestellt, daß die kürzere Verweildauer im stationären Bereich vor allem von Qualität und Angebot der Nachsorge im extramuralen Bereich abhängig ist, der mit dem stationären eng vernetzt sein muß.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muß sich die Solidarität der Starken mit den Schwachen bewähren, sie ist für uns nicht verhandelbar. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialdemokratinnen sprechen uns mit Nachdruck für das Festhalten an den Grundprinzipien des Sozialstaates aus. Meine Damen und Herren, daß soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung in einem Kapitel zusammengefaßt sind, ist ein Zeichen für das notwendige Grundverständnis dieser Problematik.

Wohnen zu erschwinglichen Preisen ist ein Hauptanliegen der Bevölkerung. Diesbezügliche Forderungen unserer Fraktion sind noch immer unerfüllt. Der Wohnbaureferent des Landes, Landesrat Schmid, sitzt auf Rücklagen in mehrfacher Milliardenhöhe, hat aber bis heute die Forderung der Sozialdemokraten nach Wohnbeihilfe auch für ungeforderte Wohnungen nicht erhört. Während sich aber alle Parteien generell zu dieser Forderung bekennen, hat sich die ÖVP im Landtag dagegen ausgesprochen. Im Sinne ihrer Klientel zieht sie es vor, Wohnungseigentümer mit jenem Geld zu höheren Einnahmen zu verhelfen, das Sozialbedürftigen zustünde.

Zur Gruppe 5, Gesundheit. Ich bin froh, daß die Frau Kollegin Hartinger da ist. Frau Kollegin Hartinger, Sie übersehen so gerne, daß der strategische Ansatz von Landesrat Günter Dörflinger voll aufgegangen ist. Denken Sie an die vielen Debatten in diesem Hause. Nicht einmal die ÖVP und Ihre Partei können heute noch behaupten, daß die Spitäler der Krisenherd Nummer eins in der Steiermark seien. Im Gegenteil, die Spitäler der Steiermark sind ein Flaggschiff geworden, und andere Bundesländer schauen mit Respekt auf die Entwicklung in der Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir kennen alle die Bedeutung der Beschäftigungspolitik in unserem Land. 14.800 Beschäftigte in den Spitälern sind doch wohl ein bedeutender Beschäftigungsfaktor in unserem Land. Zu Ihrer Unterstellung, Landesrat Dörflinger wolle sich mit dem LKH-West ein Denkmal setzen, hat Ihnen ja unser Gesundheits-sprecher Erlitz bereits eine Antwort gegeben. Es mutet schon eigenartig an zu sehen, wie Mitarbeiter ihr Mandat dazu nützen, ihrem eigenen Dienstgeber eins auszuwischen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Gesundheitsbudget stehen für 1999 rund 37 Millionen Schilling zur Verfügung. Es findet eine gezielte Schwerpunktsetzung in diesem Bereich statt. Ich nenne nur Suchtprävention, Drogenprävention et cetera. Wir müssen unseren Weg der Präventionsförderung weiter ausbauen, da bin ich voll Ihrer Meinung. Landesrat Dörflinger hat die in seiner Antrittsrede festgehaltenen Ziele eingehalten. Es findet ein konsequenter Ausbau dieser Vorsorge statt, und wir dürfen erfreut feststellen, daß der Bund mit rund 100 Millionen Schilling auf dieses konsequente Denken und Handeln reagiert hat.

Und ich muß noch einmal zu Ihnen zurückkommen, Frau Kollegin Hartinger. Während die gesamte Steiermark wegen der Meningitisgefahr den Atem anhielt, da polemisierten Sie in einer Pressekonferenz. Ich hätte mir von Ihnen als Gesundheitssprecherin angesichts dieser Gefahr für unser Land und seine Menschen anderes erwartet. (Beifall bei der SPÖ.)

Für das hervorragende Krisenmanagement möchte ich mich vor allem beim Team des Gesundheitslandesrates bedanken. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Gruppe 6, Straßenbau. Die Verkehrsverbindungen in unserem Land müssen weiter ausgebaut werden. Vor allem ist es notwendig, die Steiermark leistungsfähig an den zentralen europäischen Wirtschaftsraum anzuschließen. Eines der wichtigsten Elemente der Wirtschaftsförderung liegt in der Herstellung der nötigen Verkehrsinfrastruktur – Straße und Schiene sind Stränge der Wirtschaftsentwicklung. Es ist illusorisch zu glauben, daß die Steiermark ihre diesbezüglichen Probleme bereits bewältigt hat.

Meine Damen und Herren, zur Wirtschaft und Wirtschaftsförderung. Österreich steht vor der Präsidentschaft in der EU. Und all das, was damit zusammenhängt, bekommt durch diesen Anlaß eine ganz besondere Bedeutung und Aktualität. Die Diskussion um eine Osterweiterung – sie ist heute sehr oft gefallen – muß sorgsam und ehrlich geführt werden. Es ist eine Illusion, daß die Osterweiterung uns als Nettozahler nichts kosten werde. Es ist aber im Sinne Europas falsch, sich einer Osterweiterung verweigern zu wollen. Es liegt an uns, den Mut zu einem gemeinsamen Europa zu haben und diese Idee voranzutreiben, auch wenn dies etwas kostet. (Beifall bei der SPÖ.) Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muß daran gelegen sein, daß nicht Multis und Kapitalismus Europa regieren, sondern sozialer Friede und Lebensqualität. Wir wehren uns vehement gegen den NATO-Beitritt, nicht gegen die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Die NATO ist ein nichteuropäisches Militärbündnis, ein Beitritt ist mit unserer Neutralität einfach nicht vereinbar. Der Verlust der österreichischen Neutralität ginge auf Kosten des österreichischen Selbstverständnisses.

In der Gruppe 7 ist im Budget auch die Landwirtschaft angesiedelt. Auch dazu einige Feststellungen: Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit wird es für unsere Bauern zu großen Veränderungen in der Agrarpolitik kommen. Zum Ersten war es der EU-Beitritt Österreichs, den unsere Bauern ohne die geringste Vorbereitung vom damaligen Landwirtschaftsminister Fischler meistern mußten. Die zweite tiefgreifende Änderung wird der auf die Landwirtschaft bezogene Teil der „Agenda 2000“ sein. Die Bauern sind zu Recht mißtrauisch. Es wird nicht gelingen, die Bauern mit leeren Händen zu streicheln und damit ruhig zu halten. Gerade die steirischen Bauern, die auf Grund ihrer kleinen Strukturen, der Berggebiete und ihrer Nähe zur EU-Außergrenze mehrfach benachteiligt sind, werden besondere Hilfe brauchen.

Mehr Förderung allein wird zu wenig sein. Landesrat Pörtl ist gefordert, auch die Rahmenbedingungen zu verändern. Unsere langjährigen Forderungen nach Obergrenzen und Sockelbeträgen für landwirtschaftliche Förderungen und eine Reform der Bergbauernpolitik sind aktueller als je zuvor. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, vorge- stern war internationaler Frauentag. Ich werde es Ihnen nicht ersparen, gerade im Wirtschaftskapitel auf die Gleichbehandlung einzugehen.

Wir haben in der Steiermark mit dem Gleich- behandlungsgesetz die notwendigen Voraussetzungen für gerechte Behandlung von Frauen geschaffen. Der weitaus größere Teil der Einkommensunter- schiede ist jedoch auf die Arbeitsbewertung einzelner Tätigkeiten und auf die Teilung des Arbeitsmarktes in gut und in schlecht bezahlte Branchen zurückzu- führen.

Es scheint trotz geänderter Lebensbiographien in der Wirtschaft noch immer ein Arbeitnehmerbild zu bestehen, das vorrangig auf männliche Lebensver- läufe, frei von Familien- und Hausarbeit, abgestellt ist. Dazu kommt, daß Teilzeitarbeit zwar häufig in be- stimmten Lebensphasen von Frauen gewünscht wird, diese aber meist im Niedriglohnbereich angeboten wird. Die Folge ist, daß Frauen von ihrem Erwerbs- einkommen nicht leben können.

Es ist nicht nur die Mehrheit unserer Bevölkerung weiblich, Frauen sind auch Konsumentinnen. Ein Faktor, den unsere Wirtschaft nicht übersehen sollte. Es liegt an der Wirtschaft, endlich die Lohnbenach- teiligungen von Frauen abzubauen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich bin mit einigen einer Meinung, die das bereits kundgetan haben, mit dem Tourismus geht es aufwärts. So sehr ich mich darüber freue, so muß man andererseits auf die besondere Sensibilität dieses Wirtschaftssektors hinweisen.

Gleichenberg wird erweitert, mit dem steirischen Thermenland haben wir etwas aufgebaut, das sich durchaus sehen lassen kann. Durch den von Landesrat Ressel ermöglichten Zusammenschluß der Schiberge im oberen Ennstal und auch im Murtal werden bedeu- tende Tourismuszentren geschaffen.

Hier scheint die Beteiligung des Landes eine zu- kunftsorientierte und auch sichere Variante zu sein, anders als im wirtschaftlichen Experiment Blumau, wo Unmengen öffentlicher Gelder hingeflossen sind, ohne daß daraus Rechte für den Geldgeber resultieren. Wir hoffen ehrlich, daß dieses Experiment gelingen möge, da ansonsten das Land mit Sicherheit ein zweites Mal zur Kassa gebeten werden wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es stimmt: Programme, Visionen und Utopien sind gerade soviel wert, wie sie die Wirklichkeit formen! Alle Pro- gramme werden daran gemessen, was sie bewegen. Aber bewegen läßt sich nur dann etwas, wenn wir präzise sagen können, was wir bewegen wollen, warum wir es bewegen wollen und wie wir es bewege- n wollen. Nur dann können wir dafür eintreten und auch dafür werben, sei es im Wirtschafts-, Tourismus-, Landwirtschafts-, Kultur-, Gesundheits- oder Sozial- bereich!

Praxisferne Theorie ist für die Politik ebenso unge- eignet wie ideenlose Praxis. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir alle miteinander werden sagen müssen, wo Strukturreformen im Landwirtschafts-, Gesundheits- und Verkehrswesen, im öffentlichen Dienst und im Steuerrecht notwendig und auch möglich sind. Wir

werden sagen müssen, in welche Richtung sich unsere Technik, unsere Industriestruktur, unsere Energie- versorgung und unser Handel, unsere Finanz-, Geld- und Zinspolitik bewegen soll. Wir alle werden sagen müssen, wie sich das große soziale Netz durch viele kleine Netze und lokale Netze ergänzen läßt und damit die Gefahr des Durchrutschens vermindert wird.

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landes- regierung, sehr geehrte Damen und Herren, wir sind aufgefordert, dem wachsenden gesellschaftlichen Individualismus ein notwendiges Maß an Solidarität schmackhaft zu machen. Wir müssen nach gerechten Formen des friedlichen Zusammenlebens der Menschen suchen. Dafür wollen wir den ganzen Einsatz unserer sozialen, wirtschaftlichen und kultu- rellen Einrichtungen in unserem Land Steiermark nutzen.

Wirtschaftliche Stabilität ist für uns eine wichtige Grundlage des sozialen Zusammenhaltes in der Gesellschaft. Daher müssen wir Verantwortliche, wir Verantwortliche in der Politik, bei unseren Entschei- dungen die Belange der Menschen in den Vorder- grund stellen.

Beim Budget 1999 erscheint mir dies gelungen zu sein!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, und ich ersuche Sie, dem Budget 1999 Ihre Zustimmung zu geben! (Beifall bei der SPÖ. – 11.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich er- teile ihr das Wort.

In der Zeit, in der sie zum Rednerpult geht, möchte ich die Schülerinnen des 1. Ausbildungsjahres der Krankenpflegeschule Graz unter Leitung von Frau Mag. Krenn begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Mag. Zitz (11.46 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolle- ginnen und Kollegen und sehr geehrte Leute im Zuschauerraum!

Ich bin die fünfte Budgetrednerin bei einem Landes- haushalt von 44 Milliarden Schilling.

Das erste, was mir dazu einfällt, und das wird auch die Hauptbotschaft von dem sein, was ich da im Namen der Grünen an Position zu diesem Budget bring- en werde, ist, daß dieses Budget der in Zahlen gegos- sene Proporz des Landes Steiermark ist. Dieses Budget ist der Ersatz dafür, daß diese Landesregierung keine Regierungserklärung zustandegebracht hat. Dieses Budget ist der Ersatz dafür, daß diese Regierung kein Programm für diese Legislaturperiode erstellt hat. Dies- es Budget ist der Beweis dafür, daß pragmatisierte Regierer und Regiererinnen einfalllos sind.

Das Budget wird beschlossen werden von zwei Fraktionen im Landtag, die sich im Finanz-Ausschuß, der wirklich sehr kurz gewesen ist – die Kollegen Keshmiri hat das angeführt –, kein einziges Mal zum Budget zu Wort gemeldet haben. Dieses Budget wird beschlossen werden, obwohl wir den Rechnungsab- schluß 1996 nicht kennen, obwohl wir immer wieder erleben, wie außerordentliche Bedeckungen uns im Finanz-Ausschuß auf den Tisch geknallt werden. Die

beiden großen Fraktionen werden diesem Budget zustimmen, das, wie gesagt, die logische Folge des Proporzsystems in der Steiermärkischen Landesregierung ist, eines Proporzsystems, das drei Parteien aneinanderkettet.

Die Freiheitlichen tun manchmal so, als ob es für sie quälend wäre, in der Regierung zu sein. Die Freiheitlichen könnten problemlos zusammen mit der ÖVP hergehen und eine Veränderung unserer Verfassung durchsetzen, daß wir tatsächlich auf Regierungsebene ein freies Spiel der Kräfte haben. Daß wir tatsächlich eine für die Steiererinnen und Steierer klar definierte Regierungscrow haben mit zwei Fraktionen oder drei oder wieviel es auch immer sein werden, die sich klar auf ein Regierungsprogramm mit nachvollziehbaren politischen Schwerpunkten einigen. Das ist nicht passiert. Das wird von der SPÖ verhindert. Und die Freiheitlichen sind nicht bereit, in eine klare Oppositionsrolle oder in eine klare Regierungsrolle zu gehen, wie es vorher die Kollegin Hartinger wieder auf ihre übliche Weise demonstriert hat.

Dieses Budget ist ein „Verteidigungsbudget“ für unsere Schrebergärtner und Schrebergärtnerinnen in der Landesregierung. Dieses Budget hat einen klaren Ökomalus, im Umweltbereich ist keine einzige wirkliche neue Idee drinnen.

Die Klimaschutzmilliarden, die hereingekommen sind für eine bessere Antitreibhausenergiepolitik, werden immer noch nicht ordnungsgemäß ausgegeben. Dieses Budget hat einen Ökomalus, weil nach wie vor sinnlose Straßenprojekte forciert werden, etwa der Ausbau der B 70. Dies ist ein absolut sinnloses Konkurrenzprojekt zur GKB, das eine muß entkoppelt vom anderen werden, sofortige Einstellungen der Durchführung der B 70 und ein starkes Eintreten für den Erhalt der GKB.

Einen Sozialmalus hat dieses Budget auch: Es gibt eine Verordnung zum Sozialhilfegesetz, die festlegt, daß Leute in Heimen und in steirischen Altersheimen – das sind zu 80 Prozent Frauen – gezwungen werden zu zahlen, wenn sie an einer Weihnachtsfeier teilnehmen, daß sie gezwungen werden zu zahlen, wenn sie sich die Wäsche waschen wollen. Und ältere Leute, das weiß man einfach, die gebrechlich sind, gehen manchmal mit ihrem Körper einfach nicht mehr sorgfältig um, weil sie nicht mehr die Energie haben, weil sie nicht mehr die Kraft haben und weil sie ohnehin oft in großen Heimen ghettoisiert werden.

Diese Verordnung zum Sozialhilfegesetz hat interessanterweise, die Frau Kollegin hat es vorhin erwähnt, nur drei Einrichtungen für psychisch beeinträchtigte Personen angeführt. Es gibt in der Steiermark eine Anzahl an weiteren Heimen, die mit dieser Personengruppe arbeiten, mit Leuten, die irgendwann in ihrem Leben einmal – das kann durch eine dramatische Scheidung sein, das kann durch einen Todesfall in der Familie sein oder das kann ein organisches Leiden sein – eine bestimmte Zeit in ihrem Leben eine psychische, psychiatrische oder psychosoziale Begleitung brauchen. In dieser Verordnung sind nur drei Heime angeführt. Die kleinen privaten Heime, die es zum Glück gibt in der Steiermark, dezentral, sind nicht angeführt. Dieses Budget hat einen Ökomalus, einen Sozialmalus und einen Frauenmalus, weil überhaupt nicht klargelegt ist, was man eigentlich konkret

machen könnte, um Frauen gesellschaftlich so zu integrieren, wie es in allen möglichen Gesetzen drinnensteht.

Wenn wir uns die Jugendpolitik anschauen: Trendsportarten werden sehr oft so verstanden, daß es um die Trendsportarten geht, die Burschen machen. Ich möchte, daß man sich auch überlegt, welche Arten von Aktivitäten man Mädchen, jungen Frauen anbieten kann und die dann auch genauso entsprechend fördert und aufwertet, wie das etwa bei Trendsportarten läuft, die ganz massiv Burschen zugute kommen.

Dieses Budget, wie gesagt, ist der logische Ausfluß des Propozes in diesem Land, mit drei Regierungsparteien, wovon eine, die Freiheitlichen, so tun, als ob sie mit den beiden anderen nie irgendetwas zu tun haben möchten, und die dann aber doch in dieser Regierung die meisten Beschlüsse einstimmig fassen lassen. Das ist für mich, als grüne Landtagsabgeordnete, immer wieder verblüffend, wie dann aus der zweiten Reihe, auf Ebene der Abgeordneten, Kritik geäußert wird in Form von Pressegesprächen, wie man sich da in dieser Arena gegenseitig befetzt, und in der Chefetage in der Regierung läuft fast alles einstimmig. Und das, obwohl es kein Regierungsprogramm gibt, keine Regierungserklärung gibt und ich auch keine Ansätze sehe, daß das im Laufe dieser Legislaturperiode noch passieren wird.

Noch ein Punkt. Ich habe den Eindruck, daß derzeit die Landespolitik in einer Art „Imperial Styria“ stagniert. „Imperial Styria“ in dem Sinn, daß man eigentlich nur mehr schaut, wer ist das erste Gesicht in diesem Land, auf welcher, wenn möglich farbigen Titelseite diverser Zeitungen ist entweder die Landeshauptfrau oder der Landeshauptfraustellvertreter möglichst groß drauf, sei es bei den Sternsängern, sei es bei den Pfadfindern, sei es beim Ochsengrillen, sei es bei einer Schi-WM. Aber ich sehe dasselbe Engagement und dasselbe Bemühen nicht, wenn es darum geht, sich in die Bereiche der Steiermark zu wagen, wo die Situation katastrophal ist, wo der Sozialmalus zuschlägt, ganz konkret zum Beispiel in der Obersteiermark, wo es immer noch kein Frauenhaus gibt. (Beifall bei den Grünen.) Margit Keshmiri ist Dauerrednerin bei diesem Thema. Ich sehe diese ersten Gesichter des Landes Steiermark nicht, wenn es darum geht zu schauen, wo katastrophale Verkehrsprojekte durchgezogen werden, ennsnahe Trasse, B 70 oder die Nordspange Graz. Ich sehe diese „ersten Gesichter“ des Landes Steiermark nicht, wenn es darum geht, wirklich konsequent – und ich sage das Wort ganz bewußt, und ich weiß, wie unbeliebt ich mich damit mache – feministische Politik zu machen. Weil ich nämlich glaube, daß feministische Politik nicht nur dazu beiträgt, daß man Frauen- und Mädchenanliegen endlich in andere Politikfelder hineinbringt. Eine Wirtschaftsförderung, wo man Betriebe motiviert, Frauen bevorzugt anzustellen, und ihnen auch die Chance gibt, gleiches Geld für gleichwertige Arbeit zu verdienen. Diese Art von Wirtschaftsförderung ist nicht radikaler Verbalfeminismus, diese Art von Wirtschaftsförderung ist eine sinnvolle Art von Familienförderung.

Noch ein Zweites zum Begriff Familie, den ich jetzt selber verwendet habe. Es entsteht der Eindruck bei den Budgetrednern und Budgetrednerinnen, als ob

wir in Österreich, in Mitteleuropa noch ganz klassische Zwei-Personen-, Zwei-Kinder-, Ein-Kanarienvogel- und Ein-Hund-Familien hätten. Diese Familien gibt es über weite Strecken nicht mehr. Ich wünsche mir eine Familienpolitik, wo es möglich ist, daß eine alleinstehende Frau oder ein alleinstehender Mann menschenwürdig leben kann, Zugang zu einer Wohnbauförderung hat. Ich wünsche mir eine Art von Familienpolitik, wo gleichgeschlechtliche Paare zusammenleben können. Das ist nicht möglich in der Steiermark, sie bekommen keine Förderungen, sie werden gesellschaftlich diskriminiert, sie stehen sehr, sehr weit draußen. Ich wünsche mir Formen von Zusammenleben, wo man auch einmal als 35jähriger Mann oder Frau in einer Art von Wohngemeinschaft wohnen kann, ohne dafür gesellschaftlich degradiert und verspottet zu werden, und gleichzeitig auch endlich Bauformen in diese Richtung gehen.

Noch ein Punkt zum Budget. Die Kollegin Keshmiri hat darauf hingewiesen, daß unsere Budgetdebatten Rituale sind. Und Sie, die Sie da im Zuschauerraum sitzen, das, was Sie da erleben, daß ich hier rede und nicht einmal mehr ein Drittel der Anwesenden da ist, daß die Regierungsmitglieder derzeit im Buffet sind oder Small-Talk machen mit löblichen Ausnahmen, wie den Kollegen Paiertl, der derzeit die Landeshauptfrau Klancic vertritt, nachdem die in Richtung Bundeskanzleramt entschwinden mußte. Ich sehe, daß diese Ignoranz, die entsteht, wenn wir über 44 Milliarden Schilling reden, eine der Realitäten ist, mit denen wir in der Steiermark konfrontiert sind. Im Finanz-Ausschuß, wie gesagt, bekommen wir das Budget in der gebundenen Form, 500 Seiten, auf den Tisch geknallt. Man darf einige kleine Fragen stellen, das war es schon auch. (Beifall bei den Grünen.)

Noch ein Thema, fehlende politische Konsequenz. Der Kollege Jeglitsch war letzte Woche in der Zeitung, ziemlich groß, ziemlich auffällig. Er hat gemeint, die Kulturpolitik im Lande Steiermark ist eine Katastrophe, wo ich ihm durchaus zustimme. In der Steiermark haben wir eine Kulturförderungspolitik, die von einer Person und seinem politischen Büro gemacht wird. Wir haben in der Steiermark einen Kulturförderungsbeirat, der seit acht Jahren nicht mehr einberufen wurde. Wir haben in der Steiermark kein Kulturförderungsgesetz. Wir haben in der Steiermark aber ein nicht unimposantes Kulturbudget.

Der Kollege Jeglitsch hat gemeint, die Auflösung der FOKU, weil „sinnlos“, wäre eine Notwendigkeit. Er ist drei Redner vor mir hier am Rednerpult gestanden, und ich habe mir gedacht, Kollege Jeglitsch, der mir einmal verboten hat, zu ihm „Kollege“ zu sagen, weil ich hier nur eine kleine Grünabgeordnete bin und er der Rektor der Montanuni, Kollege Jeglitsch wird sich an das Pult begeben und speziell der SPÖ die Leviten lesen, warum sie eine Struktur wie die FOKU geschaffen haben, auch ausreichend budgetieren, nämlich mit 44 Millionen Schilling budgetieren. Ich lausche Kollege Jeglitsch, er sagt kein Wort dazu. Eine Woche vorher spielt der den Koalitionsprovokateur, Flecker muß ausreiten, Ad-hoc-Pressekonferenzen geben, die Landeshauptfrau kritisieren mit Punkten, die für mich durchaus nachvollziehbar sind. Hier am Pult macht Jeglitsch genau das, was ich von ihm in den letzten Jahren gewohnt bin, er redet technoid, er redet

so, daß man das Gefühl hat, die Menschen sind irgendwo auf der Herrengasse draußen, und hier herinnen ist der Hohe Landtag.

Frau Kollegin Hartinger, die Freiheitlichen sind für mich immer wieder die überraschendste Fraktion des Landtages.

Ich bin froh, daß es jetzt auch ein bißchen ruhiger ist da herinnen, weil ich mich sonst beim Reden sehr anstrengen muß.

Die Freiheitlichen sind die überraschendste Fraktion des Landtages, weil ich vorher nie weiß, wie diese Fraktion abstimmen wird. Die Freiheitliche Fraktion in diesem Haus lebt einen Populismus, daß mir schwindlig wird. Ich weiß nie, wenn ich da hinten sitze, ob sie den Anträgen zustimmen oder nicht, weil sie ihre Politik von tagespolitischen Situationen abhängig machen und weil sie ihre Politik so machen, daß für mich keine Nachvollziehbarkeit gegeben ist: Populismus in blankster Form. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist für mich ein Thema, das ich immer wieder ansprechen werde, auch wenn ich mit den Ausführungen der Kollegin Hartinger zum Sozial- und Gesundheitsbereich teilweise einverstanden bin. Ich bin nicht sicher, ob sie in der nächsten Sitzung, bei der nächsten Wortmeldung das vertreten wird oder wieder etwas ganz anderes. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, wenn Sie etwas nicht nachvollziehen können, ehrt uns das!“)

Noch etwas, es ist vorher von der Frau Kollegin Gross als SPÖ-Budgetrednerin Kritik an der Kollegin Keshmiri gekommen, die gemeint hat, dieses Budget sei „fahrlässig“. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich ist dieses fahrlässig, wenn 56 Abgeordnete minus einem krankgemeldeten über ein Budget abstimmen, das wir nicht politisch diskutieren haben können, wo es keine Regierungserklärung gibt und wo es beim besten Willen nichts anderes gibt als eine Proporzpackelei und die sinnlosesten Junktimierungen zwischen einzelnen Regierungsmitgliedern. (Beifall bei den Grünen.)

Selbstverständlich hat die Kollegin Keshmiri es gewagt – als eine der Kontrarednerinnen zum Budget –, das anzusprechen.

Apropos, Kollegin Gross, dazu, daß arbeitsmarktpolitisch in der Steiermark nichts läuft: Es gibt einen inhaltlich sehr, sehr guten Antrag von der SPÖ, „Arbeitsplätze durch Umweltschutz“. Das ist ein fader Titel, aber der Inhalt ist schwer okay. Da geht es darum zu schauen, daß die Wärmedämmung hinhaut bei alten Gebäuden, wie zum Beispiel bei diesem. Das Landhaus ist ein klassisches Beispiel des unökologischen Bauens, da könnte man einiges machen bei der Wärmedämmung, einiges machen bei den Feuerungsanlagen. Man könnte endlich einmal die Brunnen im Landhaushof unten ans Wasser anschließen, so daß wirklich Wasser drinnen ist, und nicht häßliche Holzabdeckungen oben sind. Die SPÖ hat einen Antrag eingebracht, und die Freiheitlichen und die ÖVP haben es geschafft, ein Jahr hindurch, diesen Antrag der SPÖ in Parteienverhandlungen so zu bearbeiten, daß das, was herausgekommen ist, ein miserabler kleinster gemeinsamer Nenner ist, wo für die Umwelt nichts herauschaut, wo für die Arbeitsplätze nichts herauschaut. Das ist eine Realität.

Und da muß ich der Kollegin Gross sehr wohl recht geben, es gäbe einiges an Initiativen, die man in der Steiermark setzen könnte. Aber, wie gesagt, es gibt kein Regierungsprogramm, und das, was da herinnen entsteht, hängt von tagespolitischen Situationen und von den Gefühlslagen von einzelnen Abgeordneten ab.

Apropos Gefühlslage: Ich habe vorher ein in der Steiermark und auch österreichweit sehr unpopuläres Thema angesprochen, nämlich, wie wir mit Personen umgehen, die psychisch beeinträchtigt sind. Es gibt Zahlen, die besagen, daß ungefähr 10 Prozent aller Leute in ihrem Leben irgendwann einmal eine schwere Krise haben. Das kann ein böser Liebeskummer sein oder das kann bis zu einer Depression gehen. Es gibt in der Steiermark nach wie vor kein Konzept zur psychosozialen Versorgung dieser Personen. Daß es das nicht gibt, hängt damit zusammen, daß zu Recht von außen Kritikpunkte gekommen sind, etwa von seiten der Psychotherapeutinnen, etwa von Leuten, die mit einem sozialarbeiterischen Zugang unterwegs sind. Daß es dieses Konzept aber noch nicht als Landtagsbeschluß gibt, hängt einfach damit zusammen, daß die ÖVP und die Freiheitlichen das konsequent verzögert haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Kritikpunkte, die sie inhaltlich einbringen, sind für mich sehr, sehr nachvollziehbar, und ich habe einen dichten Kontakt mit Initiativen, die in diesem Bereich arbeiten. Aber diese Kritikpunkte hätten die Parteien im Herbst bereits einbringen können. Die logische Folge ist, daß Landesrat Dörflinger die Mittel für diesen Bereich natürlich nur mehr sehr bedingt ausschüttet, weil er sagt, solange ich kein Konzept habe, bin ich nicht bereit, Steuergelder auszuschütten. Ich kann das nachempfinden, ehrlich gesagt.

Das ist eine der Situationen, wo ich einfach diese zwei Fraktionen nicht verstehe.

Der Gerechtigkeit halber muß ich jetzt einen SPÖ-Schwerpunkt setzen, der aber einen Seitenschlenkerer zur ÖVP beinhalten wird. Es haben die Liberalen und die Grünen vor ungefähr einem Jahr einen Antrag gestellt, daß man das Wahlalter auf 16 Jahre heruntersetzen soll. Dieser Antrag ist in den zuständigen Ausschüssen niedergestimmt worden von genau diesen Fraktionen, weil man gesagt hat, das ist eine Idee vom LIF und von den Grünen, und diese Anträge von den kleinen Parteien stimmen wir konsequent nieder, um ihnen nicht einmal diese minimalen Erfolge zu gönnen.

Die Folge war, daß im Grazer Wahlkampf Bürgermeister Stingl stolz verkündet, wie kläb er die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre findet. Die Landeshauptfrau Klasnic erzählt das gleiche der Jungen ÖVP, kommt groß in die Medien. Und wir, Christian Brünner, dessen Hauptinitiative es war, und wir von den Grünen haben wieder einmal das Gefühl, wir sind Ideenspender, und unsere Ideen werden, wenn es tagespolitisch den großen Fraktionen nutzt, ein dreiviertel Jahr später aufgenommen und dann als Eigenproduktion den Medien verkauft.

Noch ein Thema: Die 380-kV-Leitung. Das ist die Stromautobahn, deren einziger Sinn es ist, über die Steiermark und das Burgenland den Schulterschuß zwischen französischen Atomstromproduzenten und osteuropäischen Atomstromproduzenten zu machen.

Diese 380-kV-Leitung geht durch die Steiermark und durch das Burgenland und ist dafür da, erstens einmal all das, was es regional an Energieversorgung in der Süd- und Oststeiermark gibt, zu eliminieren, weil da kleine Anbieter einfach nicht mithalten können und sicher auch keine Chance haben, gerecht einspeisen zu können in dieses große Netz, und die 380-kV-Leitung hat - es ist durchaus möglich - gesundheitliche Auswirkungen auf die Leute entlang dieser Trasse.

137 Gemeinden - rote wie schwarze - in der Steiermark haben einen Antrag gestellt, daß unser Naturschutzgesetz so verändert werden soll, daß Projekte ab 10 Kilometer Länge automatisch einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden sollen. Das heißt also, bevor die 380-kV-Leitung gebaut wird, soll man sie sich noch einmal näher anschauen.

Diese Initiative von der Basis - von Gemeinden - ist zu uns in den Umwelt-Ausschuß gekommen, und es war nicht möglich, diese Initiative anzunehmen und zu sagen, ja, wir ändern das Naturschutzgesetz in diese Richtung. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Sie waren ja gar nicht im Ausschuß!“) Aber selbstverständlich war ich in dem Ausschuß. Das war letzte Woche. Ich habe dort extra einen Antrag gestellt, Herr Kollege Peinhaupt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Bei dem Ausschuß im Rittersaal, aber bei der Unterausschußsitzung waren Sie nicht dabei!“) Herr Kollege Peinhaupt, wir reden jetzt über den Umwelt-Ausschuß, wo ich selbstverständlich dabei war und wo ich den Antrag gestellt habe. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das Ergebnis des Unterausschusses dort diskutiert haben, aber im Unterausschuß haben Sie gefehlt!“) In diesem Umwelt-Ausschuß ist ein Antrag gestellt worden, der zum Glück auf die nächste Tagesordnung verschoben worden ist, nämlich, daß der Inhalt dieser Gemeindeinitiative noch einmal überdacht werden soll.

Wie geht es da Ihren regionalen Bürgermeistern und Ihren Leuten mit Umweltbewußtsein und mit Gesundheitsbewußtsein, die mit kompliziertesten Rechtsvarianten probieren, sich dafür einzusetzen, daß diese Trasse einmal genauer beäugt wird, wenn Sie im Landtag dann genau das Gegenteil davon machen?

Ich verstehe die Politik von den großen Fraktionen in vielen Bereichen einfach nicht mehr. Ich finde es teilweise unglaublich, wie Sie mit Ihren eigenen Bürgermeistern und mit Ihren Gemeinderäten und Gemeinderätinnen umgehen. (Abg. Dr. Karisch: „Bitte, dann sprechen Sie auch über die verfassungsrechtliche Formulierung, seriöserweise!“)

Noch ein Thema: Der Personalbericht des Landesrechnungshofes. Das war vor zwei Monaten in allen Medien, massive Berichterstattung, der Fall Hochkofler, der Fall Greimel und ähnliches. Es gab dazu eine große Debatte im Kontroll-Ausschuß. Es geht in diesem Bericht darum, daß eindeutig Dinge passiert sind - personalpolitische -, die beim Staatsanwalt hätten landen müssen. Das hat Martin Wabl dann auch übernommen. Ich habe vor mehr als zwei Wochen ein Fax an alle Klubobleute geschrieben, daß es vernünftig wäre, einen Untersuchungsausschuß zu diesen beiden Personalrechnungshofberichten einzusetzen. Siehe da, bis heute von keiner einzigen Fraktion eine Rückmeldung.

Das ist überraschend, weil Sie einerseits damit zu Recht massiv Öffentlichkeitsarbeit machen, aber diesen Bericht dann wirklich anzuschauen auf den politischen Gehalt, dann wirklich anzuschauen, wo Hofräte und Freundinnen der Landeshauptfrau unglaubliche Gagen kassieren und kleine Vertragsbedienstete in der Steiermark schlecht bezahlt werden und unter miserablen Konditionen ihre Arbeit machen müssen, das möchte ich auch einmal von hier weg sagen. Dieser Untersuchungs-Ausschuß, den gibt es bis heute noch nicht. Ein Drittel der Abgeordneten könnte ihn installieren. Ich habe alle Klubobleute darum ersucht, unsere und die Initiative des Liberalen Forums zu unterstützen. Bis heute ist in diese Richtung nichts passiert.

Ziele grüner Politik, auf das Budget bezogen, wären: eine sofortige sozialpolitische Gründungswelle, wo man schaut, daß man mit diesem Sozialhilfegesetz, so kritisch es zwischendurch auch ist, eine entsprechende Regionalisierung der sozialen Dienste durchführen kann, für ein Weggehen von den Großen nach Proportionalität aufgeteilten Trägern, eine sofortige Umsetzung der Vorgaben des Konzeptes zur psychosozialen Versorgung in der Steiermark, Weichenstellungen für den öffentlichen Verkehr, was heißt, klare Aufrechterhaltung der GKB, klare Ausschreibungskriterien durch den Minister Einem, daß diese GKB tatsächlich so geführt werden kann, daß man gerne damit fährt.

Ich habe gestern um halb vier in der Früh den ersten Zug von Köflach nach Krottendorf und dann wieder von Krottendorf nach Köflach begleitet mit Doris Pollet-Kammerlander zusammen und mit grünen Gemeinderäten. Der Zug ist nicht voll, weil ihn viele Pendler einfach nicht annehmen können, weil er langsam fährt. Er schaukelt, und er gehört massiv aufgewertet, auch wenn er international ausgeschrieben wird. Und die logische Folge davon ist, wenn man da einen Schwerpunkt setzt, daß man Projekte wie die B 70, Ausbau der B 70 sofort einstellt, einen bestandsnahen Ausbau macht entlang der Trasse, auf der Seite eine Spur für die Traktoren einführt. (Abg. Porta: „Deine eigene Gemeinderätin verlangt etwas anderes!“) Nicht mehr als höchstens einen Monat im Jahr - nämlich zur Erntezeit. Daß man die B 70 also so ausbaut, daß Radfahrer auf der Seite fahren können, ohne massiv gefährdet zu werden. Und natürlich sofortiges Abgehen von der ennsnahen Trasse, das übliche grüne Ceterum censio.

Noch ein Thema, Frauenpolitik als Querschnitt. Ich habe da eine wirklich phantastische Anfragebeantwortung vom Herrn Personalreferenten Hirschmann. Diese Anfragebeantwortung zeigt, wie dringend in der Steiermark eine Gleichbehandlungsbeauftragte tatsächlich ist. Bei den A-Beamtinnen und -Beamten sind in der Steiermark genau 12,8 Prozent Frauen, und auch bei den B-, C- und D-Beamtinnen gibt es deutlich mehr Frauen als Männer. Schlimmer ist es noch in den Bezirkshauptmannschaften, Baubezirksleitungen und Agrarbezirksbehörden, und es ist wirklich so, daß die Vertragsbediensteten, die dann schlecht abgesichert sind, mehrheitlich Frauen sind und diese Vertragsbediensteten durch Spezialfälle wie Konrad, Greimel, Hochkofler und so weiter in den letzten Monaten leider Gottes ganz massiv unter Druck gekommen

sind. Ich habe dann in dieser Anfrage an den Landesrat Hirschmann unten hingeschrieben: Haben Sie den Eindruck auf Grund dieses Zahlenmaterials, daß es im steirischen Landesdienst einen gläsernen Plafond für Frauen gibt? Und er hat mit Blockschrift unten hingeschrieben: Nein. Mit Blockschrift, obwohl es bei den A-Beamtinnen 12,8 Prozent Frauen gibt, wobei wir, glaube ich, sechs Hofrätinnen der höchsten Dienstklasse haben und 106 Hofräte der höchsten Dienstklasse. Das ist dazu das Verständnis vom Personalrat dieses Landes.

Um noch einmal auf das Budget einzugehen: Die Regierung erhöht mit diesem Budget ganz klar ihren Handlungsspielraum auf Kosten des Landtages, und ich verstehe einfach nicht, warum Sie sich das in dieser Form gefallen lassen. Die Regierung setzt, wie auch im letzten Budget, durchaus beschäftigungspolitische Akzente, aber diese beschäftigungspolitischen Akzente werden ohne klare Richtlinie und ohne klare Kriterien genauso vergeben wie die Bedarfszuweisungen, laufen nämlich einmal rot, einmal schwarz. Einmal ein rotes Projekt, einmal ein schwarzes Projekt. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Sie beziehen sich jetzt auf die Wirtschaftsförderung, Herr Landesrat, ich beziehe mich auf die gesamten beschäftigungspolitischen Initiativen, etwa wie die, die im Sozialressort drinnen sind, oder die, die im Jugendressort drinnen sind. Es gibt dafür keine kohärenten gesetzlichen Bestimmungen. Meine Lieblingsvariante, Herr Landesrat Paierl, wäre, daß es ein großes Gesetz gibt, das diese beschäftigungspolitischen Initiativen tatsächlich rechtlich regelt und daß man nicht mehr darauf schauen muß, in welchem Ressort diese zusätzlichen Mittel als zusätzliches Körbergeld drinnen sind.

Noch ein Thema, und das ist ein Standardthema, und das reizt den Landesrat Pörtl immer ganz besonders. In diesem Budget ist nach wie vor eine massive Kofinanzierung des ÖPUL vorgesehen. Das ÖPUL ist ein Programm, das selbstverständlich einen klaren Bezug und für mich eigentlich die Voraussetzung zur Osterweiterung wäre. In diesem Programm für eine Ökologisierung der Landwirtschaft sind im Jahr 1996 null Schilling für den Erhalt von alten Kulturpflanzen ausgegeben worden. Null Schilling dafür, daß man alte Sorten, die in der Steiermark angebaut werden, erhält, und dafür werden vom Bund her massiv immer wieder Initiativen in Richtung Gentechnik subventioniert über das Forschungszentrum Seibersdorf, über spezielle Rahmenbedingungen bei der Firma Pioneer und ähnliches.

Kollege Peinhaupt hat eine Wortmeldung, ich bitte darum. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, ich wollte eigentlich nur Ihren Wissensstand prüfen, ob Sie eigentlich wissen, wieviel Geld im 96er Jahr, von dem Sie sprechen, über das ÖPUL-Programm ausbezahlt wurde, und zwar über den Teil B.“) Sehr geehrter Herr Kollege Peinhaupt, das ÖPUL-Programm im Jahr 1996 verfügt insgesamt in der Steiermark über eine Summe von 976 Millionen Schilling. Die Maßnahme, die ich angesprochen habe, das sind natürlich alle Kofinanzierungen dabei, Bund, Land und EU, und die Maßnahme, die ich angesprochen haben, völlig unabhängig, in welchem Maßnahmenbereich die drinnen ist, ist mit null Schilling budge-

tiert. Es hätte mich gefreut, wenn Sie mich dazu gefragt hätten, und nicht probieren, wie der Oberlehrer aus der Freiheitlichen Fraktion, mich da im Bereich ÖPUL in einen ganz anderen Bereich abzulenken, was Ihnen leider Gottes gelungen ist. Leider Gottes muß ich zugeben, er hat es geschafft.

Noch ein Thema, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Etwas, was mich bei diesem Budget natürlich besonders überrascht hat, war, daß die FOKU eine interessante Summe erhält, nämlich 3,5 Millionen Schilling, und das ganze für die mediale Präsentation von kulturellen Ereignissen. Das ist eine der Spezialitäten, die im Ausschuß nicht abklärbar waren. Noch eine Besonderheit ist, daß die Telekommunikationsinitiative immer noch im außerordentlichen Haushalt drinnensteht, was ich einfach nicht verstehe, weil sie seit drei Jahren dort plaziert ist und weil ich glaube, daß eine sinnvolle Anwendung von Informations- und Telekommunikationsmöglichkeiten in der Steiermark ein wesentlicher Beitrag wäre für eine Umstrukturierung, wobei man bei Telearbeitsplätzen natürlich sehr, sehr vorsichtig umgehen muß und ich denen da entsprechend kritisch gegenüberstehe.

Immer noch im Budget drinnen ist die berühmte Beratungsstelle für behinderte Personen mit 5000 Schilling. Das sind Spezialitäten dieses Landesbudgets, das sind Spezialitäten, die von grüner Seite mich motivieren, diesem Budget herzhafte nicht zuzustimmen. Und zwar deswegen, wie gesagt, weil eine sozialpolitische Gründerwelle in keiner Form nachvollziehbar ist. Schlechtes Sozialhilfegesetz, nicht durchgeführtes Psychiatriekonzept, fehlende Einbindung von Altenheimen, so daß sich die Leute dort halbwegs wohlfühlen können, es sind in erster Linie Frauen.

Zweitens fehlt eine Weichenstellung für den öffentlichen Verkehr. Es fehlen Maßnahmen für die Landesbahnen. Der Verkehrsverbund ist finanziell ganz, ganz schlecht ausgestattet in diesem Budget.

Drittens fehlt eine frauenorientierte Politik als Querschnittsvorgabe. Frauen im Landesdienst habe ich angeführt.

Und viertens, im Bereich Demokratisierung des Kulturbudgets gibt es noch einiges Großes zu tun, und da bin ich sehr neugierig, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wieviel Spaß, wieviel Engagement, wieviel gute Ideen und wieviel Bereitschaft zu einer gestaltenden Politik Sie haben werden in diesem Jahr und im nächsten Jahr, wenn der Hintergrund dafür diese Art von Budget ist, wie Sie es leider Gottes jetzt in der nächsten halben Stunde beschließen werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 12.20 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun, meine Damen und Herren, zur nächsten Gruppe der Rednerinnen und Redner, die jeweils zehn Minuten zur Verfügung haben.

Es beginnt der Herr Abgeordnete Wiedner.

Abg. Wiedner (12.20 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Herren der Landesregierung!

Ich nehme an, der Herr Landesrat Paierl vertritt den Herrn Landesrat Hirschmann. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ja!“) Das ist sehr schön, weil es geht ums

Personal, und es geht um das Budget, und ich hoffe, Sie richten ihm dann alles aus, was ich heute zu sagen habe.

Ich habe nur eine Kleinigkeit zu sagen zur Frau Kollegin Zitz. Normalerweise würde ich dazu nicht Stellung nehmen. Nur, ich glaube, die Freiheitlichen sind eine Partei, die eine Linie hat, die eine Linie vertritt, und die Linie ist für Österreich und für den Bürger. Bei eurer Politik kommt mir manchmal vor, sie ist sehr verantwortungslos.

Ich möchte beim Budget auf den Finanz-Ausschuß zurückkommen, der vorigen Mittwoch stattgefunden hat, und zwar auf die Gruppe 0, auf die Fragen an Landesrat Hirschmann.

Ich weiß nicht, Herr Präsident, es gibt hier nur mehr Nebengespräche. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich möchte die Damen und Herren wirklich nochmals bitten, dem Redner etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen!“) Ich bedanke mich.

Ich habe mich bei dieser Sitzung fast an den Faschingdienstag zurückerinnert, die Antworten des Landesrates Hirschmann haben mich daran erinnert. Wenn kein Geld da war, war es die große Innovation seiner Ideen, die eben trotzdem einen großen Erfolg bringen, und wenn genug Geld oder mehr Geld da war, dann war es sein Verhandlungsgeschick.

Wir sind mit unseren Fragen bei ihm gescheitert. Sogar der Kollege Brünner, der sehr hartnäckig ist, hat es irgendwann einmal aufgegeben, Fragen an den Landesrat Hirschmann zum Personal und zu Einsparungen zu stellen.

Es gab nur langatmige Erklärungen über die großartigen Leistungen, die ich hier nicht schmälern möchte, aber diese langatmigen Erklärungen lösen nicht das Problem. Und das Problem ist eine weitere Steigerung des Personalbudgets. Es ist zwar zu einer gewissen Einsparung gekommen, die Steigerung hat sich verringert auf etwa 30 Millionen. Hingegen sind die 85 Millionen, die zum Einsparen wären, nicht erreicht worden.

Es wären jährlich laut den Aussagen von Landesrat Hirschmann 80 Dienstposten einzusparen. Gesamt würde das auf die Legislaturperiode 400 Dienstposten ergeben. Wir kennen aber alle bereits die extremen Unterschiede zwischen Wollen und Tun. Wir wissen, daß es bis dato 369 Dienstposten waren, die eingespart wurden, 134 wurden wieder neu geschaffen – unterm Strich 235 die tatsächliche Einsparung. Und es kommt noch besser, nämlich das heurige Jahr. Brutto als Einsparung 21 Dienstposten, neu geschaffen 14, ergibt netto 7.

Wenn man Herrn Hirschmann fragt, was er dazu sagt, dann sagt er, er ist nicht zuständig. Er hat das heute auch schon gesagt, es sind die Referenten zuständig für ihren Bereich, und er kann eigentlich nichts dafür, er ist nur ein Erfüllungsgehilfe. Wenn er nicht verantwortlich und nicht zuständig ist, dann frage ich mich, was er als Landesrat zu tun hat. Ich spüre, hier gibt es schon wieder Einsparungspotentiale. (Beifall bei der FPÖ.)

Es gibt scheinbar kein Herunterkommen, und das ist eindeutig das Ergebnis einer nicht stattgefundenen Verwaltungsreform. Die Frau Kollegin Gross

hat heute von einer Verwaltungsreform gesprochen, doch wir können sie beim besten Willen nicht sehen.

Es geht uns auch darum, daß wir nicht das Personal entlassen, sondern daß wir mehr Effizienz hineinbringen. Das aber trotzdem vor dem Hintergrund, daß wir in Österreich 21 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben, und im OECD-Durchschnitt sind es 15 Prozent.

Wir wollen wirkliche Reformen haben, wir wollen eine Neuordnung der Kompetenzen haben, und wir wollen eine Neuordnung der Aufgaben haben. Wir wollen nicht haben, daß weiterhin Posten geschaffen werden, um die politischen Lieblinge unterzubringen!

92,5 Prozent des Budgets sind Pflichtausgaben, nur mehr 7,5 Prozent sind Ermessensausgaben. Wenn man jedoch die Verwaltung so aufbläht, wie Sie es machen, dann werden Ermessensausgaben zu Pflichtausgaben.

Es hat mit den zwei Landesschulräten begonnen, fortgesetzt mit der neuen Org-Abteilung von Hofrat Plauder, mit der EU-Abteilung von der Frau Dr. Stangl und dem Dr. Rundhammer.

Und wenn Sie, Frau Kollegin Gross, zur EU davon sprechen, daß wir die kleinen Betriebe fördern sollen, dann gehen wir mit der EU genau den umgekehrten Weg. Dort entstehen die großen Moloche, und die bringen unsere kleinen Betriebe um.

Es geht um die neue FOKU-Gruppe, das wurde heute schon des öfteren erwähnt. Herr Prof. Jeglitsch, Sie sind ja jetzt im Hause, Sie haben sich sehr mutig vorige Woche in die Presse hinausgewagt, und ich hoffe, Sie stehen auch zu dem, was Sie gesagt haben. Ich werde heute den Antrag zur Auflösung der FOKU einbringen. Ich schaue mir an, wie Sie und Ihre Fraktion dann abstimmen werden.

Es geht weiter mit dem Fall Annelie Hochkofler, die ja ein herrliches Leben auf Steuereinkommen irgendwo in Amerika oder in Australien sich finanzieren läßt. Der politische Vater der Annelie Hochkofler ist der Altlandeshauptmann Krainer. Das ist richtig. Aber seit zwei Jahren hat sie ihre politische Heimat beim Landeshauptmannstellvertreter Schachner. Und keiner von beiden kann sich von der Verantwortung drücken. (Abg. Dr. Flecker: „Und der Schmid hat zugestimmt!“) Unter falschen Voraussetzungen, bitte, Herr Kollege Flecker, das wissen Sie ganz genau. (Glockenzeichen des Präsidenten!)

Es gibt dann noch im Personalbereich zwei Rechnungshofberichte, die wir über uns ergehen lassen mußten. Einen haben wir im Ausschuß diskutiert, der zweite kommt. Gespräche, Inhalte über die Zulagenkaiser – Namen sind heute genannt worden – bis zu Beauftragungen, bis zu diversen Dingen im Personalbereich, die rechtlich bedenklich erscheinen.

Frau Kollegin Zitz – sie ist gegangen, scheinbar interessiert es nicht mehr –, sie hat vorher vom Untersuchungs-Ausschuß gesprochen und darüber, daß niemand eine Antwort gibt. Ich gebe Ihnen heute die Antwort. Wir werden zur richtigen Zeit, und zwar dann, wenn dieser Bericht hier im Hause verhandelt wird, dann werden wir massiv die Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses fordern. Und nur dann ist es die richtige Zeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Eine Aufblähung der Dienstposten findet ja, wie bekannt, speziell in den Regierungsbüros statt. Allein das Büro der Frau Landeshauptmann hat 30,5 Dienstposten – acht A-Beamte und sechs B-Beamte. Und das bei einer Ressortzuständigkeit, die wirklich mini ist. Dazu bei der Gemeindeaufsicht die Rechtsabteilung 7, beim Katastrophenschutz die Katastrophenschutzabteilung, in der Inneren Organisation die Landesamtsdirektion. Das schafft die Möglichkeiten für die Frau Landeshauptmann, herumzufahren um zu eröffnen, zu begrüßen und lieb zu sein. Ich habe hier ein neues Wort geprägt, das heißt nicht nur mit der Kraft der Steiermark, es heißt mit der Kraft der Steiermark für den Postenschacher und die Verwaltungsaufblähung. Und das lehnen wir ab! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf nun, nachdem ich nur mehr eine Minute habe, den Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung einbringen, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Wiedner und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Auflösung der Abteilung Forschungs- und Kulturmanagement.

Der Antrag wird gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Abteilung Forschungs- und Kulturmanagement (FOKU) aufzulösen und die ihr zugeordneten Aufgaben in den Kompetenzbereich der anderen bereits bestehenden Abteilungen zu übertragen.

Ich ersuche um Unterstützung, und speziell hier von der rechten Seite unsere Nachbarn von der ÖVP. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wabl. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Wabl (12.30 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann Sie beruhigen, ich werde mich heute sehr kurz fassen und ein paar Gedanken zum Thema Soziales hier anbringen und mich auch bei der Kollegin Gross bedanken, daß sie wirklich diese Problematik bezüglich jener, die am Rande der Gesellschaft stehen, sehr plakativ und bewegend hervorgehoben hat. Eine Geschichte dazu. Wir haben in Österreich die Situation, daß 700.000 oder eine Million sich bereits an der Armutsgrenze bewegen und daß sie unsere besondere Hilfe brauchen. Wir haben nach jüngsten Zahlen 290.000 Menschen, die keinen eigenen Pensionsanspruch erworben haben, während auf der anderen Seite Pensionen bezahlt werden zwischen 50-, 60- und 70.000 Schilling. Wir haben Gräben zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt, zwischen jenen, die Arbeit haben, und jenen, die keine haben, und zwischen jenen, die Ausländer sind und die Einheimische sind.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen – ich habe mich extra erkundigt, ob das erlaubt ist –, der Frau Landeshauptfrau zu danken, und ich möchte Ihnen diese Geschichte erzählen, weil sie eine positive Geschichte ist, obwohl ich weiß, daß positive Geschichten in der heutigen Zeit kaum Beachtung finden. Und wer die Medien verfolgt, erlebt immer wieder, daß es hauptsächlich negative Nachrichten sind, die unseren

Eindruck von der Gesellschaft und von der Welt prägen. Es war diesen Sonntag – dem internationalen Frauentag –, und da habe ich in der Heilandskirche an einer Diskussion der Frauen „Fünzig-Plus“ teilgenommen. Da war die Fridrun Huemer da aus Wien, und die hat gesprochen über das, was normal ist, und dann ist die Frau Dr. Simon hereingekommen und hat geglaubt, daß ich da zur evangelischen Heilandskirche dazugehöre als Mann, die hat geglaubt, ich gehöre da zum Ordinariat oder zum Pfarramt und hat gesagt, draußen vor der Kirche steht eine Schwarzafrikanerin mit ihrem kleinen Kind, und ich soll hinausgehen und soll mich um sie kümmern. Und sie ist dann mitgegangen, und wir haben ausgemacht, daß sie mir ein Geld mitgibt, und ich suche für sie eine Wohnung. Sie hat kein Geld gehabt und ist delogiert gewesen und ist als Nullnummer, als Nullperson im Garten dieser Kirche gestanden. Es war Sonntag, und ich habe nicht unbedingt sofort Rat gewußt und bin dann mit ihr quer durch die Oststeiermark, weil ich dort auch jemanden besuchen wollte, nach Fürstenfeld gefahren, da war am Abend eine Lesung „Josef und Maria“ und habe sie dann einmal provisorisch bei mir untergebracht mit ihrem kleinen Presly, also nicht Elvis Presley, sondern Presly. Am nächsten Tag bin ich dann weiter mit ihr unterwegs gewesen, und am Abend habe ich sie zu meiner Mutter gebracht. Ich weiß gar nicht, ob sie eine Aufenthaltsbewilligung hat. Sie hat mich gefragt wegen einer Arbeitsbewilligung, die hat sie wahrscheinlich auch nicht. Und heute hat sie bei meiner 82jährigen Mutter übernachtet, und ich habe dann gehofft, ich werde eine Lösung finden.

Ich bin dann heute in der Früh, weil ich sie getroffen habe, in den Landtag gekommen und habe gehofft, daß wir, der Landtag, das Land Steiermark, wo wir uns selbst sehr oft kritisieren, wo aber sehr viel Positives passiert, eine Lösung finden. Und das möchte ich jetzt nicht hier ausdrücklich erwähnen, aber es gibt soviel Gutes und Positives, und wir Politiker tun gut daran, wenn wir ab und zu zumindest uns dafür Zeit nehmen, daß wir uns gegenseitig loben. Weil Lob in der Politik eine sehr seltene Kategorie geworden ist. Und ich habe mir dann gedacht, wer kann am besten helfen, und ich habe die Frau Landeshauptfrau – ich lege immer Wert darauf, daß ich Landeshauptfrau sage – Klansic gebeten, daß sie mir hilft, ein Provisorium zu finden, bis wir eine Dauerlösung hier gefunden haben. Und sie hat dann spontan sich bereit erklärt, nachdem sie die Frau mit dem Kind gesehen hat – ich habe zu den Leuten in Fürstenfeld gesagt, das ist meine Schwiegertochter mit meinem Enkelkind, habe mich in dem Fall mit fremden Federn geschmückt –, sie im Josef-Krainer-Haus für 14 Tage unterzubringen.

Wir sollten stolz darauf sein. Und bei allen Strukturen, bei allen Gesetzen werden wir es nie vermeiden können oder sollten wir nie darauf vergessen, daß wir auch im einzelnen Hilfe leisten und beides tun, Gesetze verbessern, Strukturen verbessern, aber nie darauf vergessen, daß der Mensch im Mittelpunkt der Politik steht, und ich danke der Frau Landeshauptfrau noch einmal, obwohl sie nicht mehr da ist, und ich danke ihr ein drittes Mal, auch wenn manche jetzt sagen, ich habe ihr vielleicht gedankt, damit ich mich

bei ihr einhaue. Das ist nicht der Fall, es ist ein Dank, der aus ganzem Herzen kommt. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 12.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Jeglitsch. Er hat das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (12.35 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie wissen alle, daß in der letzten Zeit, in den letzten Tagen und Wochen etliche Kritik von Künstlern und Kulturinitiativen an der FOKU geübt wurde. Die FOKU hat darauf eine Pressekonferenz gegeben, in der sie ihr Konzept vorgelegt hat, und zumindest nach den Medienberichten war die Pressekonferenz der FOKU nicht gerade überzeugend. Ich habe daher auch bei meiner Pressekonferenz ausgeführt, daß auf Grund der mir zugänglichen Unterlagen und der Pressekonferenz der FOKU nicht erkennbar ist, wo bis jetzt ein einziges Projekt oder eine einzige Initiative abgewickelt worden wäre, was nicht auch die bestehenden Abteilungen hätten machen können. Diese meine Pressekonferenz hat zu sehr vielen Reaktionen geführt, wobei der Stil mancher, die mir geantwortet haben, wohl der unmittelbare Ausweis ist, in welchem kulturellen Zustand sie sich befinden.

Eine Änderung des Zustandes oder eine Auflösung der FOKU liegt in den Händen des zuständigen Referenten. Damit niemand den Vorwurf erheben kann, daß ohne Fakten, ohne Erhebung von Daten, gleichsam aus einem qualitativen Eindruck heraus eine solche Forderung gestellt wird, bringt die ÖVP einen Entschließungsantrag ein zum Tagesordnungspunkt 2 des Landesvoranschlages 1999 der Abgeordneten Jeglitsch und Majcen, betreffend einer Evaluierung der FOKU – ich bin mir schon bewußt, daß ein Dreivierteljahr Bestand ein kurzer Zeitraum ist, aber hier kann man auch die zukünftigen Konzepte bewerten und in Kontrast stellen zu den Aufgabenbereichen der bestehenden Abteilungen, und ich meine, daß man weitreichende Schritte nicht nur auf qualitativen Meinungsbildern, die durchaus richtig sein mögen, sondern einer sachlich fundierten Faktenlage vollziehen soll.

Mit Regierungsbeschluß vom 7. Juli 1997 wurde die Abteilung für Forschung und Kulturmanagement (FOKU) installiert. Die von aktiven Künstlern und Kulturinitiativen vorgebrachte Kritik gibt Anlaß, die FOKU zu evaluieren. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Aufgabenstellung der FOKU im Hinblick auf die bestehenden Abteilungen auf ihre Notwendigkeit und Effizienz zu überprüfen und dem Landtag darüber zu berichten. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 12.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Brunner.

Abg. Dr. Brunner (12.38 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur drei Punkte kurz ansprechen. Einen ersten Punkt: Ich habe davon Abschied genommen mit Frau Kollegin Keshmiri und meinen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern, umfangreiche Abänderungsanträge zum Budget auszuarbeiten, weil es schlicht und einfach schade um die Zeit ist, und wir sind daher bei diesem Budget diesbezüglich sehr enthaltsam gewesen.

Ich möchte aber trotzdem einen Entschließungsantrag einbringen, und ich freue mich, daß er ein Fünfparteiantrag geworden ist und daher einstimmig hier verabschiedet werden kann. Es werden damit nicht die großen Strukturen dieses Budgets, die wir kritisiert haben und kritisieren, verändert, aber ich hoffe, daß durch diesen Entschließungsantrag, wenn er umgesetzt wird, einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe, nämlich den Blinden und Sehbehinderten, eine ganz wichtige Hilfe zuteil werden kann. In Linz wurde im Ars-Elektronica-Center in Zusammenarbeit mit einer Computerfirma eine Workstation mit einer Internetadaptierung für blinde und sehbehinderte Anwender und Anwenderinnen installiert.

Wir meinen, daß so etwas auch in der Steiermark erfolgen soll. Wir haben ganz bewußt keine Zahl dieser Workstations in unseren Antrag hineingenommen. Es wäre sicher sinnvoll, wenn er umgesetzt wird, daß eine erste Station im Odilien-Blindeninstitut eingerichtet wird und vielleicht dann noch die eine oder andere folgen könnte.

Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Gross, Mag. Zitz, Wicher und Mag. Hartinger stellen folgenden Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für blinde und sehbehinderte Benutzer und Benutzerinnen umgehend einige Computer mit Internetzugang und der notwendigen Software zur Verfügung zu stellen.

Ein zweiter Punkt: Die FOKU. Das habe ich ursprünglich nicht vorgehabt, aber auf Grund der Entschließungsanträge möchte ich dazu etwas sagen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß das Liberale Forum von Anfang an, betreffend die Installierung der FOKU, sehr skeptisch gewesen ist. Wir haben sogar, gemeinsam mit den Freiheitlichen, durch Unterstützung der Freiheitlichen eine Dringliche Anfrage seinerzeit eingebracht, die sich auch mit der FOKU beschäftigt hat. Wir haben auch in den Debatten zum Budget, und zwar sowohl zum Budget 1998 als auch 1999, im Finanz-Ausschuß Kritik daran geübt, daß hier bereits ganz gewaltige Ausgaben für diese FOKU installiert sind, deren Zweckhaftigkeit von uns in Frage gestellt wird. Es ist erfreulich, daß derzeit hinsichtlich der FOKU bei manchen Damen und Herren und Parteien eine Sinneswandlung eingetreten ist. Ich möchte nur schon darauf hinweisen, daß die FOKU seinerzeit auch mit Zustimmung der ÖVP installiert worden ist. Und wir haben immer festgehalten, wir verstehen die ÖVP diesbezüglich nicht, es sei denn, das Miteinander, das wir seinerzeit durch die Wahl der Frau Landeshauptfrau grundsätzlich unterstützt haben, schaut unter anderem auch so aus, daß eben die eine Hand der anderen etwas zugesteht und die andere Hand der einen etwas zugesteht. Und wir haben insoweit gemutmaßt, daß halt bei der Installierung der FOKU einer schwarzen Landesamtsdirektion eine quasi rote Landesamtsdirektion zur Seite gestellt wird. Wir sind nach wie vor dieser FOKU gegenüber sehr skeptisch eingestellt.

Ich möchte jetzt nur unsere Position zu den Anträgen, die hier betreffend FOKU gestellt werden, deponieren. Wir werden dem Antrag der Freiheitlichen auf Auflösung der FOKU nicht zustimmen, weil wir der Auffassung sind, die FOKU ist installiert, es sollte tatsächlich geprüft werden – hier stimme ich dem Kollegen Jeglitsch vollkommen zu –, durch eine unabhängige Stelle, ob nun die Einrichtung der FOKU und deren Aufgabenbereich tatsächlich unter Wirtschaftlichkeits- und Zweckmäßigkeitgesichtspunkten notwendig gewesen ist. Wir meinen allerdings – zum Unterschied von der ÖVP –, daß jene unabhängige Stelle, die diese Prüfung durchführen soll, der Landesrechnungshof ist. Wir haben daher auch einen Antrag eingebracht – Herr Hofrat Anderwald hat mich aufgeklärt, daß wir den hier nicht in der Form eines Entschließungsantrages einbringen können, sondern der muß im Kontroll-Ausschuß behandelt werden, wir haben ihn aber heute eingebracht –, daß der Landesrechnungshof mit einer Prüfung der FOKU beauftragt wird, durch einen Beschluß des Landtages. Wir meinen, bis es soweit sein könnte, daß der Landtag das beschließt – hoffentlich in zwei, drei Monaten –, daß dann auch genügend Zeit verstrichen ist, um die Arbeit der FOKU tatsächlich halbwegs objektiv beurteilen zu können. Wir werden allerdings, weil die ÖVP hier die Evaluierung durch eine unabhängige Einrichtung vorschlägt, weil das auch unser Grundgedanke ist, dem Entschließungsantrag der ÖVP zustimmen.

Ich möchte noch etwas festhalten, bei diesen ÖVP-Anträgen, betreffend zusätzliche Evaluierungseinrichtungen. Herr Landesrat Hirschmann hat das nämlich auch im Zusammenhang mit der Personalbewirtschaftung gemacht. Da gibt es einen Rechnungshofbericht, der eindeutig Rechtswidrigkeiten in dieser Personalbewirtschaftung feststellt. Was macht Herr Landesrat Hirschmann? Im Kontroll-Ausschuß sagt er: „Na ja, der Auffassung des Rechnungshofes steht die Auffassung der Personalabteilung gegenüber, nämlich nicht rechtswidrig.“ Jetzt setzt er ein unabhängiges Gutachtergremium – was weiß ich, mit Universitätsprofessoren und, und – ein.

Ich stehe auf dem Standpunkt, der Landtag hat eine Kontrolleinrichtung, die unabhängig ist, die das notwendige Know-how hat, nämlich das ist der Landesrechnungshof. Ich sehe nicht ganz ein, daß dauernd durch solche Evaluierungs- und Sonderkommissionen der Landesrechnungshof umgangen wird.

Ein Drittes und Letztes: Ich kann mir eine kleine Anmerkung zum Antrag der ÖVP, betreffend die Herabsetzung des Wahlalters bei Gemeinderatswahlen auf 16 Jahre, nicht verkneifen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß das Liberale Forum gemeinsam mit den Grünen voriges Jahr einen Antrag auf Herabsetzung des Wahlalters bei den nächsten steirischen Gemeinderatswahlen und bei den nächsten Grazer Gemeinderatswahlen eingebracht hat. Im zuständigen Ausschuß sind diese beiden Anträge entsorgt worden, nämlich der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen, bis heute gibt es keinen Muckser der Landesregierung. Dann schlage ich in der Früh einmal die Zeitung auf und lese die große Schlagzeile, die Frau Landeshauptfrau Klasnic ist für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, was

mich schon einmal geärgert hat, weil die Frau Landeshauptfrau es nicht der Mühe wert gefunden hat zu sagen, daß es unser Antrag seinerzeit gewesen ist, dem damals die ÖVP nicht zugestimmt hat. Daraufhin denke ich mir, es wäre ja schön, wenn heute ÖVP und Liberales Forum gemeinsam diesen Antrag einbringen würden. Ich habe Herrn Kollegen Schützenhöfer gefragt, ob wir gemeinsam diesen Antrag einbringen könnten. Ich habe eine Abfuhr erlitten. Und dann schlage ich heute in der Früh die Antragsliste auf und sehe einen Antrag der ÖVP auf Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Gemeinderatswahlen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, das ist eine miese Vorgangsweise, schlicht und einfach eine miese Vorgangsweise, und ich verstehe die ÖVP überhaupt nicht, die die großen Erfolge in Umfragen bejubelt und die einfach nicht jene politische Kultur an den Tag legt, um wenigstens hinzuzufügen, daß das seinerzeit ein Antrag des Liberalen Forums und der Grünen gewesen ist. (Beifall beim Lif und der FPÖ. – 12.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (12.47 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Am liebsten wäre es der ÖVP und SPÖ ja gewesen, daß dieses Budget mit fünf Budgetrednern über die Bühne geht, und dann wäre das Ganze erledigt gewesen. Morgen hätte keiner mehr davon gesprochen, aus und vorbei. Der Kollege Gennaro nickt, genau das ist es, was du gerne gehabt hättest.

Jetzt ist es halt doch nicht ganz so. Aber das ist der Fluch der bösen Taten, die ihr gemeinsam in der Regierung gesetzt habt. Der Fluch der bösen Taten, die ihr im Personalbereich gemeinsam gemacht habt. Und da ist es schon sehr aufregend, was jetzt passiert, denn mir scheint, das Miteinander ist wirklich beendet, und das, was Sie jetzt machen, ist nur ein „gegenseinender Schweigen“. Man hört sich an, was die anderen zu sagen haben, läßt es über sich ergehen, geht in Tauchstation und sagt, na, es wird schon irgendwann einmal wieder vorübergehen.

Was bei der FOKU passiert, es ist grotesk, was hier aufgeführt wird. Deshalb nenne ich die FOKU jetzt nur noch den folgenden Kummer, der bereitet wird.

Die ÖVP überläßt die Kultur der SPÖ. Sie sammeln sich den Kummer mit der Frau Hochkofler ein. Der weitere Kummer, der folgt, ist mit der Aufblähung der Verwaltung ins Leben gerufen worden, mit dem Kreieren einer zusätzlichen Abteilung. Das wird dann der ÖVP, wenn sie die Kultur wieder bekommen würde, auf den Kopf fallen. In diesem Fall viel Spaß mit ihrem Exmitarbeiter, dem Herrn Hofrat, den sie dann als Abteilungsvorstand haben würde. Dies ist eben der Fluch der bösen Tat. Das Miteinander ist beendet. Aber jetzt wird geschwiegen.

Und dann gibt es den Kollegen Jeglitsch, der das Schweigen sehr wohl gebrochen hat. Und was sagt er? Das zitiere ich jetzt schon aus der „Steirischen“, aus dem ÖVP-Blatt: „Unter diesen Gesichtspunkten könne man die neugeschaffene Abteilung FOKU

ersatzlos streichen.“ Bitte, ein ÖVP-Abgeordneter sagt – und das ist ein Zitat von ihm –, er könne, wenn es nach ihm ginge, diese Abteilung ersatzlos streichen.

Wir haben damals in der Regierung nicht zugestimmt, und das muß der Kollegin Zitz mit Nachdruck gesagt werden. In den wichtigen Dingen haben wir eine klare Meinung, ein klares Ziel, daß solche Dinge nicht passieren dürfen (Abg. Mag. Zitz: „Frau Kollegin!“) Sie müßten sich halt mehr informieren. Sie wären gern in der Regierung, dann wüßten Sie genauer, wie es abläuft. Dort ist es so, daß es Pakete zur Beschlußfassung gibt, wo es zum Beispiel um Flächenwidmungspläne, wo es um Wohnbauförderung et cetera geht. (Abg. Mag. Zitz: „Wenn der Herr Landesrat überfordert ist, dann soll er aus der Regierung austreten!“)

In den wichtigen Bereichen, wie hier, wo es um eine Verwaltungsaufblähung geht, wo es um die Bestellung von der Frau Exministerin Konrad geht, da melden wir uns zu Wort, und da stimmen wir auch in der Regierung dagegen, weil das sind die wichtigen Dinge, wo wir sagen, so kann es nicht sein, und so kann das Miteinander nicht gemacht werden (Beifall bei der FPÖ.), und das müssen Sie erst einmal lernen und so erkennen können, bevor Sie sich hinstellen und so groß von einer freiheitlichen Linie sprechen, die Sie sicherlich nie verstehen werden. (Abg. Mag. Zitz: „Aber Sie verwirren mich halt dauernd, Frau Kollegin!“) Ja, ich weiß, Sie sind manchmal etwas verwirrt, das ist ja ihr Problem, liebe Frau Kollegin, das ist Ihre Verwirrung, die ich bedauerlicherweise auch nicht lösen kann. (Abg. Ing. Löcker: „Wo bleibt die Frauensolidarität?“)

Der Herr Kollege Jeglitsch hat das – so sehr ich ihn schätze – gesagt, und jetzt verstehe ich ihn wirklich nicht mehr. Das Schweigen ist in seiner Budgetrede ausgebrochen. Kein einziges Wort von der FOKU, kein einziges Wort darüber, was er vorher in seiner Pressekonferenz so alles gesagt hat. Aber wie reagiert die ÖVP auf unseren Entschließungsantrag, der haargenau dem entspricht, was der Kollege Jeglitsch gesagt hat, nämlich ersatzloses Streichen der Abteilung FOKU? Auf Grund unseres Antrages kommt auf einmal ein ÖVP-Antrag daher, der heißt, nein, nein, nicht die zwei Schritte voran und ersatzlos streichen. Gehen wir wieder vier Schritte zurück, nein wir wollen ja nur evaluieren, wir wollen nur bewerten, dann sehen wir, vielleicht schaut die Welt dann schon wieder ganz anders aus. Wenn wir das dann alles evaluiert, bewertet haben, auf Monate verschoben haben, der Regierung zugewiesen haben, was passiert dann?

Und da verstehe ich auch nicht, warum denn nicht gleich der Rechnungshof prüft, haben wir da Angst vor dem Rechnungshof, daß da wirklich etwas rauskommen könnte? Warum nicht gleich den Rechnungshof dazu befragen, das verstehe ich nicht. Jetzt sind wir wieder zwei Schritte zurück, Herr Kollege Jeglitsch – ich schätze Sie sehr, Sie wissen es –, aber das kann ich nicht mehr nachvollziehen, das verstehe ich nicht. Jetzt gehen Sie wieder zwei Schritte zurück und sagen Kopf hinter die Tür, doch nur bewerten, doch nur evaluieren, und dann schauen wir nachher, was passiert. Na und dann, was noch nachher kommt, zuerst unser freiheitlicher Antrag, dann euer ÖVP-Rückzieher, jetzt kommt ein neuer Unselbständiger

Entschließungsantrag von der SPÖ. Das ist ja die Retourkutsche, das ist das neue Spiel, wie du mir, so ich dir. All die Dinge, die vorher von ÖVP und SPÖ gemeinsam beschlossen wurden – Sie haben gemeinsam die FOKU in der Regierung beschlossen, Sie haben gemeinsam beschlossen, daß die Rechtsabteilung 2 wieder ins Leben gerufen wird, daß es in der Landesamtsdirektion eine Organisationsabteilung gibt und daß es eine Stabstelle für EU-Angelegenheit geben soll. Und da gibt es jetzt als Strafsanktion gegen die ÖVP einen Antrag von der SPÖ, daß dies alles bewertet, evaluiert werden soll. Ja bitte, was ist denn das für eine Politik, die Sie hier an den Tag legen?

Ein Jahr vorher beschließe ich noch alles in trauter ÖVP-SPÖ-Zweisamkeit, und ein Jahr später, weil dann das Klima nicht mehr so ist, wie man es sich gedacht hat, muß alles wieder evaluiert und bewertet werden, denn alles ist wieder anders. Das ist der Fluch der bösen Tat, die Sie in der Regierung an den Tag gelegt haben, und das ist die gerechte Strafe, die Sie jetzt als Abgeordnete, so leid es mir tut, ausleben müssen. (Beifall bei der FPÖ.)

Es geht darum, daß man probiert hat, sich gegenseitig Machtabsicherungen zu geben, und jetzt gibt es die Rechnungen dafür. Sehr pikant dabei ist, daß es in der Abteilung FOKU vom 23. September 1997 bis 9. Februar 1998, also nur innerhalb von fünf Monaten – und Weihnachten liegt da auch dazwischen – schon 39 Dienstreisen gegeben hat. Es ist ja kein Wunder, wo es hier so viele Mitarbeiter mehr gibt in dieser Abteilung. 39 Dienstreisen hat es schon mehr gegeben! Und das bedingt natürlich Mehrkosten. 1998 sind es 32 Millionen, 1999 sind es schon 51 Millionen, wie man im Budget nachvollziehen kann. Ich möchte nicht wissen, was hier noch für Kosten auf uns zukommen werden durch diese Abteilung, die hier zusätzlich installiert wurde.

Und sehr „bemerkenswert“ ist ja der eine Posten von 3,5 Millionen „mediale Präsenz“. Ja, die wird die FOKU bitter notwendig haben, denn sie werden sich hier schon sehr präsentieren müssen, damit es irgendjemand verständlich sein wird, warum es diese Abteilung in dieser Form, wie sie jetzt ist, gibt. Ich kann zur FOKU nur sagen, fehlende Organisation, keine Umsetzung, das ist FOKU, den Kollegen Jeglitsch hat leider der Mut verlassen, denn daß die Auflösung in Händen des zuständigen Referenten liegt, ist unrichtig, das ist schlichtweg falsch, lieber Kollege. Die Auflösung liegt in Händen der Frau Landeshauptmann, sie ist zuständig für die Geschäftseinteilung, bitte sagen Sie ihr das weiter, vielleicht hat sie es vergessen, Ihnen zu sagen. Sie ist für die Geschäftseinteilung und -verteilung, daß dies in der Regierung eingebracht wird, zuständig. Wenn die Frau Landeshauptmann meint, daß die FOKU überflüssig ist, wäre es ihre Aufgabe, Schritte zu setzen, und es liegt nicht in den Händen des zuständigen Referenten, denn dann hätten wir bei uns, im Bereich von unserem Landesrat, schon sehr viel in der Verwaltung geändert. Doch da war es nicht möglich, weil die Frau Landeshauptmann das nicht eingebracht hat. Es ist also ihre Aufgabe, es liegt in ihrer Verantwortung, das zu ändern. Doch wie immer – fehlender Mut, keine Entscheidung, schade! (Beifall bei der FPÖ. – 12.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Flecker (12.57 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Jeglitsch, uns wird ja beiden der Makel der Arroganz unterstellt. Sie beweisen das durch Pressekonferenzen, durch diverse Reden. Mir kann das zu Recht dadurch unterstellt werden, indem es meine persönliche Werteskala nicht zuläßt, auf Ihren Stil einzugehen. Herr Kollege Jeglitsch, Sie wissen, daß sich die Regierung zu Beginn dieser Legislaturperiode auf eine Gesamtorganisation der Landesverwaltung geeinigt hat, mit verschiedenen Änderungen. Es war die FOKU ein Bestandteil dieser Vereinbarung, aber viele andere organisatorische Maßnahmen auch. Und es ist einfach unser Stil, sich an Vereinbarungen zu halten. Sie haben in einer Pressekonferenz den heutigen Schritt vorbereitet, und Sie haben ihn gesetzt. Sie sind von der Vereinbarung ausgetreten.

Dieser Antrag auf Gründung der FOKU ist nicht nur – und selbstverständlich wissen Sie das – vom zuständigen Regierungsmitglied, von der Frau Landeshauptmann, eingebracht worden, dieser Antrag ist sogar sechs Monate in der Landesamtsdirektion gelegen, um Verbesserungen, „organisatorische“ Optimierungen aus deren Sicht zu machen, und erst dann gekommen. Diese Vorgangsweise, die Sie heute, aber auch schon seit einiger Zeit, an den Tag legen, zeigt zwei Qualitäten auf, und das betrifft nicht Sie, Herr Jeglitsch, weil ich will Ihnen nicht die Ehre machen, daß Sie so entscheidende Fragen innerhalb Ihrer Partei – Sie sind ja angeblich noch dazu parteiungebunden – in irgendeiner Form entscheidend beeinflussen können. Natürlich geschehen solche Sachen mit Wissen und mit Wollen der Frau Klasnic, der Frau Landeshauptmann Klasnic, die zugleich Parteiobfrau der ÖVP ist. Und wenn sie von Vereinbarungen abgeht, dann hat sie keine Handschlagsqualität. Wir haben der Frau Landeshauptmann gesagt, welche Antwort wir dazu geben werden, und sie kann sich jetzt nicht hinter Nichtwissen, Nicht-gehört-Haben verstecken.

Sie hat es gehört, sie hat es gewußt und ich nehme an, sie hat es auch verstanden. Ich wiederhole, daß wir enttäuscht sind über diese Vorgangsweise des Abgehens von grundlegenden Vereinbarungen. Ich stelle fest, daß Sie das waren, die das getan haben.

Ich meine natürlich auch, daß die Freiheitliche Partei heute auf einem Klavier spielt, das ihr der Herr Haider hingestellt hat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn Sie nicht mehr wissen, was Sie sagen sollen, dann kommt der Haider!“)

Sie müssen ja Opposition betreiben, und daß Sie das gerne tun und auch tun können, sei Ihnen überlassen, Sie können ja anderes nicht.

Aber es ist zumindest symptomatisch, wie Sie sich heute aus der Verantwortung zum Fall Hochkofler stehlen mit dem Hinweis, „man hat uns hintergangen“. Das wirft ja an sich kein so gutes Licht (Abg. Mag. Bleckmann: „Auf euch!“) auf den „Blitzgneißer“ des Herrn Landesrates Schmid. Wir haben damals dagegengestimmt, aber der Herr Landesrat Schmid war dafür, und der Arme ist hintergangen worden,

weil er es offenbar nicht verstanden hat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sind Sie enttäuscht von der ÖVP? Wir sind schon früher draufgekommen!“) In der vorigen Periode hat man sich da offenbar mit dem heutigen Nichtverstehenden sehr geeinigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich muß auch sagen, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, auch dem Landesrat Schmid hat man bei seinen Querelen in der Baudirektion – ich sage nur Fachabteilung IV a, Fachabteilung IV b – geholfen, man hat ihm seinen Willen gelassen. Aber bei anderen sieht er das halt nicht. Das paßt zu einem Stil der Politik, wie Sie ihn zu machen pflegen.

Meine Damen und Herren, die Landesbaudirektion führt heute die Wirtschaftsförderungsagenden, völlig atypisch. Und es ist auch ohne weiteres möglich, daß Bauangelegenheiten als Annex zur zuständigen Rechtsabteilung geführt werden. Das war eine Einigung, daß die Wirtschaftsförderung dort hineinkommt, obwohl wir Wirtschaftsförderungsgesellschaften haben. Auch das gehört überprüft und abgeschafft, wenn es nicht sinnvoll ist.

Das gleiche gilt für eine neugeschaffene Organisationsabteilung innerhalb der LAD, die auf Grund der Verfassung verpflichtet ist, den Inneren Dienst unmittelbar zu besorgen. Die Präsidialabteilung war damals aus persönlichen Gründen – Krainer, Tropper – ein künstliches Gewächs.

Ich erinnere an EU gegen EU, um den Herrn Rader und die Frau Stangl gegenseitig auszuspielen. Bis heute weiß niemand, wer wo zuständig ist, aber man hat eine Stabsstelle geschaffen. Auch das ist eine Doppelgleisigkeit, auch die ist zu überprüfen und abzuschaffen, wenn es notwendig ist.

Und interessanterweise – über Wunsch der Frau Landeshauptmann – nicht nur die Sachen bisher, sondern auch eine Rechtsabteilung 2, früher in der Rechtsabteilung 5, jetzt, weil man den ehemaligen Herrn Bezirkshauptmann von Fürstenfeld – ich glaube, daß das so ist – versorgen wollte, wieder Gründung der Rechtsabteilung 2 ohne Prüfung der Effizienz.

Das alles und Ihr Abgehen von dem Weg der Qualität des Handschlages veranlaßt uns, weil man nicht ein Ende des Polsterzipfels herausziehen kann, eine Gesamtschau der Dinge.

Wir bringen daher folgenden Unselbständigen Entschließungsantrag ein, betreffend organisatorische Bereinigungen innerhalb des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, der Abgeordneten Flecker und Korp:

In Anträgen der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion des Landtages wird die Evaluierung beziehungsweise Abschaffung der Abteilungsgruppe Forschungs- und Kulturmanagement (FOKU) gefordert. Der Weg der organisatorischen Neuerung im Bereich der Landesverwaltung kann sich nicht in der Abschaffung einer Abteilungsgruppe vordergründig erschöpfen, sondern muß andere organisatorische Strukturen mit einbeziehen.

Innerhalb der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion werden Wirtschaftsförderungsangelegenheiten als Stabsstelle des Landesbaudirektors behandelt, obwohl das Land für Wirtschaftsförderungsangelegenheiten ausgegliederte Gesellschaften eingerichtet und auch eine Abteilung abgeschafft hat.

Außerdem ist die Zuteilung von Bauabteilungen, zu federführenden Rechtsabteilungen organisatorisch zu überlegen.

Innerhalb der Landesamtsdirektion besteht eine Stabsstelle für EU-Angelegenheiten, die als Nebenprodukt zur Europaabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung geschaffen wurde. Diese neugegründete Abteilung kann bei Rücküberführung der Kompetenzen in die ursprüngliche Abteilung ersatzlos abgeschafft werden.

Ebenso besteht innerhalb der Landesamtsdirektion eine eigene Organisationsabteilung, deren Ersetzbarkeit durch ein Referat absolut möglich ist, da Organisationsangelegenheiten des Inneren Dienstes unmittelbar von der Landesamtsdirektion zu vollziehen sind.

Obwohl die Rechtsabteilung 2 vor einigen Jahren abgeschafft worden ist, wurde sie in dieser Legislaturperiode wieder neu eingeführt. Die Praxis hat gezeigt, daß eine Effizienzsteigerung dadurch nicht gegeben ist. Auch hier wäre eine Abschaffung unter Kompetenzwahrnehmung im Bereich der Rechtsabteilung 5 möglich.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens raschestmöglich zu überprüfen, ob die Abteilung Landesbaudirektion – WIP, die neugeschaffene Stabsstelle für Europaangelegenheit, die Organisationsabteilung und die Rechtsabteilung 2 aus rechtlichen oder sonstigen Gründen unbedingt erhalten werden müssen, und zweitens für den Fall, daß diese Überprüfung die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung dieser Abteilungsgruppen beziehungsweise Abteilungen nicht ergibt, diese im Sinne der Begründung zu diesem Unselbständigen Entschließungsantrag bis spätestens 31. Dezember 1998 aufzulösen.

Es wundert mich auch, daß die FPÖ die anderen Abteilungen oder Abteilungsgruppen in ihrem Antrag nicht angesprochen hat.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie (Abg. Mag. Bleckmann: „Dürfen wir trotzdem zustimmen? Können Sie das verkräften?“), diesem Antrag zuzustimmen und allenfalls vor der Abstimmung eine Unterbrechung der Sitzung durchzuführen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (13.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe das Gefühl, daß die SPÖ dieses Landes ziemlich außer Tritt geraten ist, denn Sie können sich offensichtlich nicht mit dem Phänomen Waltraud Klasic abfinden und haben Meinungsumfragen vorliegen, wie wir auch, und verlassen nun endgültig die Sachpolitik. Offenbar haben Sie seit dem 23. Jänner 1996 geglaubt, daß die ÖVP nach Ihrer Pfeife tanzt, und stellen nun endgültig fest, daß wir nicht bereit sind, sozusagen uns in den Schwitzkasten zu begeben. Im Gegenteil, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, wir sind die Mehrheitspartei, und wir wollen die Koopera-

tion mit den Sozialdemokraten, davon gehen wir ganz sicherlich nicht ab. Aber wir lassen uns weder vorwerfen – und ich sage das in aller Form –, daß es die Qualität des Handschlages nicht gebe, noch, Herr Abgeordneter Flecker, und das ist der Grund, warum ich mich hier melde, lassen wir uns von Ihnen gefallen, wie Sie, wie kein anderer, in den letzten Tagen in einer Wortwahl über die Frau Landeshauptmann gesprochen haben, die sich von selbst richtet, aber die, und ich sage es Ihnen, unakzeptabel und unstatthaft für uns ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie zündeln und spielen dann diejenigen, die sich vor dem Feuer fürchten. Und wenn Sie sich hier herstellen, Herr Kollege Flecker, und sozusagen zum Trotz, weil wir die Evaluierung der FOKU verlangen, einen Antrag einbringen, der sozusagen unsere Abteilung (Abg. Dr. Flecker: „Erklären Sie mir den Sinn der Rechtsabteilung 2 oder des wirtschaftspolitischen Referates in der Landesbaudirektion!“) betrifft (Abg. Dr. Flecker: „Wenn Sie das erklären können, dann ja!“), dann hat das, Herr Abgeordneter Flecker, endgültig mit sachpolitischer Auseinandersetzung nichts mehr zu tun.

Ich weiß ganz genau, warum Sie in der Vorwoche gezündelt haben und uns dann unterstellt haben, wir hätten gedroht. Wir haben nicht gedroht, wir haben nur gesagt, daß es etwa in bezug auf die anstehenden Fragen in den Entscheidungen der Stadt Graz (Abg. Dr. Flecker: „Sie rechtfertigen sich!“) in einer sehr, sehr sensiblen Phase darum ginge, nicht Porzellan zu zerschlagen. Sie haben aber Porzellan zerschlagen, das sage ich Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.) Und es war der Abgeordnete Gennaro bei den Verhandlungen in Graz dabei, und wir hatten Mühe – wir beide, ich beziehe ihn ein –, diese Verhandlungen überhaupt weiterzuführen. Denn Ihre Wortmeldungen – und Sie haben in bezug auf den Kollegen Jeglitsch gesagt, das muß doch mit Wissen geschehen sein –, ja, die müssen aber auch bei Ihnen mit Wissen geschehen sein, und daher wissen wir, was wir von bestimmten Personen erst recht zu halten haben. Und ich sage Ihnen einmal eines jetzt sehr trocken, weil Sie sich hierherstellen und so tun, als hätten Sie den Ton im Lande anzugeben. Es gibt keine Bringschuld der ÖVP an die SPÖ. Sie haben den Landeshauptmann nicht gewählt. (Abg. Dr. Flecker: „Gott sei Dank. Hat die FPÖ eine Bringschuld, weil sie sie gewählt hat?“) Sie haben nachher gesagt, Sie sind zur Kooperation bereit, und wir haben uns dieser Kooperation mit der SPÖ gestellt. Sie haben bisher nur genommen, und zwar gerne genommen. (Abg. Dr. Flecker: „Hat die FPÖ jetzt eine Bringschuld, weil sie sie gewählt hat? Was ist die Bringschuld der FPÖ?“)

Meine Damen und Herren von der SPÖ, es ist irgendwann das Maß voll, und das haben Sie in den letzten Tagen ganz genau gesehen. Und wenn Sie hergehen und für alles unseren Kultursprecher verantwortlich machen (Abg. Dr. Flecker: „Nein, nein, er ist nur ein kleines Sprachrohr.“), wenn Sie alles ihm zuschieben, dann sage ich Ihnen, Herr Kollege Dr. Flecker, die FOKU – (Abg. Dr. Flecker: „Brav ist er!“) ja, Sie können die Sache lächerlich machen, das tun Sie gerne. (Abg. Dr. Flecker: „Nein, ich habe den Prof. Jeglitsch beruhigt, er kann nichts dafür, er ist unabhängig!“)

Meine Damen und Herren, die FOKU ist ins Schußfeld geraten, nicht sozusagen wegen der bösen ÖVP, die FOKU ist ins Schußfeld geraten, weil sich Künstler und Kulturinstitutionen ungerecht behandelt fühlen. (Abg. Dr. Flecker: „Sie rechtfertigen sich schon wieder und reden nicht zur Vereinbarungsqualität. Was ist mit der Handschlagsqualität?“)

Und ich sage, Dr. Flecker, es gibt eine Überstimmung aller drei Regierungsparteien, die Geschäftseinteilung während der Periode nicht zu ändern, es sei denn einvernehmlich. Dabei bleibt es. Aber es darf doch wohl gefragt werden, wenn es in bezug auf einige und einzelne Abteilungen Unmut gibt, darf doch wohl gefragt und beantragt werden, daß die Effizienz solcher Abteilungen überprüft wird. (Abg. Dr. Flecker: „Er hat gesagt, die gehören abgeschafft!“) Nichts anderes haben wir verlangt. Wenn Sie andere Abteilungen überprüfen wollen, sind wir gerne bereit. Wir sagen, wir wollen in einem Schnellschuß nicht gleich Abteilungen auflösen, das müßte ohnehin die Landesregierung tun, aber sie sollen überprüft werden. Wir werden, wenn Sie Ihren Antrag ändern, der Überprüfung anderer Abteilungen auch zustimmen, aber nehmen Sie zur Kenntnis, wenn Sie, wie das vor einer Stunde geschehen ist, uns sozusagen hinten herum mitteilen, wenn wir diesen Antrag einbringen, den wir eingebracht haben (Abg. Dr. Flecker: „Ist Schachner, Klasnic hinten herum? Also, das ist mir neu, daß die Frau Klasnic hinten herum ist. Hat sie überhaupt keine Autorität mehr?“), daß dann sozusagen Krieg herrscht, daß wir auf diesen Ihren Stil ganz sicherlich nicht eingehen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Darf die Frau Klasnic für euch verhandeln?“) Sie verhandelt, und sie verhandelt sehr gut, und sie arbeitet und sie arbeitet sehr gut, sonst wäre sie in der Meinungsforschung nicht dort, wo sie ist, und sonst wäre euer Schachner nicht dort, wo er ist, meine Damen und Herren, das muß in aller Klarheit einmal festgestellt werden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Aber Sie sagen, es ist hinten herum!“)

Und, meine Damen und Herren von der SPÖ, ein abschließendes Wort. Beteiligen Sie sich am Wettbewerb der besten Ideen fürs Land und Sie werden wieder Tritt fassen! (Beifall bei der ÖVP. – 13.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (13.15 Uhr): Ich habe es vorhin verabsäumt bei meiner Generalrede, einen Beschlußantrag einzubringen. Sie wissen wahrscheinlich schon, welchen ich meine, das war das Kapitel Frauenhaus Obersteiermark.

Und es freut mich insofern, weil das jetzt ein Fünfparteiantrag geworden ist, und zwar der Abgeordneten Keshmiri, Brügger, Zitz, Pufwald und Bachmaier-Geltewa, betreffend Frauenhaus in der Obersteiermark. Ich lese jetzt nur kurz den Antragstext vor.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Einrichtung eines Frauenhauses in der Obersteiermark Sorge zu tragen.

Ich glaube, dieser gemeinsame Beschlußantrag hat uns einen kleinen Schritt weitergebracht, endlich die Realisierung eines Frauenhauses in der Obersteiermark voranzutreiben, und ich hoffe, daß die zuständige Landesrätin, Frau Dr. Rieder, diesbezüglich auch bei den nächsten Budgetverhandlungen dafür Geld zur Verfügung haben wird. Danke. (13.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klubobfrau Zitz. Ich erteile es ihr

Abg. Mag. Zitz (13.17 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte einen Beschlußantrag einbringen bezüglich Maßnahmen gegen die Errichtung eines grenznahen Zwischenlagers für Brennelemente in Dukovany, und dann möchte ich noch etwas sagen zu dem, was die beiden anderen Klubobleute vorher von sich gegeben haben.

Das ist ein Fünfparteiantrag von Zitz, Wabl, Getzinger und Karisch. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag spricht sich gegen die geplante Errichtung eines grenznahen Zwischenlagers für hochradioaktive abgebrannte Brennelemente in Dukovany aus:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit folgendem Ersuchen heranzutreten, alle erforderlichen Schritte gegen die Errichtung des grenznahen Zwischenlagers für hochradioaktive abgebrannte Brennelemente in Dukovany einzuleiten. Insbesondere soll die Bundesregierung gegenüber der Regierung in Tschechien zum Ausdruck bringen, daß die Errichtung dieses Atommüllagers, zumal direkt am Areal des Kernkraftwerkes Dukovany gelegen, aus steirischer Sicht nach aktuellem Kenntnisstand ein inakzeptabel hohes Gefährdungspotential für seine Bevölkerung und Umwelt darstellt, von der Republik Tschechien die Beteiligung der Steiermark am laufenden UVP-Verfahren zu erwirken, nach Anforderung der Atomlagerprojektdokumentation ihr Beratungsgremium, das Forum für Atomfragen, mit der Erstellung eines Gutachtens zum Projekt beauftragen, in dem die möglichen negativen Auswirkungen eines derartigen Atommüllagers für Gesundheit und Umwelt in Österreich untersucht werden.

Diesen Antrag bringe ich ein im Auftrag der Parlamentsgrünen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte aber noch etwas sagen zu dem Rededuell, das wir vorher von den beiden Klubobleuten der beiden großen Landtagsfraktionen gehört haben. Die Grünen haben den Landeshauptmann, die Landeshauptfrau nicht mitgewählt, und diese Wortmeldung, wie sie vorher von den beiden Klubobleuten gekommen ist, ermutigt mich und zeigt mir, daß das der absolut richtige Schritt war. Das, was passiert von den beiden Großfraktionen im Land, ist, daß hier in der Arena des Landtages Schaukämpfe abgehalten werden. Schaukämpfe, die in der Regierung wieder dazu führen, daß man einander die Hände reicht, Händereichungen für diverse parteipolitische Packeleien, für personalpolitische

Packeleien, und das ist die logische Folge davon, daß wir ein Proporzsystem haben, daß wir eine Regierung haben, wo drei Fraktionen miteinander in einem Boot sitzen und jeweils eine Fraktion, wenn sie gerade entsprechend in Stimmung ist, so tut, als ob sie mit der anderen und deren Inhalten relativ wenig zu tun haben wollte.

Die Handschlagsqualität, die vorher vom Kollegen Flecker angesprochen wurde, sehr geehrter Herr Kollege Flecker, diese Handschlagsqualität vermisste ich dann, wenn es um Positionierungen im Umweltbereich, im Sozialbereich und im Frauenbereich geht. Diese Handschlagsqualität, die Sie ansprechen, geht leider Gottes in die Richtung, daß man der ÖVP ermöglicht, ihre personalpolitischen Rochaden durchzuführen und daß es die ÖVP Ihnen ermöglicht, Ihre Ressortpolitik durchzuführen, wie es vor kurzem im Sozialbereich passiert ist.

Ich glaube, daß die Art von Wortmeldung, wie es vorher der Kollege Schützenhöfer gebracht hat, genau das Gleiche unterstützt.

Der Herr Kollege Schützenhöfer freut sich über die positiven Umfragewerte der Landeshauptfrau. Für mich ist die Landeshauptfrau als Person sympathisch und integer. Aber als Frau wünsche ich mir von einer Frau in der Position, daß sie sehr wohl klare politische Vorgaben macht, nämlich genau in der Funktion, in der sie ist, und sich nicht nur auf Fotos gut macht, so im Sinne eines Imperial Styria, die sympathischste Person zu sein in der Landesregierung. Das schafft sie sehr gut. Die Konkurrenz bei der SPÖ ist da auch nicht besonders groß, muß ich dazusagen. Aber ich wünsche mir von einer Landeshauptfrau, daß sie klar politische Positionierungen bezieht, daß sie sich zu Themen äußert, die wirklich auf der politischen Tagesordnung stehen, und diese Themen nicht nur delegiert an andere Regierungsmitglieder oder an Landtagsabgeordnete, wie das vorher passiert ist.

Und noch ein Wort. Es gibt Kollegen, gerade von der Fraktion der ÖVP, die in den letzten Wochen das Budget zu Recht sehr kritisiert haben. Ich sehe da nicht ein, warum sie in den Landtag kommen und diesem Budget eindeutig ihre Zustimmung geben. Das ist der Herr Kollege Jeglitsch, das ist der Herr Kollege Lopatka. Und ich erlebe das seit zwei Jahren, daß sie Pressearbeit machen, wo ich mir denke, bum, super, daß er das sagt, und wenn nachher die Stunde der Wahrheit kommt, bei der Abstimmung über diverse Gesetze, dann sehe ich genau die gleichen Kollegen, und sie stimmen so ab, wie es von ihren Regierungskollegen im Sinne dieses mühsamen Mitarbeitens in dieser Legislaturperiode gewünscht wird. Und die Hahnenkämpfe, die Schützenhöfer und Flecker sich da liefern, das ist ein qualvoller Ersatz dafür, daß auf Regierungsebene die meisten Sachen perfekt zwischen den beiden großen Fraktionen ausgepackt werden.

Für mich ist das nicht nachvollziehbar, und ich bin jedesmal überrascht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den beiden großen Fraktionen, die Freiheitlichen lasse ich jetzt weg, daß Sie das eigentlich aushalten, wie Ihre Regierungsmitglieder mit Ihnen kommunizieren, wie Ihre Klubobmänner mit Ihnen kommunizieren und wie Sie sich nachher ans Rednerpult bemühen und Budgets verteidigen müssen, hinter

denen Sie offenbar inhaltlich nicht stehen, wenn ich Ihre Pressemeldungen ernst nehme. Ich bin aber sicher, daß der Klubzwang bei dieser Budgetabstimmung nicht aufgehoben wird und daß alle, wie sie da sitzen, diesem seltsamen Budget mit einem Ökomalus, einem Sozialmalus und einem Frauenmalus (Abg. Gennaro: „Aus Überzeugung stimme ich dem zu!“) ihre Zustimmung geben werden, so wie sie das jedes Jahr in dieser Legislaturperiode gemacht haben und jedes weitere Jahr in dieser Legislaturperiode machen werden. (13.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (13.24 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muß ein Eingeständnis machen, zu dem ich durch Fragen von Frau Gigler und Herrn Griess veranlaßt bin. Ich habe den Entschließungsantrag der ÖVP durch eine falsche Brille gelesen. Ich habe, verblendet durch die Praxis an den Universitäten, Evaluierung verstanden durch eine unabhängige Stelle. Aber so ist es ja nicht im Antrag der ÖVP. Die Landesregierung, die die FOKU eingesetzt hat, soll jetzt die Zweckhaftigkeit der FOKU überprüfen. Das kann ja nie funktionieren, die ist ja bitte befangen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sogenannte Selbstkontrolle!“)

Die funktioniert in dem Fall nicht, Herr Landesrat, weil ganz klar ist, wie die Geschichte ausgeht.

Also, wir ziehen unsere Zustimmung zu diesem ÖVP-Entschließungsantrag zurück.

Ein Zweites, meine Damen und Herren, zum Entschließungsantrag der SPÖ: Miteinander heißt offensichtlich nicht nur, daß leitende Positionen in der Steiermark im Doppelpack besetzt werden, miteinander heißt nicht nur, daß eine Hand die andere wäscht, sondern miteinander in der Steiermark heißt offensichtlich auch folgendes: Wenn du mich schlägst, dann schlage ich dich! Das wäre nämlich der eigentliche Betreff des Entschließungsantrages des Herrn Kollegen Flecker. Genauso wenig, wie die Evaluierung, die von der ÖVP intendiert ist, funktionieren kann, funktioniert die vom Kollegen Flecker intendierte Evaluierung. Oder anders formuliert, sie funktioniert, indem wieder die eine Hand die andere wäscht.

Wir werden daher bei der nächsten Landtagssitzung einen Ergänzungsantrag zu unserem Antrag, den Landesrechnungshof mit der Evaluierung und Prüfung zu beauftragen, einbringen, nämlich, daß der Landesrechnungshof nicht nur die Installierung der FOKU, sondern alle durch die seinerzeitigen Geschäftsordnungsbeschlüsse, nämlich die Geschäftsordnungsbeschlüsse des vorigen Jahres, von der Landesregierung neugeschaffenen Abteilungen und Einheiten seitens des Rechnungshofes überprüft werden auf Zweckmäßigkeit, auf Wirtschaftlichkeit, auf Sparsamkeit.

Es tut mir nur leid, daß eben das Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz es verwehrt, daß ich hier einen Entschließungsantrag einbringe. Ich werde bei der nächsten Landtagssitzung gemeinsam mit der Kollegin

Keshmiri einen solchen Ergänzungsantrag, betreffend Überprüfung durch den Landesrechnungshof, einbringen. (13.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich unterbreche nun die Landtagssitzung auf 15 Minuten, wie bereits angekündigt. (Unterbrechung der Sitzung von 13.27 Uhr bis 14.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Als erste zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Klubobfrau Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (14.06 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Nachdem es bei diesen drei Anträgen bleibt, möchte ich unser Abstimmungsverhalten genauer erläutern.

Wir werden natürlich unserem Antrag zustimmen, daß die FOKU aufgelöst werden soll, weil das ist haargenau das, was die ÖVP, namentlich der Kollege Jeglitsch, gefordert hat. Deshalb können wir dem ÖVP-Antrag die Zustimmung nicht geben, weil dieser nicht so weitgehend ist. Und wenn man weiß, daß man die Auflösung haben will, sollte man das Weitergehende machen. Wir werden dem SPÖ-Antrag zustimmen, denn das sind genau unsere Forderungen, die wir immer wieder eingebracht haben, daß eben die Rechtsabteilung 2 nicht wieder installiert werden soll, daß es diese EU-Stabsstelle nicht geben soll. Deshalb werden wir diesem zustimmen.

Wir werden uns aber nicht davon abhalten lassen, einen weiteren Antrag zu stellen, daß all das vom Rechnungshof zu prüfen ist, und ich hoffe, daß Sie dann mit der Rechnungshofprüfung trotzdem mitgehen werden, denn ich glaube, das wäre das richtige Organ, solche Dinge zu überprüfen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung, und zwar die Abstimmung in der Reihenfolge gleich durchgehend.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der FPÖ, betreffend Gefährdung der steirischen Wohnbauförderung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem zweiten Minderheitsantrag der FPÖ, betreffend die ausreichende Dotation der Wegebauaufwendungsmittel zur Erhaltung der ländlichen Infrastruktur, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 691/1, betreffend den Landesvoranschlag 1999, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Auflösung der Abteilung Forschungs- und Kulturmanagement (FOKU), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Fünftens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend eine Evaluierung der FOKU, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Sechstens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF, der SPÖ, der Grünen, der FPÖ und der ÖVP, betreffend Internetzugang für blinde und sehbehinderte Benutzer/innen, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Siebtens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend organisatorische Bereinigungen innerhalb des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Achtens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, der SPÖ und ÖVP, betreffend Maßnahmen gegen die Errichtung eines grenznahen Zwischenlagers für hochradioaktive abgebrannte Brennelemente in Dukovany, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Neuntens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF, der SPÖ, der Grünen, der ÖVP und FPÖ, betreffend Frauenhaus in der Obersteiermark, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Damit ist das Budget für 1999 beschlossen, und die 32. Sitzung des Steiermärkischen Landtages kommt zum Punkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 687/1, Beilage Nr. 92, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Günther Prutsch (14.10 Uhr): Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für das Land Steiermark zu dem im Paragraphen 3 genannten Zweck Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 2 Milliarden Schilling auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen zu den im Paragraphen 2 genannten Bedingungen aufzunehmen.

Die Bedingungen im Paragraphen 2 lauten: Die Anleihen sind mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren auszustatten und können in Teilen aufgenommen sowie in Tranchen aufgeteilt werden.

Paragraph 3: Der Erlös der Anleihen ist ausschließlich zur Finanzierung von Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen im Landeshaushalt 1999 bestimmt.

Paragraph 4: Für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen haftet das Land Steiermark mit seinem gesamten Vermögen und all seinen Rechten.

Paragraph 5: Dieses Gesetz tritt mit dem seiner Kundmachung folgenden Tag in Kraft. Um Annahme wird ersucht. (14.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Brügger, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Brügger (14.12 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Liberale Forum wird diesem Gesetzesentwurf nicht zustimmen, und dies aus zwei Gründen. Wir haben im Finanz-Ausschuß schon ein paarmal gebeten, daß bei solchen Gesetzen, betreffend Aufnahme von Anleihen, Präzisierungen hineingenommen werden, zumindest in den erläuternden Bemerkungen, die es bei diesem Gesetzesentwurf nicht gibt. Präzisierungen zum Beispiel über Obergrenzen, betreffend Zinssätze und Laufzeiten. Das ist alles nicht der Fall. Im Grunde genommen ist dieses Gesetz eine Blankoermächtigung an die Regierung.

Der zweite Grund, warum wir nicht zustimmen, ist der folgende: Ein Grund, worauf Frau Kollegin Keshmiri schon in ihrer Generalrede zum Budget verwiesen hat. In den Beilagen zum Budget 1998 und 1999 ergibt sich folgende Diskrepanz, betreffend den Schuldenstand. Im Budget 1998 wird die voraussichtliche Schuld am 31. Dezember 1998 mit rund 19,5 Milliarden Schilling angegeben. Im Budget 1999 wird die voraussichtliche Schuld am 31. Dezember 1998, also am selben Tag, mit rund 22 Milliarden Schilling angegeben. Eine Diskrepanz von 2,4 Milliarden Schilling zum selben Stichtag, in beiden Fällen 31. Dezember 1998. Ein solcher Sachverhalt ist aufklärungsbedürftig. Nochmals, Frau Kollegin Keshmiri hat es schon angesprochen in ihrer Generalrede. Herr Landesrat Ressel hat es nicht der Mühe wert gefunden, die Sache aufzuklären, daher ist das der zweite Grund, wieso wir gegen diesen Gesetzesentwurf stimmen. (14.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Ich ersuche nun die Mitglieder des Finanz-Ausschusses, sich zur Beratung der Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 745/1 und 61/2, betreffend die Therme Blumau, in den Rittersaal zu begeben. Im Anschluß an die Sitzung des Finanz-Ausschusses findet die 33. Sitzung des Steiermärkischen Landtages statt. Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 14.14 Uhr.)